



Stadtratssitzung

Donnerstag, 31. Mai 2018, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäftsnummer
1. Protokollgenehmigung Stadtrat 2018 (Protokoll Nr. 08 vom 05.04.2018)	2018.SR.000004
2. Kleine Anfrage Tabea Rai (AL): Dossier Kundgebungen: Ist das Verhalten des Sicherheitsdirektors noch tragbar? (GuB)	2018.SR.000083
3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Besetzung der Grossen Halle: Wer zahlt die Folgekosten? (PRD)	2018.SR.000080
4. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Reithalle: Verbannung von «we love Techno», wer reagiert: das Umfeld, das Recht oder der Terror? (PRD)	2018.SR.000082
5. Kleine Anfrage Thomas Berger (JF): Verzichtet die Grosse Halle freiwillig auf Einnahmen? (PRD)	2018.SR.000084
6. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Bewertung durch Moody's: Kosten? Selbsteinschätzung der Finanzlage durch den Gemeinderat? (FPI)	2018.SR.000081
7. Dringliche Interpellation Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP): Wettbewerb Viererfeld: Warum werden die Versprechungen in der Abstimmungsbotschaft nicht eingehalten? (PRD: von Graffenried) <i>verschoben vom 17.05.2018</i>	2018.SR.000048
8. Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2019 – 2022 (FD: Frauchiger / FPI: Aebersold)	2017.FPI.000047
9. Interfraktionelles Postulat SVP, BDP/CVP, FDP (Rudolf Friedli, SVP/Philip Kohli, BDP/Claudio Fischer, CVP/Christoph Zimmerli, FDP): Die alarmierende Zunahme der Verschuldung muss gebremst werden; Prüfungsbericht (Bericht zur Verschuldungssituation der Stadt Bern) (FPI: Aebersold)	2015.SR.000326
10. Dringliches interfraktionelles Postulat BDP/CVP, FDP/JF, SVP (Lionel Gaudy, BDP/Barbara Freiburghaus, FDP/Kurt Rügsegger, SVP): Verkehrsregime Guisanplatz – Planung mit Verstand (TVS)	2018.SR.000056
11. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Velowege an der Aare: Stopp unnötiger Planungskosten!; <i>Ablehnung</i> (TVS: Wyss) <i>verschoben vom 22.03.2018 und 26.04.2018</i>	2016.SR.000034
12. Motion Fraktion SP (Michael Sutter/David Stampfli, SP): Friedliches Nebeneinander von Fussgängerinnen und Velofahrern zwischen Schönausteg und Eichholz; <i>Annahme als Richtlinie</i> (TVS: Wyss) <i>verschoben vom 22.03.2018 und 26.4.2018</i>	2016.SR.000105

13. Postulat Fraktion SVP (Hans Ulrich Gränicher/Alexander Feuz, SVP): Erhöhen der Verkehrssicherheit für Fussgängerinnen und Fussgänger in der Berner Innenstadt durch Beschränken der Fahrgeschwindigkeit der Velofahrenden und/oder das Erlassen von Fahrverboten an stark frequentierten Orten; *Ablehnung*
(TVS: Wyss) *verschoben vom 22.03.2018 und 26.04.2018* 2016.SR.000068
14. Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher/Roland Jakob, SVP): Besserer Schutz der Fussgänger in der Stadt Bern vor Velorowdys und E-Bikes!
(TVS: Wyss) *verschoben vom 26.04.2018* 2016.SR.000133
15. Interpellation Fraktion SVP (Rudolf Friedli, SVP): Verbilligte Velostationsabonnemente als Wahlgeschenke?
(TVS: Wyss) *verschoben vom 26.04.2018* 2016.SR.000059
16. Interfraktionelle Motion SP, GB/JA! (David Stampfli, SP/Cristina Anliker-Mansour, GB): Tempo 30 auf der Achse Viktoriarain-Viktoriastrasse; *Annahme als Richtlinie*
(TVS: Wyss) *verschoben vom 22.03.2018 und 26.04.2018* 2016.SR.000007
17. Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Schaffung neuer Begegnungszonen in Bern: Auch Hauseigentümer und Dienstbarkeitsberechtigte frühzeitig in den Entscheidungsprozess einbeziehen!; *Annahme und gleichzeitig Prüfungsbericht*
(TVS: Wyss) *verschoben vom 22.03.2018 und 26.04.2018* 2016.SR.000018
18. Postulat Henri Beuchat und Alexander Feuz (SVP): Bettelnde Tram-Musiker nerven Passagiere in der Stadt Bern; *Ablehnung*
(TVS: Wyss) *verschoben vom 22.03.2018 und 26.04.2018* 2016.SR.000069

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 12	555
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.55 Uhr	558
Mitteilungen der Vorsitzenden	559
Traktandenliste.....	561
1 Protokollgenehmigung Stadtrat 2018 (Protokoll Nr. 08 vom 05.04.2018)	561
2 Kleine Anfrage Tabea Rai (AL): Dossier Kundgebungen: Ist das Verhalten des Sicherheitsdirektors noch tragbar?.....	561
3 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Besetzung der Grossen Halle: Wer zahlt die Folgekosten?.....	562
4 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Reithalle: Verbannung von «we love Techno», wer reagiert: das Umfeld, das Recht oder der Terror?.....	562
5 Kleine Anfrage Thomas Berger (JF): Verzichtet die Grosse Halle freiwillig auf Einnahmen?.....	563
6 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Bewertung durch Moody's: Kosten? Selbsteinschätzung der Finanzlage durch den Gemeinderat?.....	563
7 Dringliche Interpellation Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP): Wettbewerb Viererfeld: Warum werden die Versprechungen in der Abstimmungsbotschaft nicht eingehalten?.....	563
8 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2019–2022	564

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 23.00 Uhr	583
8 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2019–2022	584
Traktandenliste	607
Eingänge.....	608

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.55 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin Regula Bühlmann

Anwesend

Mohamed Abdirahim	Katharina Gallizzi	Stéphanie Penher
Timur Akçasayar	Lionel Gaudy	Halua Pinto de Magalhães
Katharina Altas	Hans Ulrich Gränicher	Tabea Rai
Ruth Altmann	Claude Grosjean	Rahel Ruch
Christa Ammann	Lukas Gutzwiller	Kurt Rüegsegger
Peter Ammann	Brigitte Hilty Haller	Sandra Ryser
Ursina Anderegg	Roland Iseli	Marianne Schild
Oliver Berger	Ueli Jaisli	Leena Schmitter
Thomas Berger	Dannie Jost	Zora Schneider
Henri-Charles Beuchat	Nadja Kehrl-Feldmann	Edith Siegenthaler
Laura Binz	Ladina Kirchen	Lena Sorg
Michael Burkard	Ingrid Kissling-Näf	Matthias Stürmer
Danielle Cesarov-Zaugg	Fuat Köçer	Bettina Stüssi
Yasemin Cevik	Philip Kohli	Michael Sutter
Milena Daphinoff	Martin Krebs	Luzius Theiler
Bernhard Eicher	Marieke Kruit	Regula Tschanz
Claudine Esseiva	Nora Krummen	Johannes Wartenweiler
Vivianne Esseiva	Maurice Lindgren	Christophe Weder
Alexander Feuz	Peter Marbet	Janine Wicki
Benno Frauchiger	Lukas Meier	Marcel Wüthrich
Barbara Freiburghaus	Melanie Mettler	Patrik Wyss
Rudolf Friedli	Patrizia Mordini	Patrick Zillig
Tamara Funicello	Barbara Nyffeler	Christoph Zimmerli

Entschuldigt

Lea Bill	Erich Hess	Daniel Lehmann
Michael Daphinoff	Bettina Jans-Troxler	Seraina Patzen
Matthias Egli	Eva Krattiger	Manuel C. Widmer
Franziska Grossenbacher		

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Reto Nause SUE	Ursula Wyss TVS
Michael Aebersold FPI	Franziska Teuscher BSS	

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Joel Leber, Ratsweibel
Annemarie Masswadeh, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadtschreiber

Die Namenslisten der Abstimmungen finden Sie im [Anhang](#). Beachten Sie dazu die Abst.Nr.

Mitteilungen der Vorsitzenden

Präsidentin *Regula Bühlmann*: Ich habe zwei Rücktritte zu vermelden: Nach der heutigen Sitzung werden Christoph Zimmerli von der FDP und Tamara Funicello von den JUSO zurücktreten. Ich verlese die beiden Rücktrittsschreiben und beginne mit dem von Christoph Zimmerli:

«Nach bald 12 Jahren erkläre ich hiermit meinen Rücktritt aus dem Stadtrat per 31. Mai 2018. Ich werde demnach an den Sitzungen des Stadtrates vom 31. Mai 2018 noch teilnehmen und alsdann zurücktreten. Der Auslöser für meinen Rücktritt ist meine am 25. März 2018 erfolgte Wahl in den Grossen Rat des Kantons Bern. Die zeitliche Doppelbelastung ist für mich als klassischen Milizpolitiker nicht möglich. Zudem sind Doppelmandate in meiner Partei, der FDP der Stadt Bern, nicht erwünscht, da wir möglichst viele Mitglieder partizipieren lassen wollen; und schliesslich hat alles seine Zeit. Es ist jetzt Zeit für mich, um Platz zu machen für frische Kräfte. Es war mir eine Ehre, Mitglied des Stadtrates zu sein und die Interessen der bürgerlichen Einwohnerinnen und Einwohner im Stadtparlament zu vertreten. Das Stadtratsamt war für mich eine Art persönliche Integrationsmassnahme in Bern. Ich war kaum zugezogen, so wurde ich 2004 als erster Ersatz auf der FDP-Liste gewählt und konnte im August 2006 für Heinz Rub nachrücken. In diesen 12 Jahren erhielt ich die Chance, unzählige Kontakte zu knüpfen und diese Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner besser kennenzulernen. Politisch war und bin ich als Freisinniger alter Schule ein Exot in dieser Stadt. Ich hatte viel Zeit, andere politische und weltanschauliche Meinungen zu hören und teilweise auch zu verstehen. Auch wenn mich diese bis heute nicht überzeugen, so habe ich doch verstanden, dass man/frau die Dinge auch anders sehen kann und eine andere Sicht nicht per se falsch sein muss. Dieses Bewusstsein allein ist ein persönlicher Gewinn aus dem Stadtratsamt. Ich wurde in meinem Umfeld immer wieder gefragt: «Wieso tust du dir das an? Du hast doch anderes zu tun.» Ich habe jeweils geantwortet, dass es einfacher sei, seine Zeit im Golfclub zu verbringen oder in notablen Debattierclubs unter seinesgleichen, anstatt sich der Realpolitik zu stellen. Man müsse sich aber nicht wundern, wenn es so komme, wie es kommt, wenn man selber nicht bereit ist, sich zu engagieren. Ich habe versucht, in dieser «altmodischsten Hauptstadt der Welt», wie eine Tageszeitung diese Woche unser Bern genannt hat, ein paar freisinnige Ideen einzubringen. Ich habe insgesamt rund 65 Vorstösse eingereicht, mit wenig Erfolg; nur vereinzelte dieser Vorstösse wurden angenommen. So konnte ich zusammen mit meinem Vorgänger als Stadtratspräsident, Thomas Göttin, SP, im 2009 den Bauernhof in der Elfenau erhalten, und zusammen mit Michael Köppli, GLP, den Sitzungsrhythmus im Stadtrat auf zwei Wochen senken. Am meisten gefreut hat mich im 2011 die Annahme meines jährlichen Steuersenkungsvorstosses, wenn auch nur als unverbindliches Postulat. Eigentliche Highlights durfte ich mit vier Volksabstimmungen erleben, an denen ich massgeblich beteiligt war: Im 2010 haben wir die Erhöhung der Polizeipräsenz durchgesetzt, 2011 und 2012 in zwei Volksabstimmungen in enger Zusammenarbeit mit GLP und GFL und mit der Unterstützung der Mitte-Rechts-Parteien die Betreuungsgutscheine in Kitas eingeführt und im 2015 meine Hallenbad-Initiative durchgebracht. Diese Beispiele zeigen, dass man sich in unserem politischen System auch als Minderheit einbringen und Änderungen herbeiführen kann, wenn auch mit viel Aufwand.

In schöner Erinnerung bleiben mir die Reise einer Stadtratsdelegation im Herbst 2011 in die georgische Hauptstadt Tiflis, die ich organisieren und leiten durfte, und dann natürlich das

Präsidentschaftsjahr 2017. Es war mir Ehre und Freude, den Stadtrat ein Jahr lang präsidieren und an über 100 Anlässen vertreten zu dürfen. Von besonderem Wert waren für mich die grosse Teilnahme von über 350 Gästen an meinem Fest im neu eröffneten Stadttheater, die guten Kontakte zu den umliegenden Gemeinden und den 23 Gemeindeparlamenten im Kanton Bern sowie die freundschaftliche Beziehung zu unserer Burgergemeinde Bern. In positiver Erinnerung wird mir der gute Kontakt mit den zahlreichen Stadträtinnen und Stadträten der letzten 12 Jahre über die Parteigrenzen hinweg bleiben. Besonders positiv durfte ich die Zusammenarbeit mit meinem Vorgänger als Stadtratspräsident, Thomas Göttin, und meiner Nachfolgerin in diesem Amt, Regula Bühlmann, erleben. Wenn ich richtig recherchiert habe, bin ich heute eines der amtsältesten Mitglieder des Stadtrates, nebst dem unschlagbaren Luzius Theiler (mit Unterbrüchen seit 1968), Patrizia Mordini (seit 2005), Ruedi Friedli (mit Unterbruch seit 2001), Ueli Jaisli (mit Unterbruch seit 2004) und Erich Hess (mit Unterbruch seit 2005). Es ist nun also an der Zeit, Adieu zu sagen und das Amt an meine Nachfolgerin, alt- und neu-Stadträtin Dolores Dana, weiterzugeben.

Ich danke Ihnen allen aufrichtig für die Zusammenarbeit, den gegenseitigen Respekt und Ihr Engagement für diese wundervolle Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Ich wünsche Ihnen Mut und Zuversicht, damit Bern künftig als «lebenswerteste Hauptstadt der Welt» von sich reden macht. Persönlich wünsche ich Ihnen allen nur das Beste und freue mich auf weitere Begegnungen.» *Applaus*

Vielen Dank für das schöne Schreiben, das ehrliche Schreiben. Und Danke auch für Ihre Worte zu mir. Ich habe sehr gern mit Ihnen zusammengearbeitet, das habe ich auch schon bei der Amtsübergabe gesagt. Und es war auch schön, 2018, als Sie nicht mehr Stadtratspräsident waren, zu wissen, dass Sie noch in diesem Rat sitzen und zuhören, und auch, zu wissen, über welche Vorkommnisse Sie wahrscheinlich schmunzeln. Und ich habe es auch wunderbar gefunden, wie Sie sich in dieser Zeit wieder in den Stadtrat integriert haben. Ich hatte nie das Gefühl, dass Sie mir über die Schultern schauen. Und was Sie schreiben, einerseits ein Freisinniger zu sein, ein Liberaler im ganz klassischen und in meinen Augen auch positiven Sinn, gleichzeitig aber auch Verständnis zu haben für andere politische Perspektiven, das habe ich bei Ihnen immer sehr klar gespürt. Ich hoffe sehr, dass Sie das auch in den Grossen Rat mitnehmen, wo Sie nicht mehr in der Minderheit sind und wo es Ihnen wahrscheinlich leichter fällt, Ihre Ideen durchzubringen. Das ist auch gut so, aber ich bin sicher, dass Sie auch dort daran denken werden, dass es noch andere Perspektiven gibt und dass man Dinge auch anders sehen kann. Noch einmal ganz herzlichen Dank für Ihr Engagement und für die Zusammenarbeit. Ich wünsche Ihnen alles Gute im Grossen Rat und auch sonst für die Zukunft.

Zum Rücktrittsschreiben von Tamara Funicello: «Nach knapp anderthalb Jahre wechsele ich nicht den Saal, aber den Rat. Vom Stadtrat in den Grossen Rat. Keine links-grüne Mehrheit mehr, sondern Oppositionspolitik. Ich freue mich drauf! In meiner Zeit im Stadtrat habe ich viel gelernt – dafür möchte ich mich bedanken. Ganz besonders bei meiner Fraktion, der SP/JUSO. Ihr habt mir und der JUSO den Platz eingeräumt, den wir für unsere Politik brauchen. – Manchmal habt ihr uns sogar zugestimmt. Ein ganz herzliches Dankeschön geht zudem an meinen Parteikollegen und Sitznachbarn Momo, für die gute Zusammenarbeit, die Unterstützung und die Inspiration. Danken möchte ich auch dem Rest des Stadtrates und der Berner Bevölkerung. Dafür, dass ich hier meine ersten parlamentarischen Schritte gehen durfte. – Mal schauen, wohin mich dieser Weg führt.

Zum Schluss möchte ich noch ein politisches Anliegen platzieren, das mir sehr am Herzen liegt. Nein, es sind nicht die Preise der Hot Dogs in den Badis – auch wenn ich die wichtig finde –, sondern es geht mir um die Gleichstellung aller Geschlechter. Wir tendieren dazu zu glauben, dass sich die Gesellschaften automatisch nach vorne bewegen und dass wir nicht zurückfallen können hinter gewisse Errungenschaften – gerade bei der Frage der Gleichstellung. Beispiele wie die Kitas, die neu nicht mehr vom Bund gefördert werden, aber auch die

Schliessung von Gleichstellungsbüros oder Abbau bei der bezahlten Care-Arbeit – Schnegg lässt grüssen – zeigen, dass das eben nicht so ist. Wir können immer zurückfallen. Denn die Muster, die es zu durchbrechen gilt, sind mindestens Jahrhunderte alt. Vorwärts geht es nicht von selbst. Jeder Schritt nach vorne ist das Resultat eines Kampfes. Ich bitte Sie, hören Sie nicht auf zu kämpfen. Ruhen Sie sich nicht aus auf dem, was erreicht ist, sondern gehen Sie weiter und fordern Sie mehr. Ich werde dasselbe tun. Versprochen. Solidarisch, Tamara.»
Danke auch Ihnen für Ihre Worte. Und auch für alles, was Sie in diesen eineinhalb Jahren in diesen Rat hineingebracht haben. Auch ich bin gespannt, wohin der Weg noch führt, ich bin überzeugt, er geht noch weit und Sie werden wahrscheinlich auch an anderen Orten noch viel Unruhe stiften. Und ich bin auch überzeugt davon, dass Sie nicht aufhören werden zu kämpfen. Alles Gute auch Ihnen im Grossen Rat, ich bin überzeugt, dass wir uns weiterhin sehen, an politischen und an Gleichstellungsveranstaltungen. *Applaus*

Traktandenliste

Die Traktanden 8 und 9, 11 und 12 sowie 13 und 14 werden jeweils gemeinsam behandelt.

2018.SR.000004

1 Protokollgenehmigung Stadtrat 2018 (Protokoll Nr. 08 vom 05.04.2018)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 08 vom 05.04.2018.

2018.SR.000083

2 Kleine Anfrage Tabea Rai (AL): Dossier Kundgebungen: Ist das Verhalten des Sicherheitsdirektors noch tragbar?

Tabea Rai (AL): Die Antwort des Gemeinderats geht auf keine Frage konkret ein. Wir finden es «daneben», dass der Gemeinderat, wie er in der Antwort schreibt, keine Veranlassung hat, das Verhalten unseres Direktors für Sicherheit, Umwelt und Energie im Zusammenhang mit Kundgebungen zu beanstanden. Wir finden es auch schwierig, dass der Gemeinderat die Wortwahl und die verbale Eskalation durch Reto Nause einfach so stehen lässt, und dass er zuschaut, wie eine Anti-Kriegs-Demo in die linksextreme Ecke gestellt wird. Dass die Versammlungs- und Meinungsfreiheit in der Stadt Bern innerhalb der verfassungsmässigen Vorgaben für alle Menschen jeder politischen Ausrichtung gewährleistet sind, entspricht in den genannten Situationen nicht der Vorgehensweise der Polizei. Wir sind nicht zufrieden mit der Antwort.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2018.SR.000080

3 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Besetzung der Grossen Halle: Wer zahlt die Folgekosten?

Alexander Feuz (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antworten zu den Kleinen Anfragen Traktandum 3 und 4. Ich bin nicht zufrieden. Im ersten Vorstoss stosse ich mich an der Antwort auf die Frage 3, warum keine Konsequenzen gezogen werden: Die Einhaltung des Leistungsvertrags durch den Verein Trägerschaft Grosse Halle werde nicht beeinträchtigt. Ich halte fest, dass man dort jetzt keine Techno-Veranstaltungen mehr durchführt. Früher gab es solche Veranstaltungen, sie waren stark besucht, aber das hat einer kleinen Gruppe, die schon früher Übergriffe gemacht hat, damit Veranstaltungen nicht stattfinden konnten, nicht gepasst. Einmal mehr diktiert eine Minderheit, und die Grosse Halle, die für alle offen sein sollte, schliesst die Leute aus, die eine andere Kultur haben. Stellen Sie sich vor, ein Barbetreiber würde sagen, Leute mit Migrationshintergrund aus Schwarzafrika würden nicht bedient. Da hätten wir sofort sechs oder sieben Kleine Anfragen oder Interpellationen im Stadtrat.

Zum zweiten Vorstoss: Es ist für mich klar, dass das finanzielle Konsequenzen hat, beispielsweise der Verträge wegen mit We love Techno. Man sagt, das sei in der Kompetenz der Grossen Halle. Aber stellen Sie sich einmal vor, wie viele Vorstösse wir hier schon hatten, weil man einem Betreiber eines Restaurants vorgeworfen hat, er diskriminiere Menschen oder die Security habe sich nicht korrekt verhalten oder was auch immer, und hier hat eine kleine Gruppe mehrfach Veranstaltungen gestört. Wir haben am 10. Juni 2018 eine Abstimmung, und das sind die Leute, die mit der Sache nicht einverstanden sind. Ich habe gesehen, dass Thomas Berger einen Vorstoss eingereicht hat, der in eine ähnliche Richtung geht. Die Konsequenz wäre, dass man für einen solchen Betrieb, der Leute diskriminiert, keine Gelder mehr spricht. Sie haben damals die Anträge der SVP, die verlangten, dass man keine Diskriminierung mache, abgelehnt. Wir sind konsequent, wir sagen als einzige aller hier vertretenen Parteien klar Nein. Ich hoffe, dass wir einen Achtungserfolg erzielen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2018.SR.000082

4 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Reithalle: Verbannung von «we love Techno», wer reagiert: das Umfeld, das Recht oder der Terror?

Kurze Erklärung von Alexander Feuz siehe Traktandum 3.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2018.SR.000084

5 Kleine Anfrage Thomas Berger (JF): Verzichtet die Grosse Halle freiwillig auf Einnahmen?

Thomas Berger (JF): Es ist nichts wirklich Neues, dass der Gemeinderat Kleine Anfragen, die er nicht so toll findet, nicht sehr ernsthaft beantwortet. Hier hat er aber etwas besonders Schönes abgeliefert. Ich habe nichts anderes gefragt, als ob er es begrüsse, dass die Grosse Halle immer weniger Leuten zur Verfügung stehe, und er beantwortet diese Frage mit Ja. Das ist sehr speziell in einer Stadt der Beteiligung, und in einer Stadt, die sagt, die Grosse Halle sei so etwas wie eine gedeckte Allmend, wenn der Gemeinderat es begrüsst, dass dort immer weniger Leute etwas veranstalten können. Er hat natürlich Recht mit dem, was er nach diesem Ja schreibt: Solange der Leistungsvertrag eingehalten werde. Aber mit einem Vorgehen, wie es die Grosse Halle jetzt an den Tag gelegt hat, müsste der zu gegebener Zeit angepasst werden.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2018.SR.000081

6 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Bewertung durch Moody's: Kosten? Selbsteinschätzung der Finanzlage durch den Gemeinderat?

Alexander Feuz (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort. Ich beschränke mich auf Frage 3, ich bin nicht zufrieden mit der Antwort. Sie sehen: Das ist eine Art Einstimmung auf die Debatte zum IAFP. Es ist die Rede von erheblichen Unsicherheiten, aber was macht der Gemeinderat jetzt, wo man etwas mehr Geld hat? Ich sage es immer wieder: wenn man Geld hat, wird es «verblödet». Man schafft 58 neue Stellen, statt umzulagern. Man hat einen Medienverantwortlichen für Publibike, obwohl dies eine Aufgabe von Publibike wäre, man hat einen Medienverantwortlichen für die Schwimmbhalle. So etwas ist völlig jenseitig. Mit meiner Kleinen Anfrage wollte ich ein wenig testen, wie es der Gemeinderat so hält. Er sagt, es gebe erhebliche Unsicherheiten, aber im IAFP macht er das Gegenteil und verschwendet die Steuergelder. Ich werde ihn in meinem Votum zum IAFP darauf behaften.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2018.SR.000048

7 Dringliche Interpellation Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP): Wettbewerb Viererfeld: Warum werden die Versprechungen in der Abstimmungsbotschaft nicht eingehalten?

- Das Quorum für die Diskussion wird nicht erreicht (14 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltung). -

Luzius Theiler (GaP): Ich bin enttäuscht darüber, dass Sie die Diskussion abgelehnt haben, denn schliesslich geht es um ein wichtiges Projekt, um ein Zukunftsprojekt, wie es immer hochgelobt wurde. Man hat damals eine hohe städtebauliche Qualität versprochen, und das

war ein wesentlicher Grund dafür, dass man im Sommer 2016 den Überbauungsvorlagen zugestimmt hat. Aber kaum ist die Abstimmung vorbei, bricht man das Versprechen, deutet alles um und behauptet, das sei in der Abstimmungsbotschaft nicht so eindeutig formuliert gewesen, was aber hinten und vorne nicht stimmt. Man will einfach, statt Qualität zu schaffen, möglichst rasch etwas auf die Wiese stellen, damit man das Präjudiz hat, vielleicht auch, damit der Stadtpräsident sich als Städtebauer profilieren kann. Es ist sehr enttäuschend, in Anbetracht einer derartigen Situation, dass der Rat nicht einmal darüber diskutieren will. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden und ich bin enttäuscht über den Stadtrat.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion AL/GaP/PdA ist mit der Antwort nicht zufrieden.

- Die Traktanden 8 und 9 werden gemeinsam behandelt. -

2017.FPI.000047

8 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2019–2022

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2019–2022.
Bern, 14. März 2018

Grundsatzdebatte und direktionsübergreifende Anträge

Planungserklärung Nr. 1 (FD)

Der Gemeinderat ergänzt zukünftig den IAFP mit einer Übersicht über die Spezialfinanzierungen Eis+Wasser und Schulbauten, woraus die geplanten Projektsummen der berechtigten Projekte ersichtlich werden sowie welche Mittel aus den Spezialfinanzierungen bereits reserviert wurden oder noch zur Verfügung stehen.

Planungserklärung Nr. 2 (FSU)

«Ertragsüberschüsse für zusätzliche Abschreibungen verwenden.» Sollten in der IAFP-Periode 2019-2022 weitere Ertragsüberschüsse anfallen, nachdem die Spezialfinanzierungen für Schul- und Sportanlagen bereits vollständig geäuftet worden sind, so sind diese für zusätzliche Abschreibungen im Sinne von Artikel 84 der Gemeindeverordnung des Kantons Bern (GV; BSG 170.111) zu verwenden.

Planungserklärung Nr. 3 (FSU)

«Den Gemeinderat beim Wort nehmen – in den IAFP sind Ertragsüberschüsse in zweistelliger Millionenhöhe einzuplanen». Der Gemeinderat wird aufgefordert, mittels entsprechend moderater Ausgabenentwicklung für die kommenden Planjahre des IAFP jeweils einen Ertragsüberschuss in zweistelliger Millionenhöhe einzuplanen.

Planungserklärung Nr. 4 (SVP)

Die Stadt soll in den nächsten 5 Jahren jedes Jahr ein Prozent des Budgetjahres 2017 einsparen. Der Gemeinderat soll aufzeigen, wie er dies realisieren will.

Planungserklärung Nr. 5 (SVP)

Seite 9: Auf die geplante Einführung des Sauberkeitsrappens sei zu verzichten.

Eventualantrag zu Planungserklärung Nr. 5 (SVP)

Seite 9: Der Sauberkeitsrappen kann höchstens als «Chance» für mögliche Zusatzeinnahmen im Kapitel 4.6 Chancen und Risiken erwähnt werden, aber sicher nicht als fixer Bestandteil der Erträge der PG510300.

Planungserklärung Nr. 6 (FDP/JF und BDP/CVP)

Seite 10, geplantes Stellenwachstum: Der Gemeinderat soll aufzeigen, welche Aufgaben und Ausgaben rein auf zusätzlichen «freiwilligen» Aufgabenausbau des Gemeinderates zurückzuführen sind.

Planungserklärung Nr. 7 (SVP)

Seite 14, Fiskalertrag: Die Steueranlage für die Stadt Bern wird ab Steuerjahr 2020 vom geltenden Steuersatz vom 1,54 fachen auf 1,47 gesenkt.

Planungserklärung Nr. 8 (FDP/JF und BDP/CVP)

Seite 14, Fiskalertrag: Die Steueranlage für die Stadt Bern wird ab Steuerjahr 2020 vom geltenden Steuersatz vom 1.54-fachen auf das 1.49-fache gesenkt.

Planungserklärung Nr. 9 (FDP/JF und BDP/CVP)

Seite 15, Nettoergebnisse eigener Anstalten: Die Gewinnablieferung des EWB erfolgt nur, wenn die Anstalt tatsächlich einen Gewinn aufweist. Auf die Mindest-Gewinnausschüttung von Fr. 18. Mio. soll im Fall eines negativen Jahresergebnisses verzichtet werden.

Planungserklärung Nr. 10 (GFL/EVP, GLP/JGLP, FDP/JF, BDP/CVP)

Seite 35, Absatz 4.5.1: Die folgende, gemäss SRB 2017-338 vom 15. Juni 2017 vom Parlament überwiesene Planungserklärung ist umzusetzen und der Stellenausbau auf das Bevölkerungswachstum zu begrenzen: Das Stellenwachstum in den Direktionen, das über dem Bevölkerungswachstum liegt, ist innerhalb der jeweiligen Direktion zu kompensieren wenn es: 1) nicht lastenausgleichsberechtigt ist 2) nicht drittfinanziert ist 3) nicht durch den Vollzug von übergeordnetem Recht erzwungen ist.

Planungserklärung Nr. 11 (FSU)

Seite 47, zu Punkt 3 der finanzpolitischen Grundsätze des Gemeinderats: Der Gemeinderat soll aufzeigen mit welchen konkreten Massnahmen er sein Ziel des hundertprozentigen Selbstfinanzierungsgrad in 8 Jahren erreichen kann.

Planungserklärung Nr. 12 (FSU)

Seite 47: Der Bruttoverschuldungsanteil (Punkt 8 der finanzpolitischen Grundsätze des Gemeinderats) soll in keinem der vier Planjahre über 140% übersteigen.

Planungserklärung Nr. 13 (SPV)

Seiten 61 ff.: Auf sämtliche neu geplanten Stellen sei zu verzichten.

Sprecher Finanzdelegation (FD) *Benno Frauchiger* (SP): Es lohnt sich, sich kurz darüber Gedanken zu machen, worum es beim Instrument IAFP überhaupt geht und worum nicht, damit wir wissen, wie wir mit dem IAFP umzugehen haben und wie wir die Stadt damit steuern können. Und es ist vor allem auch wichtig, damit wir wissen, welche Themen wir im Interesse der

Ratseffizienz im Zusammenhang mit dem IAFP beraten und was wir besser in der Budgetdiskussion diskutieren sollten. Der aktuelle IAFP beruht jeweils auf dem vorjährigen IAFP, aber auch auf dem Produktgruppenbudget (PGB) des laufenden Jahres, inklusive der Korrekturen, die der Stadtrat vorgenommen, das die Bevölkerung im vergangenen Herbst verabschiedet hat, sowie auf den Erkenntnissen des Vorjahresabschlusses, das heisst der Jahresrechnung 2017. Man kann also davon ausgehen, dass neue Aufgaben, die im Rahmen der Budgetdiskussion beschlossen wurden und die dauerhaften Charakter haben, in den IAFP eingeflossen sind. Genauso sind Aufgaben, die der Stadtrat im Rahmen der letztjährigen Budgetdiskussion gestrichen hat, nicht mehr im IAFP oder allenfalls als neue Aufgaben deklariert. Planungserklärungen zum IAFP haben unverbindlichen Charakter und werden vom Gemeinderat wo möglich und sinnvoll übernommen, er kann aber auch auf die Umsetzung von Planungserklärungen verzichten, wenn sie anderweitigen Zielsetzungen widersprechen, wie beispielsweise den Legislaturzielen. Der IAFP ist also keine verbindliche Budgetplanung, sondern eine unverbindliche finanzpolitische Absichtserklärung des Gemeinderats. Was im IAFP steht, kann man gut finden oder auch nicht, und heute ist die Gelegenheit, sich öffentlich und politisch dazu zu äussern. Man kann den IAFP auch zum Anlass nehmen, um zu gewissen Themen Vorstösse einzureichen und so auf die Politik des Gemeinderats Einfluss zu nehmen. Es ist aber manchmal weniger zielführend, politische Anliegen als unverbindliche Planungserklärungen zu formulieren, und noch weniger zielführend ist es, wenn man mit Planungserklärungen versucht, auf die Budgetplanung des kommenden Jahres Einfluss zu nehmen, weil das PGB 2019 bereits gemacht ist; wir haben bereits einen Vorabdruck daraus erhalten. Die Budgetdiskussion für 2019 findet im Herbst statt, und dazu gehört auch die Diskussion über den Stellenausbau, der für 2019 geplant ist. Der IAFP hat die Rolle eines Frühwarnsystems und zeigt Tendenzen auf. Er erlaubt es, bei Bedarf Massnahmen zu ergreifen, damit negative Entwicklungen vermieden werden können. Er ist eine Art Wetterprognose, aber er ist eben nicht das aktuelle Wetter, und genauso wie die heutige Wetterprognose morgen nicht überarbeitet wird, wird auch der IAFP, den wir heute besprechen, nicht mehr überarbeitet. Im IAFP, über den wir nächstes Jahr reden werden, wird nämlich das Jahr 2019 gar nicht mehr drin sein, dafür neu das Jahr 2023. Und die Stellen, die im Rahmen des Budgets 2019 geschaffen werden, gelten dann nicht mehr als neue Aufgabe, sondern werden weitergeführt. Das heisst aber nicht, dass wir nicht auch über den Stellenausbau und über die Legislaturziele diskutieren können. Der IAFP soll eine mittelfristige Übersicht über die geplanten neuen Aufgaben und über die Entwicklung der Finanzen der Stadt Bern geben. Und wie der Name – integrierter Aufgaben- und Finanzplan – andeutet, geht es heute genau darum zu diskutieren, welche Aufgaben die Stadt langfristig erfüllen soll und was das kosten darf. Man kann diese Diskussion auch ohne Planungserklärungen führen. Schade ist, wenn diese Diskussion auf die Finanzen verkürzt wird und nicht auch darüber diskutiert wird, welche Dienstleistungen die Stadt eigentlich erbringen soll, ob sie neue Dienstleistungen zu erbringen hat oder ob sie bestehende vielleicht abbauen kann, weil sie nicht mehr nötig sind. Dass dazu die Meinungen weit auseinander gehen, liegt in der Natur unseres Gremiums. Linke Parteien sehen in der Stadtverwaltung vermutlich eine Dienstleistungserbringerin, die aus der Stadt eine Wohlfühloase machen sollte und auch Dienstleistungen erbringen, die über die minimalen Hygienestandards hinausgehen. Libertäre Fraktionen hingegen sehen die Stadtverwaltung wohl eher als eine Dienerschaft, deren Aufgaben sich im Wesentlichen darauf beschränken, ihren Abfall zu entsorgen und die Strasse vor der Haustüre zu reinigen. Es wird heute also vor allem darum gehen, wie viel Dienstleistung die Stadtverwaltung über die Dienerschaft hinaus erbringen darf, mit welchem Personal und zu welchen Kosten. Ein Teil der IAFP-Diskussion betrifft auch die Investitionsplanung, die direkt mit den Aufgaben und Aktivitäten der Stadt verknüpft ist und insbesondere über die Abschreibungen, aber auch mit der Verschuldungssituation und den dazu gehörenden Zinszahlungen, auch direkt mit der Finanzplanung. Man

muss bei der Verschuldung jedoch unterscheiden, ob das Geld ausgegeben wird für eine Investition wie eine neue Schwimmhalle, der ein bleibender Gegenwert gegenübersteht, oder ob es aufgenommen wird für Konsumausgaben. In dem Sinn haben wir heute den besten IAFP seit langem vor uns: Über alle vier Jahre gesehen sind die Planzahlen ausgeglichen, ja sogar positiv. Dank globalen Kürzungen im Umfang von 5.5 Mio. Franken, die der Gemeinderat für das Budget versprochen hat, können wir nächstes Jahr mit einem ausgeglichenen Budget rechnen, und dies trotz erheblichem Leistungsausbau und trotz gestiegenem Transferaufwand. Für 2020 sollte sogar ein Überschuss von knapp 13 Mio. Franken resultieren, dies insbesondere aufgrund der Anpassung des amtlichen Werts für die Liegenschaftssteuern. Dieses Ergebnis wird allerdings bereits 2021 durch ein Defizit von gut 11 Mio. Franken getrübt, wegen der Auswirkungen verschiedener Steuersenkungsvorlagen von Bund und Kanton. Bereits für 2022 rechnet der Gemeinderat aber wieder mit einem ausgeglichenen Budget. Verglichen mit früheren IAFP darf uns diese Finanzplanung also optimistisch stimmen. In den fünf vorangehenden IAFP wurden uns jeweils kumulierte Defizite über die vier Planjahre zwischen 43 und 75 Mio. Franken vorgelegt, aber nachher gab es jeweils positive Jahresabschlüsse in zweistelliger Millionenhöhe. Heute haben wir schon im IAFP ausgeglichene Zahlen, wir sind gespannt, wie es herauskommt.

Dass die Stadt weiter wachsen soll, zeigt sich nicht nur in den Annahmen zum Bevölkerungswachstum, sondern auch im IAFP. Gegenüber dem Budget 2018 werden Aufwand und Ertrag bis ins Planjahr 2022 um je 8 Prozent wachsen. Überproportional, nämlich um rund 25 Mio. Franken, steigen die Abschreibungen, primär aufgrund der grossen Investitionen, die gemäss HRM2 linear abgeschrieben werden und sich auf die Dauer kumulieren. Der allgemeine Leistungsausbau schlägt mit bis zu 22.4 Mio. Franken zu Buche, darin enthalten sind auch die 56 neu zu schaffenden Stellen, wobei man davon ausgehen kann, dass die eine oder andere dieser Stellen im Rahmen der globalen Kürzung um 5.5 Mio. Franken für die Budgetvorlage bereits wieder weggefallen ist, und dies ganz ohne Planungserklärung aus dem Stadtrat. Ansonsten ist beim Personal praktisch keine Lohnentwicklung vorgesehen. Der übrige Mehraufwand ist vor allem auf den steigenden Transferaufwand zurückzuführen, der wie immer mit der kantonalen Planungshilfe berechnet wurde. Beim Finanzaufwand wird zudem mit leicht steigenden Zinsen gerechnet, aber immer noch auf tiefem Niveau, und man rechnet mit einer Neuverschuldung von jährlich 50 Mio. Franken. Ertragsseitig wird in erster Linie mit höheren Steuereinnahmen gerechnet, bei einer unveränderten Steueranlage von 1.54 und einem Wirtschaftswachstum von 1.5 Prozent. Die Anpassungen des amtlichen Liegenschaftswerts und die kantonale Steuervorlage 2017 sind hier einberechnet. Entsprechend dem neuen Berechnungsmodell für die Gewinnablieferung von ewb besteht die sogenannte Gewinnablieferung, im Umfang von 16.2 Mio. Franken, nur noch aus den Abgaben, die man bei den Stromkonsumenten direkt erhebt. Vielleicht könnte man diese Abgabe in den Finanzberichten der Stadt gelegentlich anders benennen, damit wir nicht weiterhin über Planungserklärungen verhandeln müssen, die von Gewinnablieferung reden, aber eigentlich die Abgabe an das Gemeinwesen meinen. Wer die Finanztransaktionen zwischen Stadt und ewb nur oberflächlich anschaut, könnte tatsächlich meinen, dass die sogenannte Gewinnablieferung etwas mit den Gewinnen von ewb zu tun habe, dabei verhält es sich eher wie mit einer Medaille am GP: Weil man den Stromkunden die Gewinnablieferung separat in Rechnung stellt, muss sie ewb der Stadt auch entsprechend entrichten, unabhängig von der wirtschaftlichen Performance, genauso, wie ein Läufer die Medaille unabhängig von seiner Performance erhält, weil er sie nämlich im Voraus bezahlt hat.

Das geplante Investitionsvolumen nimmt stark zu, der Investitionsbedarf für den Werterhalt der Infrastruktur liegt bei jährlich rund 130 Mio. Franken. Der Sanierungsrückstand soll so innerhalb von 25 Jahren abgebaut werden, eingeschlossen sind aber auch Anpassungen an neue Standards. Diese hohen Investitionen bedeuten aber, dass eine vollständige Selbstfi-

nanzierung kaum möglich sein wird, der Gemeinderat rechnet mit einer jährlichen Neuverschuldung von 50 Mio. Franken. Bei Investitionen mit langer Nutzungsdauer ist der Einfluss in der Erfolgsrechnung des ersten Planjahres gering, aber die Kosten kumulieren sich jährlich und führen innerhalb einer mittleren bis langen Frist zu einer hohen Zusatzbelastung. Schulbauten beispielsweise werden über 25 Jahre abgeschrieben. Zur Finanzierung der Abschreibung von Schulbauten haben wir allerdings eine Spezialfinanzierung, in die wir voraussichtlich 100 Mio. Franken eingelegt haben, weitere 64 Mio. Franken sind in der Spezialfinanzierung Eis und Wasser. Leider finden sich bis jetzt in den offiziellen Finanzberichten der Stadt keine Übersichten über die Spezialfinanzierungen. Die Finanzdelegation wünscht darum, dass ab dem IAFP 2020-2023 für beide Spezialfinanzierungen eine Übersicht über die berechtigten Projekte und die geplanten Projektsummen sowie über die reservierten und die noch zur Verfügung stehenden Mittel vorgelegt wird. – Das ist die einzige Planungserklärung, die die FD überwiesen hat.

Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt auf, inwiefern die Investitionen durch eigene Mittel finanziert werden können. Mittelfristig sollte der Selbstfinanzierungsgrad 100 Prozent betragen. Gemäss IAFP können aber in den kommenden Jahren lediglich 50 bis 60 Prozent erreicht werden, entsprechend haben wir eine Neuverschuldung von wie erwähnt 50 Mio. Franken pro Jahr. Mit den deutlich besseren Jahresabschlüssen in den letzten Jahren ist dieses Szenario nicht eingetroffen, wir hatten fast immer einen Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent.

Der Bruttoverschuldungsanteil zeigt, wie hoch die Bruttoschulden im Vergleich zum laufenden Ertrag sind. Ein Wert von über 150 Prozent gilt als schlecht; der Stadtrat und der Gemeinderat haben in den finanzpolitischen Grundsätzen eine Grenze von 140 Prozent für die ersten beiden Planjahre gesetzt. 2014 stieg der Bruttoverschuldungsanteil durch die Rückführung der Stadtbauten sprunghaft auf ca. 130 Prozent an und blieb seither relativ stabil, steigt aber jetzt im Planungshorizont auf rund 140 Prozent. Eine grössere Schuldenzunahme ist im Gesamthaushalt festzustellen, was auf die Tätigkeiten des Wohnaufonds zurückzuführen ist. Allgemein lässt sich sagen, dass als neue Aufgabe vor allem die 56 neu geplanten Stellen zu Buche schlagen werden, zudem erhöhte Mietfolgekosten gegenüber ISB, die Kulturstrategie, mit rund 3 Mio. Franken, sowie die Umsetzung der Digitalstrategie über alle Direktionen. Aufgrund von Beschlüssen des Stadtrats und des Stimmvolks sowie wegen neuer gebundener Aufgaben durch übergeordnetes Recht entstehen bis 2022 weitere zusätzliche Kosten von rund 6 Mio. Franken.

Noch ein paar Worte zu den Planungserklärungen. Die früheren Planungserklärungen hat der Gemeinderat weitgehend erfüllt. Wo er dies nicht gemacht hat, hat er dies im IAFP festgehalten und begründet. Eine dieser Planungserklärungen betrifft das Stellenwachstum, das, mit gewissen Ausnahmen, auf den Umfang des Bevölkerungswachstums beschränkt werden sollte. Der Gemeinderat hat auf eine Umsetzung dieser Planungserklärung verzichtet, weil er die Verknüpfung von Bevölkerungs- und Personalwachstum weder als sinnvoll noch als zielführend erachtet. Mit einer Durchsetzungs-Planungserklärung möchten gewisse Fraktionen dieses Anliegen wieder aufnehmen. Das ist nicht nur stilllos und unsportlich, sondern auch zwecklos, weil das Budget 2019 bereits gemacht ist. Zwar sind auch 2020 noch gewisse neue Stellen geplant, aber voraussichtlich nur ungefähr im Umfang des Bevölkerungswachstums. Nicht nur darum hat die FD diese Durchsetzungs-Planungserklärung abgelehnt, sondern auch, weil sie jeder Logik entbehrt: In schwierigen Budgetzeiten sind trotz Bevölkerungswachstum auch schon Stellen gestrichen worden, notabene dort, wo jetzt wieder Stellen geschaffen werden sollen. Wenn man den Stellenausbau auf das Bevölkerungswachstum begrenzt, hätte man auch den Stellenabbau mit dem Bevölkerungswachstum koppeln müssen, andernfalls ist eine solche Planungserklärung nichts anderes als eine langfristige Stellenabbaustrategie. Die FD ist der Meinung, dass sich der Stellenetat primär an den Legislaturzielen und am Finanzhaushalt ausrichten sollte und nicht an der Bevölkerungsentwicklung. Eine an-

dere Planungserklärung, die nicht umgesetzt wurde, verlangte eine Begrenzung des Leistungsausbaus auf 30 Prozent der zusätzlichen Steuererträge. Mit 42.3 Prozent liegen die 2019 geplanten neuen Aufgaben leicht über dieser Vorgabe. Der Gemeinderat versteht zwar das Anliegen dieser Planungserklärung, findet aber die 30 Prozent etwas willkürlich. Er ist stattdessen bereit, dafür zu sorgen, dass sich der Selbstfinanzierungsgrad verbessert, das heisst, dass in künftigen Budgets Überschüsse ausgewiesen werden müssen. Eine neue Planungserklärung will jetzt aber, dass bereits im IAFP Überschüsse ausgewiesen werden. Die FD ist der Meinung, der IAFP sei dafür nicht der richtige Ort und hat darum kein Verständnis für diese Planungserklärung der FSU, die offenbar nicht anerkennt, dass bereits der diesjährige IAFP mit über 50 Mio. Franken besser ausgefallen ist als die vorderen IAFP, damals unter der Federführung von FDP-Finanzdirektoren. Eine Planungserklärung, die erfüllt wurde, forderte, dass der Bruttoverschuldungsanteil in den jeweiligen ersten Planjahren die Obergrenze von 140 Prozent nicht überschreiten darf. Der Gemeinderat hat diese Limite in seine finanzpolitischen Grundsätze aufgenommen und setzt die Forderung entsprechend um. Eine neue Planungserklärung möchte jetzt weiter gehen und fordert, dass der Bruttoverschuldungsanteil in keinem der vier Jahre 140 Prozent übersteigen darf. Die FD ist der Meinung, dass ein solches langfristig angelegtes Korsett nicht notwendig ist und nichts zur Verbesserung der Verschuldungssituation beiträgt. Das Planjahr 3 wird nämlich jeweils im Folgejahr zum Planjahr 2, in dem die Planung entsprechend angepasst werden müsste, damit die 140 Prozent in der Realität eingehalten werden könnten.

Die FD beantragt dem Stadtrat mit 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung, den IAFP zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Für die Planungserklärungen aus den Sachkommissionen fand sich in der FD keine Mehrheit.

Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Die SVP lehnt diesen IAFP mit aller Entschiedenheit ab. Ein paar Vorbemerkungen: Dass dieser IAFP die Handschrift von RGM trägt, damit kann ich leben, RGM hat die Mehrheit im Gemeinderat. Aber Sie sehen jetzt die Konsequenzen mit aller Deutlichkeit: Wenn die Stadt zu viel Geld hat, wird es verschleudert und «verblödet». Man schafft neue Stellen in einem jenseitigen Ausmass, und schlimm und erschreckend ist – das konnten Sie auch den Medien entnehmen, das ist nicht nur die Auffassung der SVP, sondern das tragen auch andere Kollegen mit –, dass man sich damit frivol über eine Planungserklärung hinwegsetzt, die im vergangenen Jahr überwiesen wurde. Man schafft immer noch mehr neue Stellen, und das ist vor allem mit Blick in die Zukunft sehr heikel. Ich werde gleich ein Beispiel dafür liefern, wie uns die Stadt fahrlässig – ich würde sogar sagen, es geht schon in Richtung vorsätzlich-mutwillig – in die Irre führt. Die zweite Vorbemerkung: Was hat der Gemeinderat nicht alles gemacht, damit man die Steuersenkung nicht umsetzen musste! Man hat gejammert, man hat diese Spezialfonds eingerichtet für alle möglichen Sachen, man hat dem Personal Geschenke gemacht. Und was macht man jetzt? Nebst den Personalgeschenken baut man jetzt weitere Sachen auf. Der dritte Punkt, die Seriosität der Finanzplanung: Sie haben alle vor zwei Tagen eine Mail erhalten, es ist wiederum anders mit der Personalvorsorge. Leichtfertig geht man darüber hinweg, sagt gegen aussen, es sehe gut aus, man habe alle die Stellen und zieht das nachher durch die Butter. Die vierte Vorbemerkung: Ich habe vorhin das Wort frivol verwendet, und daran halte ich fest. Sie können im IAFP lesen, dass man mit diesem Sauberkeitsrapen rechnet. Ich darf nicht über unseren Delegationsbesuch berichten, aber ich kann Gemeinderätin Ursula Wyss heute Fragen stellen. Insbesondere habe ich die Frage gestellt, was der Preisüberwacher zu diesem Sauberkeitsrapen sagt, ob er nächstens eingeführt wird, ob es länger dauert, ob es Widerstand gibt. Wir werden die Antworten nachher hören. Ich habe immer gesagt, der Sauberkeitsrapen

werde bekämpft, es gibt wahrscheinlich auch eine Abstimmung, und wir haben auch Anträge dazu. Ich komme zu den 58 neuen Stellen. Sie sind nicht, wie zuerst versprochen, probeweise. Ich gehe davon aus, dass alle für die kommenden zehn Jahre verankert werden, mit den entsprechenden Kosten. Halten Sie sich fest: Man stellt einen PR-Beauftragten für das Sportamt ein, und auch Publibike erhält einen PR-Beauftragten. Ich bin ohnehin der Meinung, das sei ein dummer Vertrag, den man mit dieser Postautotochter eingegangen ist, und jetzt übernimmt die Stadt sogar noch Leistungen für sie. Verkauft hat man uns das Ganze als kostenneutral. Es wird also gemogelt und gemauschelt, mit gewaltigen Konsequenzen für den Steuerzahler, der das alles teuer bezahlen müssen. Das geht für uns nicht, dass man sich über Versprechungen hinwegsetzt. Wir haben in unserer Medienmitteilung gesagt, dass es durchaus gewisse neue Aufgaben geben kann, das bestreiten wir nicht, und dass man dort eventuell schwerpunktmässig Leute haben will, aber das kann man durch Umlagerungen gewährleisten, wir haben mehr als genügend Leute. Darum stellt die SVP einen klaren Kürzungsantrag. Aber wir unterstützen auch Parteien, die differenzierte Kürzungsanträge gestellt haben. Wir sagen einfach, dass man mit unserem aktuellen Personalbestand nicht immer neues Personal einstellen muss, sondern dass man die Stellen umlagern kann, und gewisse Sachen braucht es auch gar nicht mehr. Manches ist zum Kanton gegangen, gewisse Sachen bereiten weniger Arbeit, da kann man also entlasten, man muss nur den Mut dazu haben. Ein PR-Beauftragter im Sportamt für die Schwimmhalle! Wollen Sie nächstens noch eine Rechtsabteilung machen für diesen PR-Beauftragten? Und vielleicht könnte man auch gleich noch in jedem Schulhaus einen Arzt und einen Psychologen auf Pikett haben! – So etwas darf nicht sein! Die nächste Vorbemerkung, Nummer 7: Wir haben vielleicht ein wenig weiter und schärfer formuliert, aber wir unterstützen wie gesagt zielführende Anträge anderer Fraktionen, und beim einen oder anderen Antrag gibt es vielleicht noch eine Überraschung. Kurz zu den eigenen Anträgen. Die Personalanlässe oder diese Stellen bekämpfen wir ganz klar, und wir sehen erhebliches Kürzungspotenzial bei der Verkehrsplanung. Bei der Velooffensive haben wir uns die Sache noch einmal überlegt, da gibt es eine leichte Korrektur: Jetzt, wo der Gemeinderat immer noch weiter und weiter geht, sind wir der Meinung, man solle bei der Velooffensive nicht nur einen Drittel kürzen, sondern gleich die Hälfte. Unsere Planungserklärung Nummer 4 ist ein Evergreen. Wir wollten diesen Antrag eigentlich nicht mehr stellen, aber nachdem wir gesehen haben, wie leichtfertig der Gemeinderat mit unserem Geld umgeht, muss man diese Einsparung explizit noch einmal verlangen. Und wir sind auch der Meinung, unsere Planungserklärung sei besser und präziser als die der FSU, weil wir eine Einsparung wollen und der Gemeinderat aufzeigen muss, wie er das macht. Das ist stärker als der Antrag der FSU. Andernfalls besteht das Risiko, dass wir uns die Steuersenkung ganz verbauen, zudem finden wir, es sei nicht unsere Aufgabe zu sagen, wo gespart wird, sondern das solle der Gemeinderat aufzeigen. Ich rede hier von nur einem Prozent des Budgetjahrs 2017, das ist zu machen, wenn man will. Wenn man jetzt schon mit Geld budgetiert, das man nicht haben wird, braucht es diesen Antrag. Der entscheidende Antrag ist Antrag 5, zum Sauberkeitsrapen. Sie haben den Widerstand gehört, wir sind klar der Meinung, diese Übung müsse man abbrechen.

Die Präsidentin weist Alexander Feuz darauf hin, dass die Redezeit abgelaufen ist.

Peter Ammann (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Ich danke der Verwaltung und unserem Finanzverwalter im Namen der GLP für die erneut umfangreichen Planungsdokumente und die kontinuierlichen Verfeinerungen und Verbesserungen darin.

Ich beginne mit einer staatspolitischen Überlegung. In der Schweiz kennen wir traditionell und bewährt das System der Konkordanzregierung, auf allen Ebenen. Wir haben nicht ein Regierungs- und Oppositionssystem, wie wir es von den USA, von Frankreich oder von Deutschland kennen. Unser System ist anspruchsvoll, aber es bewährt sich auf die Dauer, mit Stabili-

tät und mit Rechtssicherheit zum Wohl der Bevölkerung, auch wenn es manchmal vielleicht etwas träge ist. In der Stadt Bern sind die Regierung und die Parlamentsmehrheit aber auf dem Weg, dieses System über den Haufen zu werfen. Die 60-Prozent-RGM-Mehrheit will mit dem Finanzplan, der uns hier vorgelegt wird, eine hundertprozentig dogmatisch gefärbte Linkspolitik durchdrücken. Konkordanz heisst, dass Lösungen für alle oder doch für eine grosse Mehrheit der Bürger gesucht und angestrebt werden, natürlich gefärbt von der politischen Mehrheit, darauf hat bereits mein Vorredner hingewiesen; aber im vorliegenden IAFP ist von einem Kompromiss im Sinn einer Konkordanz nichts mehr zu sehen. Ich erinnere den Stadtpräsidenten noch einmal daran: Im Januar 2017 hat er am letzten Podium vor dem zweiten Wahlgang gesagt, über Steuersenkungen könne man jetzt schon reden. Was ist nachher passiert? Der Gemeinderat und die Ratsmehrheit haben im Sommer 2017 die überwiesene Steuersenkungsmotion mit einem Federstrich abgeschrieben. Wir Grünliberalen haben das damals zur Kenntnis genommen, und wir fordern dieses Jahr keine Steuersenkung, weil wir finden: Einmal ist es gut! Aber was passiert heute? Neben den erforderlichen Investitionen, über die wahrscheinlich weitgehend Konsens herrscht, wird gemäss diesem IAFP nicht etwa mit Augenmass konsumiert, sondern das Geld wird, ich kann es nicht anders sagen, mit beiden Händen zum Fenster hinausgeworfen. Ein paar Beispiele: Wir haben neu eine Fachstelle «Aneignung öffentlicher Raum». – Das muss man sich auf der Zunge vergehen lassen! Oder: In der Verkehrsplanung haben wir eine neue Stelle für «Verstärkung Partizipation (aufsuchende Partizipation, 100 Prozent)». Bei der BSS soll es neu eine Stelle geben für «Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation (Beispiel: 50-Meter-Schwimmhalle)». Mit Verlaub. Was macht denn eigentlich Herr Langeneggers achtköpfige Kommunikationsabteilung? Zum Schluss vielleicht noch dies: Neu wird die Entwicklung einer «Strategie der Kultur- und Kreativwirtschaft» gefordert. Auch dazu muss ich sagen: Einmal ist es gut! Die Frage stellt sich, ob dies wirklich Aufgaben sind, die diese Stadt wahrnehmen muss und soll. Wir finden: Nein. Und ich erinnere daran, dass bereits in der letzten IAFP-Debatte ungefähr die Hälfte der Stadträtinnen und Stadträte zur Mässigung aufgerufen hat. Das gleiche passierte, als der Gemeinderat im Rahmen der Kenntnisnahme der Legislaturrichtlinien erläuterte, warum er die Stellen so stark ausbaut, auch damals wurde von verschiedenster Seite zu einer gewissen Mässigung aufgerufen. Der Gemeinderat war aber in dieser Sitzung weitgehend abwesend. Die Pläne sind aus unserer Sicht unverschämte und überheblich. Mein Vorredner hat das Wort frivol verwendet, und das finde ich durchaus auch zutreffend. Sie sind nur für die eigene Klientel der Parteigenossen und RG-Sympathisanten angelegt und nicht für die Bernerinnen und Berner. Wir hätten bei der Erarbeitung dieses Finanzplans mehr Führungsverantwortung des Gesamtgemeinderats erwartet. Nicht jedes angemeldete Nice-to-have-Projekt und nicht jeder Wunsch und jede neue Stelle aus den Abteilungen muss umgesetzt werden. Wir erhielten auch ein wenig den Eindruck, es habe nur eine Direktion wirklich Prioritäten gesetzt, nämlich die, die ungefähr 2.6 neue Stellen aufführt. Die gestrigen Medien haben als Titel gebracht: «Aufstand in der rot-grünen Wellnesszone». Ja, wir stehen auf und sagen Stopp, Stopp diesen unverschämten, verschwenderischen Plänen, Stopp dieser Überheblichkeit des Gemeinderats und der Parlamentsmehrheit. Stopp aber auch einer fehlenden Kostensensitivität in dieser Stadt. Dieser Trend ist ungesund und ich habe kein gutes Gefühl, wenn ich daran denke, wohin das mittelfristig führt. Ich hoffe darum sehr auf Augenmass bei den Abstimmungen und in Zukunft auch bei der Umsetzung im Gemeinderat.

Zu den Planungserklärungen. Mit Planungserklärung 2 geht es der FSU darum, den Gemeinderat beim Wort zu nehmen: Er soll in Zukunft wirklich zweistellige Gewinnüberschüsse zeigen und nicht nur das, was man für den Konsum hat. Und er soll sich an seine eigenen Grundsätze halten im Bereich Selbstfinanzierungsgrad und Bruttoverschuldungsanteil. Wir unterstützen selbstverständlich diese Planungserklärungen, die nichts anderes machen als noch einmal zu sagen: Hallo, wir haben diese Regeln, halten Sie sich doch bitte daran. Die

interfraktionelle Planungserklärung 10 will den Stellenausbau an das Bevölkerungswachstum koppeln und so begrenzen. Vor einem Jahr war dies eine GLP-Planungserklärung, die vom Rat überwiesen wurde, die aber, der Sprecher der FD hat es gesagt, vom Gemeinderat nicht umgesetzt wurde. Wir finden, entgegen der Meinung der FD, dass man diese Durchsetzungs-Planungserklärung unterstützen soll. Zu ihrer Auslegung möchte ich noch folgendes sagen: Wir geben dem Gemeinderat sogar einen gewissen Spielraum. Wenn er in einem Jahr ein paar Stellen über dem Bevölkerungswachstum ist, geht das in Ordnung, man kann ja vielleicht ein anderes Mal auch wieder darunter liegen. Wir wollen einfach, dass man in etwa in diesem Umfang Stellenausbau betreibt und nicht mehr. Die Planungserklärung 13, den Verzicht auf sämtliche neue Stellen, lehnen wir logischerweise ab. Bei den Planungserklärungen 7 und 8 geht es um die Steuersenkung. Ich habe es bereits gesagt, im Moment wollen wir keine Steuersenkung, wir werden uns bei den Planungserklärungen 7 und 8 der Stimme enthalten. Wir wollen die Erträge zeigen, und wir wollen auch den Konsum nicht exzessiv wachsen lassen. Und zum Schluss noch Planungserklärung 9, zur Gewinnablieferung von ewb. Wir sind der Meinung, diese Planungserklärung solle man nicht unterstützen. Wir haben das Gewinnausschüttungsmodell nach langen Diskussionen im Stadtrat, aber auch zwischen Gemeinderat und ewb, endlich angepasst. 2018 greift es erstmals, wir werden nur noch 16.2 Mio. Franken entnehmen, der Rest soll gewinnabhängig ausgeschüttet werden. – Diese 16.2 Mio. Franken sind übrigens immer noch mehr, als was auf den Stromrechnungen als Ablieferungen an das Gemeinwesen aufgeführt ist. *Die Vorsitzende ermahnt Peter Amman, zum Schluss zu kommen.* Für uns ist das im Moment so in Ordnung, aber man muss beobachten, wie dieses neue System funktioniert und es dann allenfalls noch einmal überdenken.

Peter Marbet (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Auch unsere Fraktion möchte beginnen mit einem Dank an den Finanzdirektor, an den Stadtpräsidenten, an den Gesamtgemeinderat und natürlich an die Finanzverwaltung und alle weiteren involvierten Stellen, die jedes Jahr eine immer differenziertere Arbeit machen, in einer grossen Gründlichkeit und mit sehr grossem Aufwand.

Der Sprecher der FD hat es bereits gesagt, wir haben einen ausgezeichneten IAFP. Wir sind, ganz anderes als die beiden Vorredner, überzeugt, dass wir diesmal einen IAFP haben, der «stimmt», der einnahmen- wie auch ausgabenseitig wesentlich realistischer budgetiert, als dies in der Vergangenheit der Fall war, und Ja: Wir wollen eine starke Stadt; Ja, wir wollen einen Ausbau des Service public, und Ja: Wir haben als Parlament sehr viele Bestellungen aufgegeben, die von unserer Regierung und Verwaltung umgesetzt werden sollen. Wenn die Einnahmen der Stadt Bern in den vergangenen Jahren dank der Steuern der natürlichen Personen so stark gewachsen sind, so ist dies ein Ergebnis eines starken Service public. Die Leute wollen diese Dienstleistungen der Stadt, sie kommen gern in Bern wohnen, auch weil wir hier Sachen bieten, die andere Gemeinden, die bürgerlich geleitet sind, nicht bieten können oder nicht bieten wollen. Wir haben in Bern ein breites Programm und wir sind gut beraten, dieses Programm weiter auszubauen, und wir werden uns auch in diesem Sinn und Geist einsetzen.

Wir haben dank 20 Jahren RGM heute eine ausgezeichnete Finanzsituation: Wir haben ein Eigenkapital von gut 100 Mio. Franken, wir haben Spezialfinanzierungen in einem ähnlichen Umfang, die es uns erlauben, im Bereich Eis und Wasser und für die Schulen entsprechende Investitionen zu tätigen. Und wir hatten auch einen sehr guten Rechnungsabschluss, das ist ein grosser Erfolg. Die Steuereinnahmen werden uns einnahmeseitig sicher weiterhin entgegenkommen, wobei wir allerdings bereits erste Berechnungen zur Kenntnis nehmen konnten, wonach die kantonalen und die Bundesvorgaben voraussichtlich ungefähr die Hälfte der erwarteten Steuerertragszunahmen bis ins Jahr 2022 gleich wieder auffressen werden. Wir haben gehört, was mit ewb in Sachen Gewinnablieferung neu vereinbart wurde und sind der

Überzeugung, es sei sinnvoll, es vorderhand so zu machen. Sollte es später eine Korrektur geben, müsste man auch wieder über eine Erhöhung reden. Das mit dem Sauberkeitsrapen wird nicht im IAFP entschieden, da verstehen wir die Aufregung nicht ganz, auch wegen der Summe von 3 Millionen Franken, um die es geht, angesichts eines Budgets von 1 Mia. Franken. Entscheiden werden wir später, und dazumal werden wir auch die Debatte dazu führen. Die Ausgabensituation ist wesentlich kritischer zu beurteilen, auch in Bezug auf den Spielraum für Steuersenkungen. Das grösste Thema sind sicher die Investitionen, die mit einer Neuverschuldung von ungefähr 50 Mio. Franken pro Jahr einhergehen. Wir wissen alle, dass wir einen grossen Rückstand haben bei den Bauten im Verwaltungs- wie auch im Finanzvermögen. Gemäss IAFP gehen wir davon aus, dass es rund 25 Jahre dauern wird, bis dieser Rückstand aufgeholt ist, die Bruttoschulden werden von 1.3 Mia. Franken auf 1.5 Mia. Franken im Jahr 2022 steigen, und darum sind wir überzeugt, dass es nicht sinnvoll ist, die Steuern zu senken. Es hat mich gefreut zu hören, dass es auch für die GLP jetzt einmal genug ist. Das Thema wurde hier so oft diskutiert, dass man auch von einem politischen Mehrheitskonsens reden kann, dass es im Moment nicht opportun ist, diese Frage wieder und wieder zu diskutieren. Wir haben eine sehr gute und eindrückliche Übersicht über die Investitionsvorhaben im Einzelnen erhalten. Inzwischen wurden oder werden neun Schulhäuser komplett neu gebaut, umgebaut oder saniert, mit einem Investitionsvolumen von 360 Mio. Franken; im Bereich Eis und Wasser belaufen sich die Investitionen auf 240 Mio. Franken, macht zusammen also 600 Mio. Franken. – Eine gewaltige Summe für die Stadt Bern, und entsprechend müssen wir uns die finanziellen Spielräume erhalten, damit wir das überhaupt stemmen können. Letztlich setzen wir damit nur den Willen des Parlaments um. Man kann wohl von Konsensregierung reden, aber wir haben dem Gemeinderat verbindliche Aufträge erteilt, und wir erwarten doch, wie manchmal auch von der anderen Seite angemerkt wird, dass der Gemeinderat diese Aufträge umsetzt, und dafür müssen wir auch die nötigen Stellen zur Verfügung stellen. Ich komme damit zu den Planungserklärungen. Die Fraktion SP/JUSO lehnt alle Planungserklärung mit Ausnahme der Nummer 1 ab. Wir sind überzeugt, dass es keinen Sinn macht, dem Gemeinderat ein noch engeres Korsett anzulegen, wir erachten den IAFP als solid und umfassend, und in erster Linie unterstützen wir sicher keine Abbauanträge. Wir finden es nicht sinnvoll, dem Gemeinderat mit finanzpolitischen Anträgen ein Korsett anzulegen, vielmehr möchten wir, dass er eine gewisse Flexibilität und eine gewisse Freiheit behält, im Wissen, dass er sich ja selber finanzpolitische Grundsätze gibt, notabene die 140-Prozent-Limite beim Bruttoverschuldungsanteil. Diese Planungserklärung haben wir vor einem Jahr nicht unterstützt, aber der Gemeinderat hat sie so aufgenommen und das greifen wir nicht an. Die Forderung von Planungserklärung 2, Ertragsüberschüsse nur noch für zusätzliche Abschreibungen einzusetzen, erachten wir als nicht sinnvoll, weil es auch in Zukunft wieder einmal zu einer Spezialfinanzierung kommen könnte. Die Planungserklärung 3, Ertragsüberschüsse in zweistelliger Millionenhöhe zwingend auf vier Jahre hinaus einzuplanen, finden wir auch nicht sehr klug. Es gibt sehr grosse Unsicherheiten bei den Einnahmen wie bei den Ausgaben, und damit würde diese Auflage eine sehr radikale Einschränkung der Budgetfreiheit und der Budgetmöglichkeiten bedeuten. Planungserklärung 6 redet von freiwilligem Aufgabenausbau, aber das ist sehr unklar und unscharf. Wenn wir als Parlament einen Auftrag überwiesen haben, ist es nicht mehr freiwillig, also müsste die Antwort auf dies Planungserklärung sein, dass es einen derartigen Aufgabenausbau gar nicht gibt. Zu Planungserklärung 12, zum Bruttoverschuldungsanteil: Ich habe bereits gesagt, dass wir das, was sich der Gemeinderat selber ins Pflichtenheft geschrieben hat, unterstützen. Aber diese Limite für die ganzen vier Jahre festzuschreiben, ist nicht im Sinn und Geist des Instruments IAFP. Die Planungsgenauigkeit oder eben -ungenauigkeit für die Planjahre 3 und 4 ist derart gross, dass eine solche Einschränkung keinen Sinn macht. Die aus unserer Sicht problematischste Planungserklärung ist Nummer 10, und dazu muss ich unserer Verwunderung über die GFL Ausdruck geben. Die

GFL unterstützt als Teil von RGM die Legislaturrichtlinien und damit die ganze RGM-Politik, denn letztlich ist sie ja eingebunden ist das Bündnis, und da ist es doch sehr speziell, wenn sie, wenn es um die Finanzierung dieses Programms geht, sagt: Nein, das wolle man nicht finanzieren. Offenbar war es ihr nicht wirklich ernst mit den Legislaturrichtlinien. Das kann man nicht zum Nulltarif haben, die Schulhäuser bauen sich nicht von selbst, und sie putzen sich nicht selber. *Die Vorsitzende ermahnt Peter Marbet, zum Schluss zu kommen.* Ich weise noch darauf hin, dass ausgerechnet die PRD 2017 bis 2019 die grösste Stellenausbauabsicht hat, mit über 8,9 Prozent; alle anderen Direktionen kommen prozentual auf ungefähr die Hälfte. Wir finden es schon etwas speziell, dass die GFL den eigenen Stadtpräsidenten im Regen stehen lässt.

Lionel Gaudy (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung des vorliegenden IAFP. Wir können zwar hier über den Inhalt debattieren, wir können Planungserklärung einreichen und versuchen, das Ganze so mitzugestalten, aber es kommen bei uns Zweifel auf, inwiefern wir mit diesem Instrument und über Planungserklärungen wirklich Einfluss nehmen können auf den masslosen Aufgabenausbau. Wenn man den IAFP gesamthaft anschaut, stechen einem vor allem zwei Sachen ins Auge. Erstens ist ein massiver Stellenausbau geplant, und zweitens führt die Zunahme der Aufgaben unter anderem dazu, dass die Stadt Bern wieder in die roten Zahlen rutschen wird – oder jedenfalls ist dies die aktuelle Annahme. Momentan ist die finanzielle Situation noch im Lot, auch dank ausserordentlicher Einnahmen in der Vergangenheit, aber wenn die Ausgaben- und Aufgaben-Entwicklung so umgesetzt wird, wie es der Gemeinderat im IAFP vorsieht, haben wir dieses Plus rasch verspielt, gerade auch, wenn sich der Gemeinderat fast lapidar über eine beschlossene Planungserklärung hinwegsetzt und einfach findet, er verzichte darauf, sie umzusetzen. Da läuten bei uns die Alarmglocken. Rund 31 der geplanten 56 neuen Stellen sind schlicht und einfach nicht durch das Bevölkerungswachstum bedingt, aber gemäss einer Planungserklärung, die letztes Jahr angenommen wurde, sollte der Gemeinderat im IAFP keine Stellen mehr vorsehen, die nicht durch das Bevölkerungswachstum begründet werden können. Das ist jetzt etwas böse gesagt, aber man erhält beinahe den Eindruck, dass man einfach gefragt hat, wer wie viele neue Stellen möchte. Alle konnten eine Zahl nennen, und die hat man dann aufgenommen. Man schafft sich auch selber viele neue Aufgaben oder schantzt sich Aufgaben zu, für die wir nicht immer legitimierende Argumente erkennen. Man kann sich nicht jeden Wunsch erfüllen und man kann nicht masslos neue Bestellungen aufgeben und die auch alle erfüllen wollen. Irgendeinmal muss man auch als Gemeinwesen sagen, jetzt sei Schluss, hier könne man nicht noch mehr wachsen. Zu dieser finanzpolitisch destruktiven Entwicklung sagen wir klar Nein, wir wollen auch der nächsten Generation einen Staat mit einem gesunden Finanzhaushalt erhalten. Schon unsere Grosseltern haben gesagt: «Spare in der Zeit, so hast du in der Not», und dieser Grundsatz sollte für die Stadt Bern auch heute noch gelten, wenn man den Finanzhaushalt plant. Es scheint uns aber, als ob sich RGM mit der Taktik «Zuckerbrot für das Volk» bereits den nächsten Wahlerfolg sichern möchte. Wir können den IAFP zwar nur ablehnend zur Kenntnis nehmen, aber das werden wir mit Nachdruck tun. Das Geld wächst leider nicht auf den Bäumen. Was mein Vorredner gesagt hat, finde ich exemplarisch: Man solle kein derartiges Aufheben machen wegen dieser 3 Mio. Franken für den Sauberkeitsrapen. – Aber schlussendlich ist es doch das Geld des Steuervolkes, das man möglichst massvoll einsetzen sollte!

Ich komme zu den Planungserklärungen. Die Nummer 2 werden wir sicher ablehnen, weil es auch in Zukunft wieder einmal Sinn machen könnte, eine Spezialfinanzierung ins Leben zu rufen. Planungserklärung 3 werden wir annehmen, weil das Ziel sein sollte, mit schwarzen Zahlen zu planen. Ein Gemeinwesen sollte versuchen, wenn möglich nicht mehr auszugeben, als es einnimmt. Die Planungserklärungen 4 und 5 lehnen wir ab. Planungserklärung 6 haben

wir mit eingereicht und wir nehmen sie natürlich an. Dort geht es darum, wirklich einmal aufzuzeigen, was überhaupt nötig und was Nice to have ist. Planungserklärung 7 werden wir ebenfalls annehmen, auch wenn sie ein wenig illusorisch ist; aber wir finden, wenn man so gute Zahlen geschrieben hat, sollte man der Bevölkerung in Form einer Steuersenkung etwas zurückgeben, statt sich einfach weitere Aufgaben aufzuhalsen. Die Planungserklärungen 8 und 9 nehmen wir an. Wir haben schon öfters darüber diskutiert, dass man ewb nicht melken sollte wie eine Kuh, sondern dass man versuchen sollte, das Unternehmen wirtschaften zu lassen. Planungserklärung 10 ist für uns die wichtigste. Es geht darum, dass man Wort hält. Wir stellen eine Planungserklärung, die bereits letztes Jahr angenommen wurde, dieses Jahr noch einmal, in der Hoffnung, dass sie auch diesmal angenommen und dann aber auch umgesetzt wird. Es kann nicht sein, dass die Direktionen und der Personalbestand endlos ausgebaut werden. Wir werden auch die Planungserklärung 11 und 12 annehmen, den IAFP lehnen wir ab.

Vivianne Esseiva (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Wie Sie aus der Anzahl der von uns eingereichten Planungserklärungen erahnen können, ist unsere Fraktion mit diesem IAFP nicht einverstanden. Wir finden das vorgesehene Ausgaben- und Stellenwachstum unverhältnismässig. Auch wer das Dokument nur überfliegt, merkt, dass der Gemeinderat nicht willens ist, eine nachhaltige Finanzpolitik zu betreiben. Ein Ausbau von 55.8 Stellen, nachdem wir die Stellen bereits in den vergangenen Jahren massiv aufgestockt haben, erweckt den Eindruck, dass hier auf Vorrat bestellt wird. Wir sind nicht per se gegen alles, wir zeigen mit unseren Planungserklärungen auf, dass wir fast 5 Mio. Franken weniger Mehrausgaben erzielen können. – Es geht uns also nicht um Streichungen im Budget, es sind keine Budgetmassnahmen, sondern es geht uns darum, ab 2020 geringere Mehrausgaben zu haben, es geht uns um eine Begrenzung des Ausgabenwachstums. Oder man könnte auch sagen: Es geht um eine Streichung der Wunschliste, die uns der Gemeinderat vorlegt.

Der IAFP ist ein Dokument des Gemeinderats, wir können ihn nur zur Kenntnis nehmen, aber er ist auch das Dokument, das uns zeigt, wo der Gemeinderat in den kommenden Jahren hin will, und es ist eigentlich unsere Pflicht als Stadträte, den Gemeinderat zu ermahnen, nachhaltig mit dem Stadthaushalt umzugehen. In der Budgetdebatte geht es immer nur um das Kurzfristige, um das kommende Jahr. Hier aber haben wir die Möglichkeit, langfristig Einfluss zu nehmen. Vorhin war vom Wetter die Rede. Ja, das Wetter kann sich kurzfristig ändern, aber es wäre auch fahrlässig, ein angekündigtes Unwetter einfach zu ignorieren.

Uns befremdet, dass von RGM keine einzige Planungserklärung vorliegt. Ob dies auf mangelndes Interesse an der Finanzstabilität der Stadt Bern zurückzuführen ist oder ob man die Ausgaben und das damit verbundene Schuldenwachstum einfach in Kauf nimmt, lassen wir hier offen. Ja, es stimmt, wir haben aktuell einen schönen Bilanzüberschuss, wir haben Geld in den Spezialfinanzierungen, und die Schulden sind im vergangenen Jahr leicht zurückgegangen. Aber das ist nicht darauf zurückzuführen, dass wir die Konsumausgaben im Griff hatten, sondern wir haben einfach mehr Steuern eingenommen als budgetiert, zudem wurden sehr viele Investitionen aufgeschoben, und das wird uns in den kommenden vier Jahren oder sogar darüber hinaus beschäftigen. Es ist unbestritten, dass ein massiver Investitionsstau herrscht, und es ist ganz klar das Interesse des Gemeinderats, ihn abzubauen. Aber wir finden, mit seinen finanzpolitischen Grundsätzen könne er gar nicht hinter dem IAFP stehen, den er uns hier vorlegt. Die angestrebte Selbstfinanzierung von 100 Prozent zum Beispiel wird er nie und nimmer erreichen, wenn er es nicht schafft, seine eigene Bestellermentalität und auch die des Stadtrats in den Griff zu bekommen. Im IAFP wird fast gebetsmühlenartig wiederholt, dass das Bevölkerungswachstum, die steigenden Schülerzahlen und auch das 50-Meter-Schwimmbad die Gründe dafür sind, dass wir mehr Ausgaben haben werden. Aber wenn man etwas genauer hinschaut, sieht man deutlich, dass der Grund die Konsumausga-

ben sind. Und wenn die Legislaturziele die einzig wahre Begründung sind, warum man ausbauen muss, muss man sich immer auch bewusst sein, dass die Legislaturziele nicht vom Volk abgesegnet sind. Die Fraktion FDP/JF wird diesen IAFP ablehnen.

Zu den Planungserklärungen: Dem Antrag 1 werden wir zustimmen. Wir finden es sehr wichtig, dass man möglichst übersichtlich alle Informationen hat. Auch den Anträgen 2 und 3 werden wir zustimmen. Einen Gewinn zu budgetieren ist nicht unbedingt das, was wir wollen, man soll nicht unbedingt einen Gewinn erzielen, aber es ist eine Möglichkeit einzugreifen, damit der Gemeinderat die Konsumausgaben im Griff hat. Die 3 Mio. Franken aus dem Sauberkeitsrapen finden wir im Gegensatz zur SP nicht einfach nichts, aber wir finden, er habe noch keine politische Legitimation, und darum muss man ihn unbedingt aus dem IAFP streichen. Mit der Planungserklärung 6 möchten wir, dass der Gemeinderat uns aufzeigt, welche zusätzlichen Aufgaben wir erbringen müssen und welche nur auf seiner Wunschliste sind. Die Planungserklärungen zur Steuersenkung: Der Gemeinderat hat es im vergangenen Jahr geschafft, die Motion Gubser abzuschreiben, ohne auch nur annähernd zu versuchen, sie umzusetzen. Dass die Jahresrechnungen positiv waren, weil der Steuerzahler immer zu viel bezahlt hat, hat man dabei ausgelassen. Es ist unglaublich, dass der Gemeinderat ignoriert, dass der Steuerzahler in der Stadt Bern längst eine Steuersenkung zugute hätte. Wenn man gut mit den Ausgaben umginge und die Konsumausgaben im Griff hätte, läge selbst mit Investitionen eine Steuersenkung drin. Ich finde es spannend, dass der Gemeinderat immer sagt, die Planjahre 3 und 4 seien sehr schwierig vorauszusehen, dass aber genau diese Langfristigkeit dann zum Zug kommt, wenn es um eine Begründung dafür geht, warum wir unsere Steuern nicht senken können. In der Planungserklärung zu ewb kommt zum Ausdruck, dass für unsere Fraktion ökonomisch nicht nachvollziehbar ist, wie man von einer schwer verschuldeten ewb immer noch 18 Mio. Franken beziehen kann. Langfristig kann das nicht aufgehen. Die folgenden Planungserklärungen unterstützen wir selbstverständlich. Wir finden beispielsweise, dass die Ziele, die sich der Gemeinderat setzt, nicht nur schöne Marketingfloskeln sein sollen, sondern er soll auch aufzeigen, wie er das erreichen möchte. Die Planungserklärung der SVP für die Streichung aller Stellen werden wir nicht unterstützen, weil uns das zu undifferenziert ist. Es sind sicher nicht alle Stellen nötig, aber wir können nicht unterstützen, dass man gar keine neuen Stellen schafft.

Regula Tschanz (GB) für die Fraktion GB/JA!: Jede Stadt hat ihre ganz spezifischen traditionsreichen Anlässe. In der Stadt Bern ist dies neben der Meisterfeier des BSC YB beispielsweise die Beratung des IAFP. Sie beginnt mit einem Warmlaufen in den Medien und endet mit dem Finalspiel im Stadtrat. Budget- und IAFP-Debatte haben unbestrittenermassen einen gewissen rituellen Charakter. Es gibt beispielsweise einen Satz, der seit der Verabschiedung des STEK im Dezember 2016 in keinem Budget- oder IAFP-Votum der Fraktion GB/JA! gefehlt hat, nämlich, dass das angestrebte Bevölkerungswachstum um rund 17 000 Personen oder um eine Kleinstadt wie Burgdorf nicht zum Nulltarif zu haben ist. Mit der Präsentation des IAFP 2019-2022 sind viele Wegschauerinnen und Wegschauer von der Realität eingeholt worden. Man kann nicht «Wachstum, Wachstum, Wachstum!» rufen und meinen, das werde sich ausgabenseitig nicht abbilden. Die Vorstellung, dass die Schaffung der Voraussetzungen für ein Wachstum um 17 000 Einwohnern ohne nennenswerte Zusatzausgaben möglich sei, ist illusorisch; die Bewältigung der umfassenderen, komplexeren und zahlreicheren Arealentwicklungen wird im Planungs- und Baubereich nur mit zusätzlichen personellen Ressourcen möglich sein, ich denke da an ISB, an das Stadtplanungsamt, an HSB, Stadtgrün usw. 17 000 zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner erfordern auch einen massiven Ausbau der Infrastruktur, und das bedeutet in vielen Fällen Investitionen, die vor dem Einzug der neuen Bernerinnen und Berner erfolgen müssen. – Denken wir an Kitas, Kindergärten, Schulinfrastruktur, Sport-, Jugend- und Freizeitinfrastruktur, Spielplätze, Grünräume usw. Diese zusätzlichen

Investitionen werden einen deutlichen Anstieg der Abschreibungen zur Folge haben. Das Bevölkerungswachstum führt aber auch zu einer Belastung in den kantonalen Leistungsausgleichsgefässen, und schliesslich erfordern 17 000 neue Einwohnerinnen und Einwohner auch einen mengenmässigen Ausbau des Leistungsangebots, sei dies in der Einwohnerkontrolle, sei es bei kulturellen Angeboten, in der Quartier- oder der Gemeinwesenarbeit. Ich erinnere mich sehr gut daran, dass der Sprecher von GFL/EVP der Sprecherin der Fraktion GB/JA! vor ein paar Jahren in der Budgetdebatte vorgeworfen hat, sie mache Politik mit dem Taschenrechner. Mit der Planungserklärung 10, die fordert, dass der Stellenausbau auf das Bevölkerungswachstum zu begrenzen sei, machen GFL, EVP, GLP, FDP, BDP und CVP nicht nur Politik mit dem Taschenrechner, sondern sie machen Politik mit Mike Shiva. Allen, die heute exakt wissen, wann und warum die Stadt um welche Anzahl Personen wächst, empfehle ich ganz dringend, ihr Geld mit dem Lesen aus der Glaskugel zu verdienen. Politik machen heisst Prioritäten setzen, und das ist genau das, was der aktuelle IAFP zum Ausdruck bringt, es geht um eine politische Prioritätensetzung. Erstens gab es bis jetzt einen breiten politischen Konsens, dass der Nachholbedarf bei den Investitionen angegangen werden muss. Der Sprecher der Fraktion BDP/CVP hat gesagt, man müsse den nachfolgenden Generationen einen gesunden Finanzhaushalt hinterlassen. Aber dazu gehören auch gesunde Infrastrukturen, zu denen es heute Nachholbedarf gibt. Zweitens gab es im Rahmen der STEK-Debatte im Stadtrat einen weitgehenden Konsens, was die Zielsetzung des Bevölkerungswachstums angeht, und drittens setzte der Gemeinderat gestützt auf die Legislaturziele, aber auch mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung, einen Fokus auf gewisse Bereiche mit Entwicklungspotenzial. Wer jetzt kategorisch gegen einen Stellenausbau ist, fordert im Wesentlichen, man solle nichts verändern, alles solle so bleiben, wie es immer war. Interessanterweise sind dies zumindest teilweise die genau gleichen Leute, die sonst nicht müde werden, über den Stillstand und den fehlenden Weiterentwicklungswillen der Stadt Bern zu schimpfen oder über die träge Region Bern zu lamentieren. Das ist eine kleinliche und visionslose Politik, und ich musste schmunzeln, als Christoph Zimmerli in seinem Abschiedsschreiben sagte, Bern sei die altmodischste Hauptstadt überhaupt. Aber wenn man etwas ändern möchte, damit Bern nicht mehr die altmodischste Hauptstadt ist, ist es auch nicht recht. Und die Sprecherin der Fraktion FDP macht es nicht besser, wenn sie sagt, man sei zwar nicht gegen alles, aber es brauche halt trotzdem 20 Planungserklärungen, damit sich möglichst nichts verändere. Der Höhepunkt der Visionslosigkeit ist wahrscheinlich Planungserklärung 6, die eine Unterscheidung zwischen freiwilligem und nicht freiwilligem Ausbau macht. Ja, das STEK-Wachstumsziel war freiwillig, die Stadt Bern ist weder von Naturgewalten noch von höheren Instanzen dazu gezwungen worden. Aber wer A sagt, sollte heute auch B sagen. Wer nur A sagt – «Wachstum, Wachstum, Wachstum!» – und meint, das habe keine Folgen, macht es sich relativ gemütlich in seiner Wellnesszone, um im Wording der gestrigen medialen Berichterstattung zu bleiben. Die Fraktion GB/JA! hat immer betont, dass das angestrebte Bevölkerungswachstum Vorinvestitionen und Vorleistungen bedingt, und heute zeigt sich in aller Deutlichkeit, dass das Wegschauen eine schlechte Strategie war. Insofern bringen der IAFP- und der Budgetprozess hoffentlich eine Klärung. Die Fraktion GB/JA! hat in diesem Zusammenhang auch einen Vorstoss eingereicht, der die Folgekosten des Bevölkerungswachstums durchleuchten will, weil wir überzeugt sind, dass die Stadt ein grosses Interesse daran hat, die strategischen Prioritäten in der Finanzpolitik so zu setzen, dass die Mittel gezielt zur Bewältigung ihrer Wachstumsstrategie zur Verfügung gestellt werden können. Wer nach der Lektüre des IAFP und des Schuldenberichts fordert, auf jegliche Prioritätensetzung zu verzichten, also gleichzeitig den Investitionsstau abzubauen, um 17 000 Bewohnerinnen zu wachsen, Infrastrukturen zu sanieren, Schulden abzubauen, und nebst den anstehenden Steuerrevisionen auf nationaler und kantonalen Ebene auch noch die Steuern auf Gemeindeebene zu senken, macht nicht nur Politik mit Mike Shiva, sondern auch noch mit dem Sankt Nikolaus. Ohne eine Prioritätenset-

zung wird es nicht gehen, und die Fraktion GB/JA! begrüsst, dass der Gemeinderat mit dem vorliegenden IAFP eine Weichenstellung vornehmen will. Klar ist aber auch, dass es in den Politikfeldern, in denen der Gemeinderat Entwicklungspotenzial sieht und Akzente setzt – ich denke da beispielsweise an den Bereich Kultur oder an Soziales –, eine politische Debatte braucht. Hier sehen wir, wenn wir auf den IAFP-Prozess zurückschauen, durchaus Nachholbedarf. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er uns für die anstehende Budgetdebatte die nötigen Grundlagen liefert, die eine solche politische Diskussion überhaupt erst ermöglichen. Die Fraktion GB/JA! wird sich in der Beurteilung der Planungserklärungen heute nach dem richten, was der IAFP ist: eine mittelfristige Planung. Und da erinnere ich auch daran, was der Finanzverwalter in der Finanzdelegation gesagt hat: Es werde nun schon beinahe eine Budget-Diskussion geführt, genau dies sei aber nicht die Idee. In diesem Zusammenhang möchten wir auch noch einmal unsere Forderung unterstreichen, die gemeinsame Beratung von IAFP und Budget gemäss unserem Vorstoss voranzutreiben. Trotz einem gewissen Unverständnis, dass Einzelsprecherinnen länger sprechen dürfen als Fraktionssprecherinnen, komme ich zum Schluss und fasse innerhalb der zugestandenen Zeit zusammen: Die Fraktion GB/JA! wird dem IAFP zustimmen, bis auf die Planungserklärung 1 werden wir alle direktionsübergreifenden Planungserklärung ablehnen. Konkret heisst dies: Nein zu einer Steuer-senkung, Nein zum Verhindern eines ohnehin schon sehr engen Handlungsspielraums zwischen Abschreibungen und Spezialfinanzierungen, Nein zum Zuschlagen aller Türen schon heute, aber auch Nein zur einer pauschalen Ablehnung eines gestaltenden Stellenwachstums, das auch eine Chance sein kann, so man es denn für eine Weiterentwicklung nutzt. Irgend-einmal findet einen das Glück; alle, die in dieser Stadt mehr Entwicklungspotenzial sehen und sich mehr wünschen, als alles exakt so zu machen wie bisher, alles zu bewahren und ja nichts zu verändern, laden wir herzlich ein, mit uns zusammen die direktionsübergreifenden Planungserklärungen abzulehnen.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich bin immer froh, wenn ich nach Regula Tschanz sprechen darf, weil ich so vor ihrer Scharfzüngigkeit verschont bleibe. Und sie setzt immer hohe rhetorische Massstäbe, die ich wahrscheinlich nicht übertreffen kann. Aber ihre Voten haben durchaus Unterhaltungswert. Die Fraktion GFL/EVP nimmt den IAFP neutral, ohne Wertung, zur Kenntnis. Es gab auch Stimmen, die fanden, man solle den IAFP ablehnen, das war aber nicht erwünscht, und es wurde auch gesagt, man sollte eine Bedingung stellen, man solle nur zustimmen, wenn die von uns inspirierten Planungserklärungen angenommen würden. Aber das wäre stillos, darum: Politik mit Stil, neutrale Kenntnisnahme. Sachlich gibt es zwei Gründe für diese neutrale Kenntnisnahme. Der erste Grund ist, dass der IAFP kein Plan ist, sondern ein Sammelsurium von Aufgaben, mit einem Preisschild versehen. Ein Plan wäre, ich zitiere aus Wikipedia, ein «systematisches, zukunftsbezogenes Durchdenken von Zielen, Massnahmen, Mitteln und Wegen zur zukünftigen Zielerreichung.» Wenn man dann aber schaut, wohin die Planzahlen führen, stellt man fest, dass man eben gerade nicht so vorgeht: Man möchte zwar jährliche zweistellige Millionenüberschüsse ausweisen, aber das ist ja im IAFP nicht abgebildet. Mir kommt da das Beispiel des Fahrschülers in den Sinn, der in eine Parklücke parkieren soll. Daneben steht ein Hydrant, der Fahrschüler schaut auf den Hydranten und die Fahrlehrerin sagt, pass auf, der Hydrant kommt immer näher. Und was passiert? Der Fahrschüler fährt genau in den Hydranten. Wenn man einen Plan macht, der ein Ziel avisiert, das man gar nicht erreichen will, ist das eben kein Plan, sondern vielleicht eine Diskussionsgrundlage. Das Motiv, es so zu machen, könnte sein, dass man keine Begehrlichkeiten wecken will, aber so ist es schwierig zu begründen, denn das Parlament hält sich ohnehin nicht daran, weil es ja das Spielchen bereits kennt. Zudem wird so die Glaubwürdigkeit des Finanzdirektors, sein höchstes Gut, in Frage gestellt. Der zweite Grund, warum wir den IAFP nur neutral zur Kenntnis nehmen, ist, dass die Planzahlen – der Hydrant – folgender-

massen aussehen: 2019 haben wir eine Null, ohne die Korrekturen, die jetzt noch kommen, 2020 gibt 12 Millionen Franken Gewinn – das sind allerdings Aufwertungsgewinne, die haben wir nicht erarbeitet –, und 2021 sind wir schon wieder 11 Mio. Franken im Minus. Damit haben wir knapp eine ausgeglichene Rechnung, aber das ist ja nicht, was man erreichen möchte, eben diese zweistelligen Millionenüberschüsse, die nötig wären, um die Investitionen zu stemmen, die man beschlossen hat und hinter denen wir durchaus stehen.

Die Planungserklärungen 2 und 3 nehmen wir an, sie sind zentral. Die Nummer 3, Ertragsüberschüsse in zweistelliger Millionenhöhe ist genau das, was man vom Gemeinderat genommen hat: Er möchte diese Überschüsse anstreben, um die Investitionen zu stemmen. Nummer 6 kann man auch annehmen. Zu Planungserklärung 10 wurde bereits einiges gesagt, auf das man noch kurz eingehen kann. Es gibt keinen Grund, dazu eine Bündnishysterie vom Zaun zu reissen, denn es geht eben gerade nicht darum, gegen das Wachstum zu sein, das man vereinbart hat, sondern es geht darum, dass der Gemeinderat den nicht-wachstumsbedingten Stellenausbau darlegen sollte und erklären sollte, warum er nötig ist. Dieses goldene Dreieck von Investitionen, Konsum und Schulden müsste man begründen können. Das ist nicht Mike Shiva, sondern faktenbasierte Finanzpolitik. Und in diesem Schuldenbericht, von dem ich allen empfehle, ihn noch einmal anzuschauen, stehen eben Fakten. Niemand möchte in die Schuldenwirtschaft der 1990er-Jahre zurückkehren, das sollte man um jeden Preis vermeiden. Schlussfolgerung und Zusammenfassung: Die Fraktion GFL/EVP vermisst dieses goldene Dreieck, dass man also in diesem Plan, der keiner ist, darlegt, welche Investitionen man avisiert, dass man sagt, was dies für den Konsum bedeutet und dass man sagt, was es für die Schulden bedeutet. – Und dass man darauf allenfalls sagt, in dem Fall müsse man priorisieren. Globale Kürzungen sind kein Programm und das ist auch kein Plan, sondern eher eine Verzweiflungstat. Man müsste zu den Investitionen allenfalls angeben, wo man etwas zurückstellen muss, beim Konsum sagen, dies sei vertretbar, jenes nicht, man müsste sagen, was investiv, was konsumtiv ist. Wir vermissen den Plan, der zeigt, wie der ausgeglichene Haushalt trotz Investitionsboom erreicht werden kann, und wir befürchten, dass wir in eine Schiefelage kommen, weil man die Schuldensituation nicht berücksichtigt und einen Konsum aufbläht, der mittelfristig nicht finanzierbar ist. Darum zeigt die GFL/EVP-Fraktion dem Gemeinderat quasi die gelbe Karte: Sie nimmt nicht zustimmend vom IAFP Kenntnis, sondern neutral, das heisst, sie enthält sich.

Einzelvoten

Henri-Charles Beuchat (SVP): Eigentlich wollte ich nichts sagen, aber die finanzpolitisch arrogante Haltung von Peter Marbet hat mich provoziert. Mit dem IAFP, der heute vorliegt, werden die eigenen, linken Freunde gemästet, während der normale Búezer und Steuerzahler auf Diät gesetzt wird. Es ist mein Privileg, dass ich wiederholen darf, was Peter Ammann etwas diplomatischer formuliert hat: Mit der Motorsäge. Die jährliche Debatte über den IAFP ist längst zu einer rot-grünen Klientelpolitik verkommen, nur dass die Klientel von Rot-Grün nicht Unternehmer und Búezer sind, sondern irgendwelche Personen, die unseren Rechtsstaat ablehnen, so wie die JUSO-Präsidentin, die zu einer Revolution aufruft. Es sind Personen, die unwillig sind, für ihren Lebensunterhalt arbeiten zu gehen, es sind Personen, die noch nicht lange in der Schweiz sind. Für sämtliche Minderheiten und sozial Benachteiligten, die sich als Opfer der Gesellschaft darstellen, hat der IAFP irgendein Goodie bereit, nicht aber für den normalen Bürger, der um sieben in der Früh aufsteht, zur Arbeit geht, mit bescheidenen Finanzen seine Familie durchbringt, seine Steuern bezahlt, und sich mit dem kleinen Rest, der ihm danach bleibt, auch noch gesetzestkonform verhält. Dieser Bürger geht mit dem IAFP, wie er hier vorliegt, leer aus. Die linke Mehrheit plant eine weitere Aufblähung des Staatsapparats um bis zu 22.4 Mio. Franken pro Jahr, anstatt dass man diesen Bürger, der mit bescheidenen

Finanzen auch noch sein Trambillet löst – und es ist ja nicht selbstverständlich, dass man ein Trambillet löst, all die Sozialschmarotzer lösen kein Trambillet und werden nicht einmal belangt dafür –, mit einer Steuersenkung entlastet. Nein, das macht man nicht, sondern es werden 56 neue Stellen geschaffen, von denen man nicht mehr weiss, welche Dummheiten damit bewerkstelligt werden sollen. Als Gipfel der Arroganz werden der Leistungsausbau und die Erhöhung des Stellenetats im IAFP nicht einmal mehr inhaltlich ausgewiesen. Der finanzpolitische Umgang der Sozialdemokraten ist respektlos geworden und mit den konstituierenden Werten dieser Stadt absolut nicht mehr vereinbar. Die Sozialdemokraten sind Teil eines Verfassungsorgans und übernehmen damit Verantwortung, aber, meine Damen und Herren Sozialdemokraten, Sie übernehmen im IAFP Verantwortung für alle Bürger dieser Stadt, inklusive die SVP-Wähler, die Sie hassen. Aber mit diesem IAFP agiert die rot-grüne Mehrheit im höchsten Mass verantwortungslos. Der Finanzdirektor begründet nicht einmal mehr, wozu er die Stellen braucht, sondern faselt irgendetwas von neuen Aufgaben zur Beibehaltung der Lebensqualität. Sie, die Sozialdemokraten, sind Treiber dieser finanzpolitisch höchst antidemokratischen Entwicklung des sinnlosen Geld-Ausgebens, die wir hier haben. Wir aber wollen eine sorgsame Haushaltsführung, auch für die kommende Generation. Und darum reden wir hier Klartext. Wir sind uns durchaus bewusst, dass uns die rot-grüne Mehrheit mit diesem IAFP vorführt, aber wir erdulden es.

Rudolf Friedli (SVP): Ich möchte in ganz einfacher Weise erklären, was der Charakter dieses IAFP ist. Das Bueber-Areal im Marzili ist inzwischen abgesperrt, weil das Holz derart morsch ist, dass es lebensgefährlich wäre, sich dort aufzuhalten. Das ist nur ein Beispiel für diesen aufgestauten Unterhaltsbedarf. Es ist seit Jahren, seit Jahrzehnten sogar, bekannt, dass man marode Liegenschaften hat, aber das kümmert den Gemeinderat nicht, viel lieber züchtet er eine fette Verwaltung heran, stellt noch ein paar Leute mehr an, obwohl er nicht einmal weiss, wie er das begründen kann. Er sagt einfach, man habe halt ein paar Neuzuzüger. Ich sage «ein paar Neuzuzüger», weil die Stadt Bern in ihrem Wachstum anderen Städten ja weit hinterherhinkt – und trotzdem braucht es 56 neue Stellen. Das sagt ganz klar: Wir kümmern uns nicht um den Unterhalt, den wir schon lange nachholen sollten, sondern wir stellen Leute auf Vorrat an. Das können wir zwar nicht begründen, aber es ist einfach schön.

Luzius Theiler (GaP): Wir haben keine Planungserklärungen eingereicht. Das wurde heute kritisiert, vielleicht sollten wir es wieder einmal machen. Wir stehen dieser ganzen Diskussion um den IAFP, um die Finanzplanung, mit grosser Skepsis gegenüber. Eigentlich haben wir ja gar nichts dazu zu sagen. Der Gemeinderat hat sich diese Finanzplanung als Führungsinstrument unter den Nagel gerissen und wir dürfen dann unzählige Planungserklärungen dazu einreichen. Wir erleben dieses Jahr eine Hypertrophie an Planungserklärungen, so können wir gar nicht mehr seriös über einzelne Punkte diskutieren. Es wird polemisiert, was das Zeug hält, der Normalbürger Beuchat, der jeden Morgen um sieben Uhr aufsteht und sich kaum ein Trambillet leisten kann, zieht gegen Minderheiten vom Leder – in einer unanständigen Art und Weise, das muss auch einmal gesagt werden –, aber die wirklichen Probleme werden kaum diskutiert. Es ist eine weltweite Erscheinung, dass die Bürokratie wächst, sowohl unter linken wie unter rechten Regierungen, und leider hat man noch kein Rezept dagegen gefunden. Das beschäftigt mich schon ein wenig: Wir stecken so viel Geld in die Informatik, und das muss doch irgendetwas bringen an Vereinfachungen. Wir erleben das ja selber immer wieder, mir jedenfalls geht es so: Wenn ich Informatik benütze, kann ich sehr vieles deutlich einfacher und schneller erledigen. Das müsste sich doch gesamthaft gesehen auch bei 3000 Angestellten irgendwie auswirken. Die Rechte lehnt einfach jede oder fast jede neue Stelle ab, ob sie sinnvoll ist oder nicht. – Die Stellenbeschreibungen sind zum Teil vielleicht nicht sehr glücklich formuliert, aber manche der Stellen sind sicher sinnvoll. Und die Linke

drückt beide Augen zu und findet, jede neue Stelle sei etwas Soziales. Aber das ist nicht von vornherein so, sondern das Geld, das diese neuen Stellen kosten, fehlt dann an anderen Orten, vielleicht bei sozialeren Projekten. Das müsste man sich wirklich einmal überlegen, und man könnte doch meinen, bei diesen ganzen Investitionen für Informatik sollte man doch ungefähr 1 Prozent oder dreissig Stellen pro Jahr einsparen können, wenn man diese Informatik intelligent anwendet und nicht die Sachen am Schluss trotzdem noch nach alter Väter und Mütter Sitte macht. Nicht, dass man diese Leute entlassen sollte, aber es gibt immer Abgänge. Ich will weiss Gott nicht die Banken als Vorbild hinstellen, die manchmal innert kürzester Zeit einen Drittel ihres Personals entlassen und dies mit der Digitalisierung begründen. Das hat gar nicht schöne Folgen, aber es müsste doch möglich sein, wie dies in anderen Verwaltungen auch der Fall ist, dass man in der öffentlichen Verwaltung einen Nutzen hat von der Digitalisierung. Und etwas Nice to have ist sicher auch nicht verboten, Investitionen und Einrichtungen, die den Bürgerinnen und Bürgern etwas bringen und die vielleicht sogar Freude bereiten, aber das müsste doch in der heutigen Zeit ohne Stellenerhöhungen in diesem Ausmass möglich sein. Ich habe keine Patentlösung anzubieten, aber vielleicht kann uns jemand erklären, warum der Effekt der Digitalisierung in der Verwaltung nicht durchschlägt. Ich habe es noch nicht herausgefunden.

Alexander Feuz (SVP): Ich begründe noch die Anträge, für die mir vorher die Zeit fehlte, weil es in Sachen Redezeit ein kleines Missverständnis gegeben hatte. Es geht mir vor allem um den Eventualantrag zur Planungserklärung 5 – ich gehe davon aus, dass Sie die Planungserklärung 5 ablehnen werden. Ich habe dort geschrieben: «Der Sauberkeitsrapen kann höchstens als «Chance» (...) im Kapitel 4.6 Chancen und Risiken erwähnt werden, aber sicher nicht als fixer Bestandteil der Erträge der PGB5103000.» Wir sagen nach wie vor, er habe keine politische Legitimation, und er wird bekämpft werden. Ich bin sehr gespannt, von Michael Aebersold in seiner Antwort zu hören, wie sich der Preisüberwacher dazu stellt. Man macht einen Fehler, wenn man etwas als gottgegeben in den IAFP aufnimmt, von dem ich davon ausgehe, dass es erst viel später kommen wird und wahrscheinlich auch rechtlich angefochten wird, und diese Ausgaben (*sic!*) bereits ausweist. Zu Nummer 7, zur Steuersenkung, nur ganz kurz: Wir schiessen bewusst etwas weit, aber Sie sehen, wie der Gemeinderat das Geld ausgibt. Wenn man die Stadt knapp hält mit den Finanzmitteln, werden wir nicht mehr solche Extravaganzen haben und es wird automatisch zu einer Begrenzung kommen. Und was mich ganz und gar nicht überrascht: dass von linker Seite diesmal keine Planungserklärungen eingegangen sind. Der Gemeinderat, der ja 4 zu 1 links dominiert ist, hat natürlich die verschiedenen Wunschlisten bereits in den IAFP aufgenommen.

Thomas Berger (JF): Ich bedanke mich bei allen Vorrednerinnen und Vorrednern, die versucht haben, uns Nachhilfe darin zu geben, wie es zu einem IAFP kommt, was er bedeutet und was dort so drinsteht. Glauben Sie uns: Das wissen wir. Natürlich wissen wir, dass ein IAFP zu einem gewissen oder sogar zu einem massgeblichen Anteil die Legislaturrichtlinien der Regierung nachvollzieht. Aber können Sie mir bitte sagen, wann wir als Fraktion diesen Legislaturrichtlinien zugestimmt haben? Können Sie mir sagen, wann das Volk darüber abstimmen konnte? Wie es der Fraktionssprecher der GLP richtig gesagt hat, machen Sie mit einer Mehrheit von 60 Prozent eine 100-prozentige Politik, und wir werden noch sehen, wie nachhaltig das ist. Vielleicht ist es gut, dass wir vor der Pause keine einzige Abstimmung durchführen können, denn so erhalten Sie die Möglichkeit, noch einmal zu lesen, was Sie offenbar so vehement ablehnen wollen. Es tut mir wirklich leid, und bei allem Respekt, aber aus zwei, drei Voten habe ich den Eindruck erhalten, so richtig gelesen und verstanden hätten Sie nicht, was für Planungserklärungen wir eingereicht haben. Wie Sie einen Stillstand sehen, weiss ich wirklich nicht, wie Sie uns den Vorwurf machen können, wir wollten als Stadt wachsen, ohne

zusätzliche Mittel zu sprechen, verstehe ich nicht ansatzweise. Bitte lesen Sie die Planungserklärungen so, wie sie geschrieben wurden und nicht so, wie Sie sie interpretieren möchten. Bei jeder Planungserklärung sind wir bereit, zusätzliche Mittel zu sprechen, aber wir sind nicht bereit, so viel mehr zu geben, wie es der Gemeinderat beantragt. Auch wir sind bereit, neue Stellen zu sprechen, auch wir sind bereit, weitere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Frage ist das Ausmass, und Ja, da hat man das Mass längst verloren.

Die Sitzung wird um 18.55 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

14.01.2019

X



Signiert von: Regula Bühlmann (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

14.01.2019

X



Signiert von: Annamarie Masswadeh (Qualified Signature)

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 23.00 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin Regula Bühlmann

Anwesend

Mohamed Abdirahim
 Timur Akçasayar
 Katharina Altas
 Ruth Altmann
 Christa Ammann
 Peter Ammann
 Ursina Anderegg
 Oliver Berger
 Thomas Berger
 Henri-Charles Beuchat
 Laura Binz
 Michael Burkard
 Danielle Cesarov-Zaugg
 Yasemin Cevik
 Milena Daphinoff
 Bernhard Eicher
 Claudine Esseiva
 Vivianne Esseiva
 Alexander Feuz
 Benno Frauchiger
 Barbara Freiburghaus
 Rudolf Friedli
 Tamara Funiciello
 Katharina Gallizzi

Lionel Gaudy
 Hans Ulrich Gränicher
 Claude Grosjean
 Lukas Gutzwiller
 Brigitte Hilty Haller
 Roland Iseli
 Ueli Jaisli
 Bettina Jans-Troxler
 Dannie Jost
 Nadja Kehrli-Feldmann
 Ladina Kirchen
 Ingrid Kissling-Näf
 Fuat Köçer
 Philip Kohli
 Martin Krebs
 Marieke Kruit
 Nora Krummen
 Maurice Lindgren
 Peter Marbet
 Lukas Meier
 Melanie Mettler
 Patrizia Mordini
 Barbara Nyffeler

Stéphanie Penher
 Halua Pinto de Magalhães
 Tabea Rai
 Rahel Ruch
 Kurt Rüeegsegger
 Sandra Ryser
 Marianne Schild
 Leena Schmitter
 Zora Schneider
 Edith Siegenthaler
 Lena Sorg
 Matthias Stürmer
 Bettina Stüssi
 Michael Sutter
 Luzius Theiler
 Regula Tschanz
 Johannes Wartenweiler
 Christophe Weder
 Janine Wicki
 Marcel Wüthrich
 Patrik Wyss
 Patrick Zillig
 Christoph Zimmerli

Entschuldigt

Lea Bill
 Michael Daphinoff
 Matthias Egli

Franziska Grossenbacher
 Erich Hess
 Eva Krattiger

Daniel Lehmann
 Seraina Patzen
 Manuel C. Widmer

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD
 Michael Aebersold FPI

Reto Nause SUE
 Franziska Teuscher BSS

Ursula Wyss TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin
 Marianne Hartmann, Protokoll

Joel Leber, Ratsweibel
 Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadtschreiber

2017.FPI.000047

8 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2019–2022

Fortsetzung: Grundsatzdebatte und direktionsübergreifende Anträge

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Zunächst äussere ich mich zur generellen finanziellen Situation, anschliessend zum Thema Personal und Stellenausbau und an dritter Stelle zu den direktionsübergreifenden Anträgen. Einleitend danke ich denjenigen, welche die Arbeit schätzen, die gemacht wird, und sich dafür auch bedankt haben. Zweitens danke ich der Verwaltung. Diese hat, wie erwähnt wurde, eine riesengrosse Arbeit geleistet. Danken möchte ich aber auch den Kommissionen, der Finanzdelegation und deren Sprecher. Es ist nicht leicht verdauliche Kost, die er hier präsentieren musste. Schliesslich möchte ich auch dem Gemeinderat danken.

Vorab möchte ich auf die Kritik eingehen, die wir heute Abend gehört haben. Es wurde kritisiert, dass wir keinen Plan hätten. Dazu möchte ich festhalten, dass der IAFP nicht einfach auf der Legislaturrichtlinie basiert, sondern dass unzählige Studien, Dokumente, Berichte und Arbeiten dahinterstehen. Als Beispiel erwähne ich das Stadtplanungsamt. Der Stadtplaner verfügt über detaillierte Unterlagen, in welchen alle Projekte aufgelistet sind, und zwar die zukünftigen, die laufenden und diejenigen, die man nicht bearbeiten kann. Dasselbe gilt für meine Direktion bei den Immobilien oder in der TVS beim Tiefbau. Sie können also davon ausgehen, dass sehr saubere und detaillierte Planungen dahinterstehen. Die Mitglieder der GFL fordere ich auf, beim Stadtplanungsamt Einsicht in die Unterlagen zu verlangen, damit sie sich versichern können, dass wir nicht planlos arbeiten. Die zweite Kritik betrifft die neuen Stellen, die nicht begründet seien. Ich frage mich, wofür wir das Instrument der Delegationsbesuche haben. Sie können jede Direktion besuchen und Fragen stellen. Sie können zu jeder einzelnen Stelle Informationen verlangen, die Unterlagen dazu sind vorhanden. Wenn man jede Stelle mit einer umfangreichen Dokumentation hinterlegen würde, könnte man nicht mehr arbeiten. Ich bitte Sie daher, solche Fragen im nächsten Jahr im Rahmen der Delegationsbesuche zu stellen.

Zur generellen finanziellen Situation: Grundsätzlich sind Bund, Kanton und Gemeinden gut aufgestellt, und zwar so gut, dass in der Presse zu lesen war: «Städte schwimmen im Geld». Es wurden folgende Städte mit ihren Überschüssen erwähnt: Zürich 153 Mio. Franken, Basel 251 Mio. Franken, Winterthur 56 Mio. Franken und Genf 33 Mio. Franken. Bern passt mit einem Gewinn von 67 Mio. Franken im Jahr 2017 gut dazu. Dieser Gewinn zeugt von einer sorgfältigen Finanzpolitik. Für eine solche spricht auch das Upgrade im Moody's Rating. Dort befinden wir uns nun im zweithöchsten Grad, positiv beurteilt wurde unter anderem das bis zum Jahr 2030 geplante Stadtwachstum. Der Upgrade berücksichtigt auch die Investitionen von 650 Mio. Franken in den kommenden fünf Jahren inklusive Anstieg der Schulden. Wir stehen also gut da. Verglichen mit den drei zurückliegenden Jahren handelt es sich beim vorliegenden IAFP um den besten von allen. Es erstaunt mich daher, wenn wir von der GFL die gelbe Karte erhalten, vor allem auch in Anbetracht der Tatsache, dass wir im zweiten Planjahr ein Plus von 13 Mio. Franken und im letzten Planjahr ein Minus von lediglich 1 Mio. Franken ausweisen. Im IAFP 2017-2022 hatten wir ein Minus von 38 Mio. Franken und im IAFP 2018-2021 ein Minus von 28 Mio. Franken. Für mich ist die Kritik nicht nachvollziehbar, vor allem auch deshalb nicht, da klar ist, dass sich die Zahlen, die weiter hinten stehen, reduzieren werden. Es zeigt sich immer wieder, dass die Zahlen besser, teilweise sogar wesentlich besser, werden und nicht schlechter. Ich möchte betonen, dass es sich bei diesen Zahlen um Prognosen handelt. Von rechter Seite wurde uns vorgeworfen, dass wir den Sauberkeitsrap-

pen bereits berücksichtigen. Dazu ist zu sagen, dass dieser ja noch gar nicht beschlossen wurde. Ebenfalls noch nicht beschlossen sind die Revision des kantonalen Steuergesetzes und die Steuerrevision 2017. Im ersteren Fall wurde das Referendum ergriffen. Derartiges müssen wir doch in einer seriösen Planung berücksichtigen, im Wissen darum, dass es sich sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch in der Höhe noch verändern kann, und zwar sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht. Eine positive Veränderung ist beispielsweise bei der Neubewertung der Liegenschaften möglich, hier ist ein Verfahren vor Bundesgericht hängig. Letzte Woche konnten Sie in der Zeitung lesen, dass uns der Kanton 2,7 Mio. Franken wegnehmen will, denkbar sind also auch negative Veränderungen. Es geht um die Berücksichtigung von Unsicherheiten. Auch die Einnahmen aus dem Sauberkeitsrapen sind unsicher. Wir bemühen uns, das Bestmögliche zu machen, damit wir eine saubere Situation haben. Wichtig ist der Grundsatz «Spare in der Zeit, so hast Du in der Not». Das wurde auch von einem meiner Vorredner erwähnt. Genau das machen wir mit dem Bilanzüberschuss und den Sonderfinanzierungen, im Wissen darum, dass riesengrosse Investitionen anstehen. Diese sind eine Realität, es geht um Schulhäuser, Schwimmbäder, Hallenbäder und dergleichen. Zum Personal: Das STEK wurde heute Abend mehrfach erwähnt. Darin steht als erstes: «Bern wächst dynamisch». Es steht aber auch: «Bern ist grün und vernetzt» oder «Bern lebt in den Quartieren». Das quantitative Ziel wurde heute Abend oft erwähnt, nämlich 17'000 neue Einwohnende und 8500 neue Wohnungen bis zum Jahr 2030. Aber bereits das STEK beinhaltet auch Qualität und nicht nur Quantität. Genau dasselbe gilt für die Legislaturrichtlinien, auch dort sind qualitative und quantitative Ziele vorgegeben. Es ist falsch, wenn man hier von «nice to have» spricht, da man dabei Qualität und Quantität gegeneinander ausspielt und nicht realisiert, dass es als Ganzes zusammengehört. Teilweise wurde uns massiv vorgeworfen, Klientelpolitik zu betreiben. Zu den neuen Stellen: 1) Nachvollzug des Wachstums. Das Paradebeispiel sind die steigenden Schüler- und Schülerinnenzahlen. Diese haben Auswirkungen auf das Lehrpersonal, auf den Innen- und Aussenraum der Schulen, auf die Schulzahnklinik, auf den Schulmedizinischen Dienst und so weiter. Es handelt sich also nicht nur um ein paar Kinder, und es wäre mir vor allem auch neu, wenn Kinder nur noch das Produkt von links-grünen Stadtbewohnenden wären. Zum Thema «Neue Wohnungen» ist das Stichwort Stöckacker zu erwähnen. Es handelt sich dabei um ein durchmischtes Quartier, in welchem alle wohnen können, die das wollen. Auch hier ist zusätzlicher Aufwand nötig. Wir benötigen also Stellen, um das bereits erfolgte Wachstum auch bewirtschaften zu können. 2) Beschleunigung des Wachstums. Es ist bekannt und wird immer wieder gesagt, dass die Projekte nicht in Schwung kommen. Wir haben deshalb eine Reihe neuer Stellen geplant. Das hat nichts mit einer Grün-Mitte-Ideologie zu tun. Hochbau Stadt Bern und das Stadtplanungsamt arbeiten auch für die Privaten. Wenn die Firma Losinger, die BLS oder die Burgergemeinde irgendwo bauen wollen, sind auch sie darauf angewiesen, dass die nötigen Kapazitäten vorhanden sind, damit die Projekte bearbeitet werden können. Parallel will auch die Stadt ihre Projekte realisieren und ist ebenfalls auf die nötigen Ressourcen angewiesen. Dasselbe gilt für das Immobilienmanagement und den Fonds. Es ist eine politische Diskussion, ob die Stadt hier aktiv sein soll. Wir und wohl auch die Mehrheit dieses Rates sind der Meinung, dass die Stadt eine aktive Wohn- und Bodenbaupolitik betreiben soll, was ebenfalls zusätzliche Ressourcen bedingt. Nehmen wir die Mobilität als Beispiel und denken an Projekte wie Zukunft Bahnhof Bern (ZBB), den Bypass oder die Wankdorf-Kreuzung. Das sind gewichtige Infrastrukturanlagen, die nicht nur den Velofahrenden zugutekommen, sondern auch den Autos und dem Verkehr insgesamt. Es handelt sich um Projekte, die uns teilweise von aussen aufgezwungen werden, an welchen wir mitarbeiten und die wir mitentwickeln. Auch dafür benötigen wir Ressourcen. Zum qualitativen Wachstum: Alle Umfragen kommen zum Schluss, dass es gerade die hohe Lebensqualität ist, die Bern ausmacht. In diesem Rat gibt es Personen, die der Meinung sind, dass das nicht nötig sei und dass ein bisschen Beton und ein paar

Strassen ausreichen. Beispielsweise kann man über die Notwendigkeit der Quartierküche Ziegler diskutieren. Wir sind der Ansicht, dass es sich erstens um ein Integrationsprojekt handelt, wir zweitens qualitativ hochstehendes Essen für unsere Tagesschulen produzieren und drittens der positive Nebeneffekt zu verzeichnen ist, dass das Essen nicht mehr von Zürich zu uns gefahren werden muss. Ein anderes Beispiel ist die Wasseraufsicht im Buebersee. Diese ist eine Notwendigkeit, es gibt dazu Vorschriften. Es geht also nicht nur um «nice to have»-Dinge. Weiter möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die Digitalisierung auch hier ein grosses Thema ist, als Stichwort erwähne ich «Smart City». Für die Digitalisierung haben wir zweieinhalb Stellen eingestellt, das ist nicht sehr viel. Achteinhalb Stellen sind für die Informatikdienste der Stadt Bern (ID) eingestellt. Das mag viel sein. Aber für ein völlig neues Projekt wie beispielsweise «base4kids» benötigen wir entsprechende Ressourcen. Ein Teil der Arbeiten, die wir bis anhin extern vergeben hatten, nehmen wir neu zu uns und sparen damit sogar noch Kosten. Bei der Digitalisierung und der Informatik handelt es sich um wichtige Bereiche, nicht nur bei der Stadt Bern, sondern auch bei privaten Firmen. Für den Gemeinderat sind das STEK und die Legislaturziele nicht nur toter Buchstabe. Es ist uns ein Anliegen, diese Punkte zu realisieren. Auch die Bevölkerung hat das in diversen Abstimmungen und Wahlen immer wieder bestätigt. Nun möchte ich noch etwas zur Formulierung «nice to have» sagen. Überlegen Sie sich, was ich nun sage, und denken Sie bei den Abstimmungen nochmals daran. Sind folgende Vorhaben wirklich nur «nice to have»? Ich denke beispielsweise an den Erwerb von Deutsch als Zweitsprache, an den Ausbau der Ferieninseln, mindestens eine pro Schulkreis, an die Verstärkung der Fachstelle für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen oder an die Attraktivierung und Bewirtschaftung des öffentlichen Raums. Selbstverständlich haben wir uns umgeschaut, was andere Städte machen. Ich kann Sie beruhigen, was die Stadt Bern bezüglich Wachstum und Stellenwachstum macht, ist kein Beispiel aus dem Tierbuch. Wir haben Bern mit Basel und Zürich verglichen, in Zürich ist das Wachstum etwas grösser, in Basel etwas kleiner als in Bern. Wir investieren, weil wir wachsen und vorwärtskommen wollen. Der ständigen Kritik, der Kanton Bern hänge am Tropf der Nation, wollen wir entgegenwirken, indem wir stark sind und bleiben. Mein Fazit zum vorliegenden IAFP: Er zeigt auf, wie sich die Stadt entwickeln will. Sie sehen die mittelfristige Investitionsplanung (MIP) und die nach Zeit aufgelisteten Projekte. Der IAFP zeigt auch, dass die Vorhaben finanzpolitisch verantwortbar sind. Das Ziel besteht darin, weiterhin Grundlagen zu schaffen, damit Bern eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Stadt ist.

Zu den Anträgen: Einleitend müssen wir wie immer festhalten, dass die Diskussion zu den vorliegenden Anträgen eigentlich im Rahmen der Budgetdebatte geführt werden müsste. Die Planungserklärungen, die hier überwiesen werden, werden wir im Rahmen des nächsten IAFP behandeln. Gewisse Planungserklärungen haben wir inhaltlich nicht diskutiert und werden uns daher auch nicht dazu äussern. Viele der Planungserklärungen widersprechen dem, was der Gemeinderat beschlossen und in den vorliegenden IAFP integriert hat. Dementsprechend wird er diese Planungserklärung wahrscheinlich ablehnen. Zu Nr. 1: Es geht um Transparenz. Sie können diese Planungserklärung überweisen oder nicht, wir werden es ohnehin machen, da wir es auch befürworten. Zu Nr. 2: Wie ich bereits in der FSU ausführte, handelt es sich dabei meines Erachtens um ein Denkverbot. Über Sonderfinanzierungen entscheiden ohnehin Sie, weshalb diese Planungserklärung nicht nötig ist. Die Planungserklärungen Nr. 3, Nr. 5, der Eventualantrag dazu, Nr. 7, Nr. 8 und Nr. 12 widersprechen dem, was der Gemeinderat beschlossen hat und woran er festhält. Die Bruttoverschuldung haben wir genügend oft diskutiert. Für die ersten beiden Jahre sagen wir Ja, für das dritte und vierte Jahr hingegen Nein. Die Planungserklärungen Nr. 4, Nr. 6, Nr. 10 und Nr. 13 betreffen das Wachstum und damit den Kerninhalt des vorliegenden IAFP. Dazu habe ich mich bereits geäussert. Ich bitte Sie insbesondere auch, Planungserklärung Nr. 13 abzulehnen. Aus den dargelegten Gründen ist diese weder sinnvoll noch nötig. Zu Nr. 9: Über die Gewinnablieferung von ewb wurde kürz-

lich entschieden. Zu Nr. 11: Wenn Sie diese überweisen, werden wir sie prüfen müssen. Im Moment möchte ich mich dazu nicht äussern.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt der Planungserklärung Nr. 1 (FD) zu (65 Ja, 0 Nein). *Abst.Nr. 007*
2. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 2 (FSU) ab (23 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltung).
Abst.Nr. 008
3. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 3 (FSU) ab (26 Ja, 36 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 009*
4. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 4 (SVP) ab (16 Ja, 51 Nein, 1 Enthaltung).
Abst.Nr. 010
5. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 5 (SVP) ab (18 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltung).
Abst.Nr. 011
6. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag zu Planungserklärung Nr. 5 (SVP) ab (24 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 012*
7. Der Stadtrat stimmt die Planungserklärung Nr. 6 (FDP/JF und BDP/CVP) zu (35 Ja, 34 Nein). *Abst.Nr. 013*
8. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 7 (SVP) ab (17 Ja, 43 Nein, 9 Enthaltungen).
Abst.Nr. 014
9. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 8 (FDP/JF und BDP/CVP) ab (20 Ja, 41 Nein, 8 Enthaltungen). *Abst.Nr. 015*
10. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 9 (FDP/JF und BDP/CVP) ab (19 Ja, 50 Nein). *Abst.Nr. 016*
11. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 10 (GFL/EVP, GLP/JGLP, FDP/JF, BDPO/CVP) ab (34 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen mit Stichentscheid Bühlmann). *Abst.Nr. 017*
12. Der Stadtrat stimmt die Planungserklärung Nr. 11 (FSU) zu (40 Ja, 30 Nein). *Abst.Nr. 018*
13. Der Stadtrat stimmt die Planungserklärung Nr. 12 (FSU) zu (37 Ja, 31 Nein, 1 Enthaltung).
Abst.Nr. 019
14. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 13 (SVP) ab (7 Ja, 60 Nein, 2 Enthaltungen).
Abst.Nr. 020

Detailberatung

Gemeinde und Behörden / Präsidialdirektion

Planungserklärung Nr. 14 (SVP)

Seite 21: Auf die geplanten 6,5 neuen zusätzlichen Stellen sei ersatzlos zu verzichten.

Planungserklärung Nr. 15 (SVP)

Seite 21: Bern Tourismus darf private Anbieter nicht konkurrenzieren.

Planungserklärung Nr. 16 (SVP)

Seite 21: Bern Tourismus / Bern Welcome darf nicht als Beratungsstelle, respektive Triage-, Vorprüfungs- oder Prüfungsstelle bei Gesuchen von anderen Anbietern, mit denen sie oder eine mit ihr verbundene Organisation in Konkurrenz steht, mitwirken (Befangenheit).

Planungserklärung Nr. 17 (FDP/JF und BDP/CVP)

Seite 61, PG 140100 und 170500: Von den geplanten 10 neuen Stellen für die beiden Bereiche sind die Hälfte davon zu streichen.

Eventualantrag Planungserklärung Nr. 17 (FDP/JF)

Seite 61, PG 140100 und 170500: Sollte die Planungserklärung Nr. 17 nicht angenommen werden, ist die Erhöhung des Honorarkontos (PG 170500) zu streichen.

Planungserklärung Nr. 18 (SVP)

Seiten 21, 93: Auf die geplanten Personalanlässe 2019/2021 sei ersatzlos zu verzichten. Die Anlässe können mit den bestehenden Mitteln organisiert werden.

Planungserklärung Nr. 19 (SVP)

Seiten 97 f., PG11000 Kulturförderung: Die Kulturförderung ist jährlich 3% zu reduzieren.

Eventualantrag zu Planungserklärung Nr. 19 (SVP)

Seiten 97 f., PG11000 Kulturförderung: Die Kulturförderung ist jährlich um Fr. 50 000 zu reduzieren.

Planungserklärung Nr. 20 (SVP)

Seite 97: Auf die geplante massive Erhöhung der Kulturförderung (2020-2023) von Fr. 2,8 Mio. sei zu verzichten.

Planungserklärung Nr. 21 (FDP/JF)

Seiten 97 f., PG 110000: Bei der neuen Subventionsperiode ist die Teuerung zu berücksichtigen, jedoch nicht die allgemeine jährliche Erhöhung um 2,8 Mio.

Planungserklärung Nr. 22 (FDP/JF)

Seiten 97 f., PG 110000: Der Betrag von Fr. 321 000.00 im Jahr 2022 ist zu streichen.

Planungserklärung Nr. 23 (FDP/JF, GLP/JGLP und BDP/CVP)

Seite 104, PG160100 Wirtschaftsförderung: Auf die Erarbeitung der Berner Strategie für die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft unter Einbezug externer ist zu verzichten.

Alexander Feuz (SVP): Zu Planungserklärung Nr. 14: Ich habe bereits bei der Begründung der direktionsübergreifenden Anträge erwähnt, dass uns wichtig ist, dass keine neuen Stellen geschaffen werden, ohne andere zu kompensieren. Man kann die Stellen mit Um- oder Auslagerungen realisieren. Zu den Planungserklärungen Nr. 15 und Nr. 16: Diese Anträge habe ich auch schon in anderem Zusammenhang gestellt. Wir erachten den Tourismus in Bern als etwas sehr Wichtiges, aber es darf nicht sein, dass wir private Anbieter konkurrenzieren. Bern Welcome soll nicht eine vorgelagerte Triage-Stelle sein, die gewisse Projekte zuweist und andere nicht. Ich habe mit dem Leiter von Bern Welcome, Martin Bachofner, gesprochen und gehe davon aus, dass er es auch so sieht. Mir erscheint es wichtig, dass in der Vorprüfung nicht missliebige Konkurrenten ausgeschlossen werden, es geht um Fairness. Ich gehe davon aus, dass Befangenheitsgründe existieren würden, wenn man es so machen würde. Ich bitte Sie daher, diesem Antrag zuzustimmen. Zu Nr. 18: Es kann nicht sein, dass der Gemeinderat und der Stadtpräsident eine Propaganda-Show machen und versuchen, so die Wählerstimmen des Personals zu gewinnen. Dafür gibt es andere Möglichkeiten wie Facebook, YouTube, Intranet und Extranet. Wahrscheinlich ist es auch nicht sehr zielführend, wenn Sie vom Ingenieur der TVS über den Sekretär der Kulturabteilung und vom Bärenwärter bis hin zur Chefin des Tiefbauamtes alle zusammennehmen und einen grossen Apéro organisieren. Teambildungsprozesse sind wichtig, aber das Zusammengehörigkeitsgefühl der gesamten Verwaltung wird meines Erachtens überschätzt. Beim Anlass im vergangenen Jahr haben sich auch nicht

alle Mitarbeitenden angemeldet. Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, dass solche Anlässe nicht zulasten des Steuerzahlers gehen dürfen. Man kann dasselbe mit bescheidenen Mitteln in kleinen Abteilungsanlässen erreichen und Geld sparen, ohne dass es irgendjemandem wehtut. Als weiteres Beispiel ist die Verabschiedung des stellvertretenden Leiters der städtischen Kulturabteilung, Peter Schranz, zu erwähnen, bei welcher man völlig überbordet hat. Zu Nr. 19: Wir werden dazu einen Vorstoss, der ein Moratorium verlangt, einreichen, Henri-Charles Beuchat wird das anschliessend darlegen. Der sich abzeichnenden Entwicklung «immer grösser, immer mehr» muss Einhalt geboten werden. Es kann nicht sein, dass man für die Kultur immer mehr Geld ausgibt. Gewisse Projekte werden von der Regionalkonferenz oder vom Kanton angestossen. Zu erwähnen ist beispielsweise das Zentrum Paul Klee. Das Geld, das frei wurde, musste sofort wieder ausgegeben werden. Eine Reduktion ist unseres Erachtens angezeigt. Oder denken Sie an den Kulturanlass im Januar zur Verabschiedung von Peter Schranz. Wenn man eine Band wie «Züri West» mit allgemeinen Mitteln und besonderen Förderbeiträgen fördert, wird die Kulturförderung ad absurdum geführt. «Züri West» muss man nicht mehr fördern, es handelt sich um eine bekannte und anerkannte Band. Hier wurden die Konsequenzen nicht gezogen, daher verlangen wir, dass man das jetzt macht. Möglicherweise erachten Sie die beantragten 3% als zu hoch, ich rechne nicht mit einer Zustimmung. Daher haben wir einen ganz bescheidenen Eventualantrag gestellt. Es geht darum, der verantwortlichen Leiterin der Kulturabteilung, Veronica Schaller, einen Denktzettel zu verpassen. Ich bin der Meinung, dass man die Umstände des Kulturanlasses im Januar disziplinarrechtlich untersuchen sollte. Es kann nicht sein, dass Weisungen, wieviel der Anlass kosten darf, einfach übertreten werden und das Geld für etwas gebraucht wird, das mit Förderung nichts zu tun hat, nämlich für den Transport des Bandmaterials oder für was auch immer, hier haben wir alle möglichen Varianten gehört. Wir sagen nicht, wo man kürzen soll, aber vermutlich auf Stabsebene. Unser Anliegen richtet sich nicht gegen die Künstler, sondern gegen die Verantwortliche, die den Anlass durchgeführt hat. Ich bitte Sie, zumindest dem Eventualantrag zuzustimmen. Zu Nr. 20: Die Kulturförderung beinhaltet durchaus auch sinnvolle Punkte, aber bevor man Geld ausgibt, müssen die nötigen Kriterien dafür vorliegen. Ich habe nichts gegen das Theaterfestival «Auawirleben», aber wenn man sieht, wie viele Leute die Veranstaltungen besuchen und welche Subventionen pro Platz bezahlt werden, während andere Institutionen, die für Bern eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung haben, viel weniger Geld erhalten, fehlen mir die Kriterien für die Sprechung der Gelder. Ob mir die Veranstaltungen gefallen oder nicht, sei dahingestellt. Man will vorab mehr Geld, was man damit macht, kommt erst danach. Ich muss nochmals das Beispiel von Veronica Schaller erwähnen. Es geht nicht, dass Geld ausgegeben wird, bevor man ein Konzept hat.

Barbara Freiburghaus (FDP): Als wir den vorliegenden IAFP angeschaut haben, haben wir versucht, eine differenzierte Beurteilung vorzunehmen. Wir verlangen nicht, dass keine Stellen mehr geschaffen werden, wie das die SVP macht. Wir haben uns vielmehr überlegt, was es wirklich braucht und was nicht nötig ist. An dieser Stelle möchte ich zum Votum von Michael Aebersold Stellung nehmen: Wir sagen nicht, es stehe kein Plan dahinter, sondern wir kritisieren, dass es sich beim vorliegenden IAFP um ein Wunschkonzert mit mehrheitlich Konsumausgaben handelt. Gemäss unserem Staatsverständnis ist das Staatswesen insbesondere dafür da, Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und nicht in einem solchen Ausmass Dinge, die «nice to have» sind. Zu Planungserklärung Nr. 17 und dem Eventualantrag dazu: Gemäss IAFP werden verschiedene Verlagerungen von der PRD zur TVS vorgenommen. Wir sind der Meinung, dass nicht mehr alle Stellen gerechtfertigt sind. Wenn alle genehmigt würden, käme das einer Aufstockung um 20% gleich, was für uns in keinem Verhältnis steht. Wenn Nr. 17 abgelehnt wird, erwarten wir, dass die Verwaltung Arbeiten intern erledigt und nicht extern vergibt. Gemeinderat Michael Aebersold erwähnte vorhin, dass der Kanton 2,7 Mio. Franken

weniger bezahlte. Mit unseren Planungserklärungen könnte man das gut kompensieren, da wir rund 5 Mio. Franken Mehrausgaben weniger beantragen. Zu Planungserklärung Nr. 21: Es soll eine Grundsatzdebatte geführt werden, statt dass man dem Stadtrat die neuen, bereits verhandelten Leistungsverträge vorlegt, die grosse Subventionen beinhalten. Das würde eine Diskussion über die Höhe der Subventionen ermöglichen.

Marianne Schild (GLP): Ich spreche zur Planungserklärung Nr. 23. Weshalb sollten wir eine Strategie zur Förderung eines bereits florierenden Wirtschaftszweiges erarbeiten? Genau das ist bei der Kultur- und Kreativwirtschaft der Fall. Wenn schon wäre eine Strategie zur Erhöhung der Publikumszahlen in der Kultur- und Kreativwirtschaft sinnvoll. Die übrigen Planungserklärungen werden wir mehrheitlich ablehnen oder uns der Stimme enthalten.

Fraktionserklärungen

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion GB/JA!: Unbegründete Planungserklärungen wie beispielsweise den Verzicht auf sämtliche neuen Stellen werden wir ablehnen, wie wir im Fraktionsvotum zu den direktionsübergreifenden Anträgen bereits erläutert haben. Das betrifft Nr. 14 und Nr. 18. Zu den Planungserklärungen Nr. 15 und Nr. 16: Wir lehnen beide Anträge ab. Zwar setzen auch wir einige Fragezeichen zur Rolle und Funktion von Bern Welcome, aber eine differenzierte Beratung zu diesem Thema wird im Rahmen der beiden neuen Leistungsverträge demnächst erfolgen. Es wäre seltsam, die Thematik im Rahmen der IAFP-Debatte abzuhandeln. Zu Nr. 17 und zum Eventualantrag dazu: Wir lehnen beide Anträge ab. Wir stehen hinter der Stossrichtung des STEK und wollen, dass diese vorangetrieben wird. Für uns ist es plausibel, dass beide Direktionen, die in die Planungen involviert sind, mit genügend Mitteln ausgestattet werden. So erachten wir es beispielsweise als notwendig, bei einer sich verdichtenden Stadt in die Gestaltung des öffentlichen Raums zu investieren. Dafür braucht es Fachwissen und Ressourcen. Die Investition ist nach unserem Dafürhalten sinnvoll. Die Planungserklärungen, die den Kulturbereich betreffen, lehnen wir alle ab. Der Bedarf nach mehr Förderung und mehr Fördermitteln wurde vor allem in der Kulturstrategie nachvollziehbar nachgewiesen. Wir stehen hinter dieser Kulturstrategie. Zu den Planungserklärungen Nr. 19 und Nr. 20: Wir bekunden Mühe mit dem Nachvollziehen der Logik. Wenn man den Antrag auf eine jährliche Reduktion durchrechnet, gleicht sich das Resultat dem Wert null an, was unseres Erachtens seltsam ist. Ebenso handelt es sich um eine seltsame Politik, wenn Einzelpersonen über IAFP-Planungserklärungen bestraft werden sollen. Zu den Planungserklärungen Nr. 21 bis Nr. 23: Wir sind auch der Meinung, dass eine breite kulturpolitische Debatte notwendig ist. Im Stadtrat soll das Setzen von Schwerpunkten diskutiert werden. Aktuell ist ein Bericht in der Vernehmlassung, der genau diese Thematik zur Debatte stellt. Die Mittel, die im IAFP eingestellt sind, werden in diesem Bericht begründet. Nach unserem Dafürhalten wäre es sinnvoll, die Debatte dort zu führen und nicht jetzt alle Erhöhungen oder einen Teil davon abzulehnen. Wir lehnen diese Planungserklärung daher ab.

Katharina Altas (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Der IAFP ist ein Planungsinstrument des Gemeinderats. Wir sollten darauf verzichten, aus der Debatte zum IAFP eine vorgezogene Budget-Debatte zu machen. Zu den Planungserklärungen: Nr. 14 lehnen wir ab, da wir bei stetig wachsender Bevölkerung auch die Dienstleistungen anpassen müssen. Dafür sind zusätzliche Stellen notwendig. Auch Nr. 15 und Nr. 16 lehnt die Fraktion SP/JUSO ab. Weshalb hier Befangenheit vorliegen soll, ist mir ein Rätsel. Die Kernaufgabe von Bern Welcome ist ja gerade die langfristige, enge strategische und operative Zusammenarbeit aller relevanten Organisationen in den Bereichen Tourismus, Standortförderung und Angebotsgestaltung. Wir wollen zuerst einmal sehen, wie Bern Welcome arbeitet, bevor wir der Organisation Befan-

genheit vorwerfen. Zu Nr. 17 und zum Eventualantrag dazu: Ich komme mir vor wie auf einem Basar. Die geplanten zehn neuen Stellen sollen um die Hälfte gekürzt werden. Wenn diese Planungserklärung nicht angenommen wird, soll auf die Erhöhung des Honorarkontos PG 170500 verzichtet werden. Wir lehnen beide Anträge ganz klar ab. Auch Nr. 18 lehnen wir ab. Der Personalanlass sei den städtischen Angestellten zu gönnen. Die Fraktion SP/JUSO lehnt auch Nr. 19, den Eventualantrag dazu, sowie Nr. 20 ab. Wir versuchen seit Jahren, die Mittel für die direkte Förderung zu erhöhen. Stattdessen will die SVP hier eine Kürzung um 3% vornehmen. Die Begründung zum Eventualantrag zu Nr. 19 ist abenteuerlich. Es mag sein, dass der Anlass schlecht kommuniziert worden ist, aber vielleicht mag die SVP ja dafür bezahlen, dass wir im Juni über die Sanierung der Grossen Halle abstimmen müssen, obwohl der Kredit vom Stadtrat ohne grossen Widerstand genehmigt worden war. Bei Nr. 20 ist mir schleierhaft, wie die SVP durch Umlagerung Kunst durch Kulturvermittlung machen lassen will. Kultur scheint nicht zu den Kernkompetenzen der SVP zu gehören. Nr. 21 lehnen wir ebenfalls ab. Seit Jahren ist den städtischen Angestellten und den Leistungsvertragsnehmern keine Teuerung mehr ausbezahlt worden, weil diese bis zum Jahr 2017 negativ war. Das Ganze wäre ein schlechter Handel. Überdies scheint mir, dass die Begründung nichts mit der Planungserklärung zu tun hat. Auch Nr. 22 lehnt die Fraktion SP/JUSO ab. Die Schaffung von Ateliers und Übungsräumen wurde in den Diskussionen um die Erarbeitung der Kulturstrategie immer wieder genannt. Genauso, wie die Jugend Räume braucht, brauchen auch die Kulturschaffenden erschwingliche Räume. Kunst und Kultur entsteht nicht im luftleeren Raum. Nr. 23 lehnen wir auch ab, da die SP genau das in einem Postulat verlangt hat, nämlich die Erhebung der Kultur- und Kreativwirtschaft. Nur wenn wir wissen, welche Bereiche der Kultur- und Kreativwirtschaft in Bern vertreten sind, können wir strategische Ableitungen machen und eine Gewichtung vornehmen. Kultur- und Kreativwirtschaft sind nicht losgelöst von der Wirtschaft zu betrachten, so wie auch das Gewerbe nicht losgelöst von der Kreativwirtschaft betrachtet werden kann. Unter den Metallbauern sind auch Künstler zu finden. Kunst am Bau ist einerseits Handwerk und andererseits auch Kunst. Man kann nicht alles klar trennen, weshalb eine Erhebung für alle erhellend ist.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Wir lehnen alle Planungserklärungen ab. Zum Kulturbereich möchte ich eine Bemerkung anbringen. Wir unterstützen die Kultur und die Kulturförderung. Nr. 21 lehnen wir nicht deshalb ab, weil wir die Begründung nicht unterstützen könnten. Es ist unbefriedigend, dass wir zwar sehr viel mehr Geld für die Kulturförderung ausgeben, dass aber einzelne Institutionen, die in dreiteiligen Leistungsverträgen berücksichtigt werden, sehr viel schlechter gestellt sind als solche, die nur städtische Subventionen erhalten. Ein Beispiel dafür ist das Buskers, das unseres Erachtens nicht genügend berücksichtigt wurde. Wir erwarten, dass die Gelder sinnvoll und gerecht verteilt werden.

Einzelvoten

Henri-Charles Beuchat (SVP): Ich spreche zur Planungserklärung Nr. 20 der SVP. Es ist eine Frechheit zu behaupten Kultur scheine nicht zu den Kernkompetenzen der SVP zu gehören. Das stimmt nicht, wir sind nicht primär gegen Kultur. Wir sind sehr wohl bereit, zu investieren, aber wir haben nicht Tomaten auf den Augen wie Sie. Im Jahr 2016 wurde über das neue Kulturförderungsgesetz sowie über das Finanz- und Lastenausgleichsgesetz (FILAG) des Kantons Bern in diesem Rat de facto eine Erhöhung um 1,4 Mio. Franken vorgenommen, also hören Sie auf zu jammern. Im Jahr 2016 hätte man 1,5 Mio. Franken einsparen können. Das hat man nicht gemacht, sondern hat entschieden, das Geld in Kultur zu reinvestieren. Die SVP hat sich sehr wohl etwas überlegt bei ihren Anträgen. Hören Sie auf zu sagen, man müsse zwingend eine Erhöhung um 2,8 Mio. Franken vornehmen. Wenn ich schaue, wofür Beiträ-

ge gesprochen werden und wer wofür wieviel Geld erhält, sehe ich Folgendes: Eine Person namens Roger Fähndrich erhält im Jahr 2018 ein Reisestipendium für 6000 Franken. Im Hotel Schweizerhof gibt es Literaturgespräche für 9000 Franken. Der Verein «Peng» erhält 60'000 Franken. Die alte Feuerwehr erhält für ein Quartierfest 6000 Franken, und auch die Kirchgemeinden erhalten Geld. Mit den vorhandenen Mitteln kann man sehr wohl gute Kultur machen in der Stadt Bern.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Ich danke Ihnen für die engagierte Debatte. Zu Planungserklärung Nr. 14: Die Stellen sollen ausschliesslich in den Bereichen Stadtplanungsamt und Hochbauamt geschaffen werden. Im Hochbau geht es um den Abbau des Investitionsnachholbedarfs. Sie kennen die Prognosen. Es sind wesentlich mehr Projekte, aber die Stellen kosten nicht so viel, da sie über die jeweiligen Projekte finanziert werden. Die Stadt kostet es nur 20'000 Franken pro Stelle für den Stellenetat. Beim Stadtplanungsamt kennen Sie die Situation ebenfalls. Es gibt einen Rückstau bei den Projekten, viele möchten wir gern umsetzen, können das aber nicht, da uns die Leute dafür fehlen. Den Kommissionsmitgliedern ist es wohl klar, wofür wir die Stellen beantragen. Sie werden zu 50% im Budget 2019 eingestellt. Ich bitte Sie daher, diese Planungserklärung abzulehnen. Zu den Planungserklärungen Nr. 15 und Nr. 16: Die finanzielle Relevanz fehlt meines Erachtens. Es geht darum, wie Bern Welcome arbeiten soll, aber nicht um die Gelder, die man ihm zur Verfügung stellt. Die Leistungsvereinbarung mit Bern Welcome für die nächsten vier Jahre werden wir im Rat zwischen den Sommer- und den Herbstferien diskutieren. Bei dieser Gelegenheit können wir auch gern darüber diskutieren, was Bern Welcome machen soll und was nicht. Dass es die privaten Anbieter nicht konkurrenzieren soll, ist meines Erachtens nicht ganz falsch. Zu Nr. 17 und zum Eventualantrag dazu: Bei der Abgabe dieser Stellen an die TVS ging es ja gerade darum, das Stadtplanungsamt zu stärken. Es geht um eine Konzentration der Zuständigkeitsbereiche und um das Vermeiden von Doppelspurigkeiten. Ich bitte Sie daher, diese Anträge abzulehnen. Zu den Planungserklärungen Nr. 18, Nr. 19, Eventualantrag dazu, Nr. 20 und Nr. 21: Im Themenbereich Kultur läuft im Moment die Vernehmlassung. Wir können uns gern darüber unterhalten, welche Kulturpolitik wir wollen. Im Hinblick auf die Kulturverträge 2020-2023 wollen wir diese Debatte führen. Bitte profitieren Sie von der laufenden Vernehmlassung und bringen Sie Ihre Anliegen dort ein. Im Februar 2019 werden wir die Debatte über die Kulturunterstützung der nächsten Jahre führen. Wenn Henri-Charles Beuchat sagt, im Jahr 2016 habe es eine Erhöhung gegeben, dann ist das richtig. Das betraf die letzte Vierjahres-Periode. Seither wurden im Bereich der Leistungsvereinbarungen keine Erhöhungen mehr vorgenommen. Die Kulturstrategie hat gewisse Wünsche ausgelöst, brachte aber keine Erhöhungen. Nun steht die nächste Beitragsperiode an. Der Anstieg erfolgt stufenweise, dazwischen bleibt es jeweils während vier Jahren stabil. Bei den Leistungsvereinbarungen war es auch so, von 2016 bis 2019 waren sie stabil, nun sprechen wir über die nächste Periode. Zu Planungserklärung Nr. 23: Es handelt sich um einen relativ kleinen Betrag von 120'000 Franken der für vier Jahre gesprochen werden soll, aufgeteilt in einmal 60'000 Franken und dreimal 20'000 Franken. Der Auftrag stammt aus der Kulturstrategie. Wir würden ihn gern umsetzen und bitten Sie daher, auch diese Planungserklärung abzulehnen. Zu den Ausführungen von Alexander Feuz zum Kulturanlass: Wir diskutieren gerne ernsthaft darüber. Die Aufsichtskommission (AK) führt diesbezüglich eine Untersuchung, in deren Rahmen wir Auskunft geben. Weitere Ausführungen dazu erübrigen sich. Wir haben gerade heute eine weitere Stellungnahme an die AK abgegeben. Ich danke Ihnen, wenn Sie alle Planungserklärungen ablehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 14 (SVP) ab (11 Ja, 57 Nein). *Abst.Nr. 021*

2. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 15 (SVP) ab (10 Ja, 54 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.Nr. 022*
3. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 16 (SVP) ab (9 Ja, 57 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 023*
4. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 17(FDP/JF und BDP/CVP) ab (20 Ja, 41 Nein, 8 Enthaltungen). *Abst.Nr. 024*
5. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag zu Planungserklärung Nr. 17 (FDP/JF) ab (20 Ja, 42 Nein, 7 Enthaltungen). *Abst.Nr. 025*
6. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 18 (SVP) ab (13 Ja, 51 Nein, 6 Enthaltungen). *Abst.Nr. 026*
7. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 19 (SVP) ab (7 Ja, 63 Nein). *Abst.Nr. 027*
8. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag zu Planungserklärung Nr. 19 (SVP) ab (6 Ja, 63 Nein). *Abst.Nr. 028*
9. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 20 (SVP) ab (14 Ja, 51 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.Nr. 029*
10. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 21 (FDP/JF) ab (17 Ja, 53 Nein). *Abst.Nr. 030*
11. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 22 (FDP/JF) ab (18 Ja, 51 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 031*
12. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 23 (FDP/JF, GLP/JGLP, BDP/CVP) ab (25 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 032*

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie

Planungserklärung Nr. 24 (SVP)

Seite 22: Auf die geplanten 2,6 neuen zusätzlichen Stellen sei ersatzlos zu verzichten.

Planungserklärung Nr. 25 (FSU)

Seite 111, PG220100 Umweltschutz: Die für den Aufbau eines Partizipations- und Kommunikationsmodells für Umweltfragen geplante Erhöhung im Planjahr 2020 soll auf Fr. 75 000.00 gekürzt und ab Planjahr 2021 nicht mehr berücksichtigt werden.

Planungserklärung Nr. 26 (FDP/JF)

Seite 111, PG220100 Umweltschutz, Aufbau einer Sharing Economy und Initiieren von konkreten Programmen: Ab PJ2020 sollen die Ausgaben zum Aufbau einer Sharing Economy gestrichen werden.

Vivianne Esseiva (FDP): Zu Nr. 25: Es handelt sich um eine Kürzung, die vom Gemeinderat eigentlich schon so vorgesehen ist. Wir wollen auf die 75'000 Franken verzichten, und zwar nicht nur im Jahr 2019, sondern auch im Jahr 2020. Zu Nr. 26: Die Sharing Economy ist nicht eine Aufgabe der Stadt, weshalb auf die Erhöhung verzichtet werden soll.

Alexander Feuz (SVP): Durch die Bemerkung, wir gingen mit der Holzhammer-Methode und undifferenziert vor, fühle ich mich provoziert. Schon beim Eintretensvotum habe ich darauf hingewiesen, dass wir einen Nettozuwachs ablehnen, dass aber die Stellen mit Umlagerungen und dergleichen kompensiert werden können. Ich möchte präzisieren, dass das auch für alle anderen Anträge gilt. Auch in der Presse wurde uns vorgeworfen, undifferenziert zu argumentieren. Wir haben durchaus ein Herz, auch für Stadtgrün. So haben wir uns in anderen Jahren dagegen gewehrt, bei Stadtgrün zu sparen, das wissen Sie. Bei der vorliegenden Ausgangslage mit 58 neuen Stellen wollten wir klar formulieren, worum es uns geht.

Direktor SUE *Reto Nause*: Ich bitte Sie, Planungserklärung Nr. 24 abzulehnen. Mit den zwei-einhalb neuen Stellen, die die SUE beantragt, sind wir sehr moderat. Nr. 25 ist im Budget berücksichtigt, Sie können also stimmen, wie Sie wollen. Sodann bitte ich Sie, auch Nr. 26 abzulehnen. Es geht um die Förderung der Sharing Economy. Dazu gehören alle Bemühungen, die wir in nächster Zeit unternehmen werden, so zu City Logistics, zu Energiereduktionsmassnahmen, zur Verminderung von Foodwaste, usw. Dieses Thema wird uns in kommender Zeit stark beschäftigen. Ein weiteres Stichwort dazu ist die Kreislauf-Wirtschaft. Wir sind daher dankbar, wenn Sie diese Planungserklärung ablehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 24 (SVP) ab (5 Ja, 61 Nein, 2 Enthaltungen).
Abst.Nr. 033
2. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 25 (FSU) ab (20 Ja, 40 Nein, 9 Enthaltungen). *Abst.Nr. 034*
3. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 26 (FDP/JF) ab (16 Ja, 53 Nein). *Abst.Nr. 035*

Direktion für Bildung, Soziales und Sport

Planungserklärung Nr. 27 (SVP)

Seite 23: Auf die geplanten 18,4 neuen zusätzlichen Stellen sei ersatzlos zu verzichten.

Planungserklärung Nr. 28 (FDP/JF)

Seite 131, PG300100 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung: Auf den Beitritt zum Netzwerk «Solidarity Cities» gemäss GRB 2017-1503 ist zu verzichten.

Planungserklärung Nr. 29 (FDP/JF)

Seite 131, PG300100 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung: Auf die Erhöhung für Projekte im Rahmen der Städtepartnerschaft um Fr. 100 000.00 ab Planjahr 2020 ff. ist zu verzichten. Es soll auch ab 2020 mit Fr. 50 000.00 jährlich geplant werden.

Planungserklärung Nr. 30 (FDP/JF und GLP/JGLP)

Seite 142, PG320100 Kindergärten, Volks- und Sonderschulen / PG320120 Besondere Angebote für Integration und Chancengleichheit: Das Angebot für freiwillige unentgeltliche Aufgabenbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund soll in den Planjahren 2020 ff. vorerst mit Fr. 100 000.00 geplant werden. Auf die schrittweise Erhöhung bis zu einem Betrag von Fr. 250 000.00 im Planjahr 2021 und auf die Beschäftigung von Lehrpersonen ist zu verzichten.

Planungserklärung Nr. 31 (FDP/JF und GLP/JGLP)

Seite 146, PG320300 Bildungsnahe Institutionen (light): Die neuen Aufgaben der Kornhausbibliotheken sowie die Personalaufstockung bei der Regionalbibliothek für die Leistungsverträge 2020-2023 soll eingeschränkt werden auf maximal Fr. 250 000.00 jährlich.

Planungserklärung Nr. 32 (FDP/JF)

Seite 148, PG330100 Kinder- und Jugendförderung, Gemeinwesenarbeit: Auf die Erhöhung der Jugendkulturpauschale um weitere Fr. 145 000.00 ab dem Planjahr 2020 ist zu verzichten.

Planungserklärung Nr. 33 (FDP/JF)

Seite 149, PG330100 Kinder- und Jugendförderung, Gemeinwesenarbeit: Auf die zusätzlichen Ressourcen im Umfang von jährlich Fr. 120 000.00 zur Begleitung, Initiierung und zum Anstoss von Projekten der Quartierentwicklung in sozial benachteiligten Quartieren ist zu verzichten.

Planungserklärung Nr. 34 (SBK)

Seite 150, PG330260 PINTO: Die Stellenaufstockung soll nicht 100 Prozent, sondern nur 50 Prozent betragen.

Planungserklärung Nr. 35 (FDP/JF und GLP/JGLP)

Seite 152, PG330400 Familienergänzende Tagesbetreuung für Kinder: Auf die Eröffnung weiterer städtischer Kitas ist zu verzichten.

Planungserklärung Nr. 36 (FDP/JF, GLP/JGLP und BDP/CVP)

Seite 164, PG380100 Betriebe Eis und Wasser: Auf die neue Stelle für Öffentlichkeitsarbeit und verständliche Kommunikation ist zu verzichten.

Planungserklärung Nr. 37 (FDP/JF)

Seite 166, PG380200 Sportanlagen, Sportbetrieb: Auf die Erweiterung der Integrationsangebote und die entsprechenden zusätzlichen personellen Ressourcen im Umfang von jährlich Fr. 80 000.00 ist zu verzichten.

Sprecherin SBK *Bettina Stüssi* (SP): Wir haben den IAFP der Direktion BSS angeschaut und festgestellt, dass die BSS gemessen am Personalbestand die grösste Direktion ist. Finanztechnisch macht sie daher auch die Hälfte der allgemeinen Finanzen aus. Wir haben auch darüber gesprochen, dass 18,4 neue Stellen geschaffen werden sollen. Überwiesen haben wir letztendlich eine einzige Planungserklärung, nämlich Nr. 34. Die Mehrheit der SBK ist überzeugt, dass für das Projekt PINTO eine Erhöhung um 50 Stellenprozent ausreicht. Es gab in der Kommission verschiedene Begründungen für die Zustimmung zu dieser Planungserklärung. Diskutiert wurde vor allem der Umstand, dass PINTO bei unbewilligten Demonstrationen teilnehmen soll und dafür die Stellenprozent erhöht werden sollen.

Marianne Schild (GLP): Zu Planungserklärung Nr. 31: Es geht um die Kornhausbibliotheken und um die Regionalbibliotheken. Wir verlangen keine Kürzung, sondern eine Beschränkung der Ausgaben auf maximal 250'000 Franken mehr pro Jahr. Natürlich sind Bibliotheken ein wichtiger und schöner Ort, aber wenn ein Nachfragerückgang stattfindet, kann die Lösung nicht darin liegen, mehr Geld einzuplanen. Die Bibliotheken sollen sich neu orientieren, aber wenn man neue Dinge machen will, muss man auch bereit sein, auf einzelne bisherige Angebote zu verzichten. Wir erwarten eine Optimierung, das Aufgabenportfolio der Bibliotheken soll nochmals angeschaut werden. Zu Nr. 35: Ob es sich bei den Kitas um eine städtische Aufgabe handeln soll oder nicht, ist eine Grundsatzfrage. Wir sind der Meinung, dass sich die Stadt zurückziehen kann, wenn der Markt genügend gute Betreuungsangebote hervorbringt. Im Moment haben wir ein gutes Angebot an Kitaplätzen. Hingegen ist das Angebot bei den Tagesschulen eher dürftig. Vor allem während der Schulferien muss man relativ weit gehen, bis man eine Ferienbetreuung findet. Sodann haben die Tagesschulen im Vergleich zu den Kitas eingeschränkte Öffnungszeiten. Weiter gibt es auch Eltern, die der Ansicht sind, dass Tagesschulen nicht kleinkindergerecht seien. Das alles führt dazu, dass die Kitas immer mehr auch grössere Kinder betreuen. So haben sie schon jetzt ziemlich viele Kindergartenkinder, in Zukunft werden sie vermehrt auch Schulkinder betreuen. Die Stadt soll sich daher auf die

städtischen Aufgaben konzentrieren und das Angebot bei den Tagesschulen verbessern, bei den Kitas soll sie sich hingegen zurückhalten.

Thomas Berger (JF): Es ist schade, dass Gemeinderat Michael Aebersold soeben den Saal verlassen hat, denn zur Begründung der Planungserklärungen, die hier zur Debatte stehen, muss ich kurz auf etwas eingehen, was er heute Abend gesagt hat. Wenn man versucht zu erklären, weshalb die Stadt immer mehr Stellen und immer mehr Geld benötigt, hört man immer dasselbe Argument, nämlich dass die Schülerzahlen steigen und man daher mehr Lehrpersonen benötigt. Seltsamerweise hat das aber nichts mit dem IAFP zu tun, denn die Lehrpersonen werden über den kantonalen Ausgleich finanziert. Gemeinderat Aebersold brachte Beispiele dafür, was aus seiner Sicht nicht nur «nice to have», sondern eine zwingende Staatsaufgabe sei. Genau aus diesem Grund haben wir bei den Punkten, die Gemeinderat Aebersold aufgezählt hat, keine Planungserklärung eingereicht. Sodann hat uns Gemeinderat Aebersold darauf aufmerksam gemacht, dass wir Nachfragen stellen sollen, wenn wir eine neu beantragte Stelle nicht nachvollziehen können. Genau das haben wir in den Kommissionen gemacht. Das Resultat dieser Nachfragen war, dass wir gewisse Planungserklärungen, die wir vorgesehen hatten, zurückziehen konnten, da uns die Verwaltung überzeugt hat, dass es diese Stellen braucht. Die heute vorliegenden Planungserklärungen sind verblieben, weil wir nachgefragt und keine für uns befriedigende Antwort erhalten haben. Zu Planungserklärung Nr. 30: Bereits heute wird beim Angebot der Aufgabenhilfe in der Stadt Bern das Budget notorisch nicht ausgeschöpft. Nun will man bis zu einer Viertelmillion Franken pro Jahr zusätzlich ausgeben, um exklusive Aufgabenhilfe für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund anzubieten. Ich habe nachgefragt, ob ein Kind aus einer bildungsfernen, sozial schwachen Familie ohne Migrationshintergrund tatsächlich keinen Zugang zu diesem Angebot erhalte. Diese Frage wurde klar bejaht. Man kann trotzdem der Meinung sein, dass es sich um ein sinnvolles Angebot handelt. Genau dieser Meinung sind wir ja, wir sind nämlich bereit, 100'000 Franken pro Jahr für dieses neue Angebot einzustellen und zu prüfen, ob eine Nachfrage dafür vorhanden ist und ob das Angebot einen Mehrwert bringt. Wir sind aber nicht bereit, schon heute Abend zu entscheiden, dass die Kosten dafür sukzessive bis auf eine Viertelmillion Franken pro Jahr erhöht werden. Es handelt sich um eine differenzierte Planungserklärung, wir nehmen weder Geld weg noch wollen wir einen Stillstand. Wir anerkennen, dass möglicherweise mehr Angebote nötig sind, aber es ist eine Frage des Ausmasses. Zu Nr. 32: Hier geht es um dasselbe. Wir sind bereit, 100'000 Franken mehr zu sprechen, aber wir sind nicht bereit, weitere 145'000 Franken zu sprechen. Wir wollen zunächst den tieferen Betrag sprechen und schauen, ob überhaupt mehr Geld nötig ist. Zu Nr. 36: Diese Planungserklärung wurde schon in den einleitenden Voten aufgegriffen. Fairerweise muss man eingestehen, dass die beantragte Stelle am Anfang medial falsch kommuniziert worden war. Aus der Klammerbemerkung, dass die Stelle beispielsweise für die 50-Meter-Schwimmhalle gedacht sei, haben die Medien einen Kommunikationschef für diese Schwimmhalle gemacht. Dass das nicht die Idee der Stelle ist, wurde uns im Rahmen der Diskussionen in den Delegationen erklärt. Trotzdem kommen wir zum Schluss, dass diese Stelle nicht nötig ist. Wir sind überzeugt, dass die Stadt Bern bereits heute einen genügend grossen Stellenetat hat, vor allem im Informationsbereich, und man keine weitere Stelle im Sportamt braucht, damit dessen Bauvorhaben separat kommuniziert werden können. Auf diese Stelle können Sie mit gutem Gewissen verzichten, ohne dass Sie deswegen die Ziele aus den Legislaturrichtlinien oder dem STEK nicht mehr erreichen könnten oder die Stadt dem Stillstand geweiht wäre.

Fraktionserklärungen

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion GB/JA!: Planungserklärung Nr. 27 lehnen wir aus den Gründen ab, die wir bereits erläutert haben. Zu Nr. 28: In einer Zeit, in der die Migrationspolitik weltweit verschärft wird, Grenzzäune gebaut und Grenzschutzorganisationen aufgerüstet werden, kommt den Städten eine enorme Bedeutung zu. Sie können zusammenhalten und eine Gegenposition einnehmen sowie eine solidarische Politik fordern und umsetzen. Damit sich die Städte gemeinsam positionieren und voneinander lernen können, braucht man solche Initiativen wie das Netzwerk «Solidarity Cities». Unseres Erachtens handelt es sich um eine sehr sinnvolle Sache und wir hoffen, dass die Stadt Bern beitreten wird. Wir lehnen diese Planungserklärung daher ab. Bei Nr. 29 geht es um etwas Ähnliches, nämlich um eine Städtepartnerschaft und um einen ganz konkreten Beitrag an ein Projekt, das im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise stattfindet. Die Stadt Bern will dazu im Rahmen der Solidarität einen Beitrag leisten, was für uns eine Selbstverständlichkeit ist. Wir lehnen den Kürzungsvorschlag der Fraktion FDP/JF daher ab. Zu Nr. 30: Wie Thomas Berger in seinem Votum zutreffend ausführte, wird das Angebot nicht immer ausgenützt. Es ist aber ein Nullsummenspiel, wir bezahlen nur das, was wirklich gebraucht wird. Genau aus diesem Grund begrüßen wir es, wenn man neue Wege sucht und ein Angebot spezifisch für solche Kinder bereitstellt, die im sprachlichen Bereich auf Unterstützung angewiesen sind. Wir gehen davon aus, dass sich die beiden Angebote ergänzen und Synergien genutzt werden können. Es ist nicht ausgeschlossen, dass beim Vorhandensein beider Angebote die Nachfrage beim einen zurückgehen wird. Aus diesen Gründen lehnen wir die Planungserklärung ab. Zu Nr. 31: Nach unserem Dafürhalten sind Bibliotheken ein sehr wichtiger Ort. Dass sie sich im Wandel befinden, ist wohl allen klar und wurde bereits dargelegt. Auch uns ist klar, dass sich die Bibliotheken mit zunehmender Digitalisierung und mit der Verfügbarkeit von Wissen im Internet anders werden ausrichten müssen. Wir sind der Meinung, dass es eine grosse Chance ist, wenn die Stadt Bern hier vorausgehen kann. Dass dafür Mittel notwendig sind, ist logisch. Wir lehnen die Planungserklärung daher ab. Zu Nr. 32 und Nr. 33: Die Jugendkulturpauschale wurde bei den Planungserklärungen zur Direktion PRD bereits diskutiert. Wir stehen nach wie vor hinter der Kulturstrategie und sind der Meinung, dass die Jugendkultur analog zu den übrigen kulturellen Sparten mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden soll. Auch diese Planungserklärungen lehnen wir daher ab. Planungserklärung Nr. 34 stimmen wir zu. Die Begründung im IAFP im Zusammenhang mit den unbewilligten Demonstrationen ist auch in unseren Augen etwas seltsam. Im Verlauf der Diskussion in der SBK wurde klar, dass es sich hier um einen Nebenschauplatz handelt. Offenbar geht es primär darum, dass PINTO vermehrt Aufgaben in den Schulanlagen übernehmen soll. Wir stehen den Patrouille-Einsätzen von PINTO sehr kritisch gegenüber. Aus unserer Sicht müsste hier viel öfter die aufsuchende Jugendarbeit eingesetzt werden. Das haben wir in unserer Motion «Vielfältige Nutzung von Pausenplätzen» auch gefordert. Wir sind der Meinung, dass die Jugendarbeit klar auf der Seite der Jugendlichen steht. Bei Nutzungskonflikten in solchen Freiräumen sollen die Jugendlichen entsprechend unterstützt werden. Das bedeutet aber nicht, dass bei Nutzungskonflikten nicht alle betroffenen Parteien involviert werden sollen. Das befürworten wir im Gegenteil sehr, aber dazu liegt noch kein Vorschlag vor. Die Rolle von PINTO ist im Moment nicht geklärt, weshalb wir die Stellenaufstockung nicht befürworten. Auch Planungserklärung Nr. 35 lehnen wir ab. Wir haben ein Modell mit Betreuungsgutscheinen. Dieses System beinhaltet einen Wettbewerb zwischen allen Kita-Anbietenden. Wir sehen nicht ein, weshalb die Stadt nicht Teil dieses Wettbewerbs sein soll, wie es bereits heute der Fall ist. Vielmehr sind wir der Meinung, dass die Stadt auch neue Kitas eröffnen darf. Die städtischen Kitas funktionieren anders als diejenigen mit privater Trägerschaft. Die Stadt hat das Angebot und die verschiedenen Bedürfnisse in einer Gesamtschau im Blick, während private Anbieter dort aktiv werden, wo Bedarf besteht,

ohne den Blick aufs Ganze zu haben. So sehen sie auch die Probleme nicht, die entstehen können, wenn beispielsweise der Bedarf an einem Ort sehr hoch und an einem anderen Ort kaum vorhanden ist, da dort Leute wohnen, die weniger zahlungskräftig sind. Sie sehen also die Mechanismen nicht, die im sogenannten freien Markt spielen. Auch Planungserklärung Nr. 36 lehnen wir klar ab. Heute gibt es im Sportamt keine Kommunikationsstelle, aber der Bedarf ist sehr gross, es stehen sehr viele Sanierungs- und Bauprojekte an, beispielsweise bei Frei- und Hallenbädern. Diese Projekte sind bekannt. Zudem ist davon auszugehen, dass das Sportamt sehr viele Anfragen von Vereinen und NutzerInnen der Sportanlagen erhält. Es braucht eine sorgfältige Kommunikation, um allen Ansprüchen gerecht werden zu können. Wenn die Kommunikation entsprechend koordiniert wird, kann sich das Sportamt vermehrt auch wieder anderen Aufgaben zuwenden. Wir erachten es als sehr sinnvoll, wenn für die Anliegen der Vereine und weiterer NutzerInnen eine Ansprechperson vorhanden ist, die direkt und kompetent Auskunft geben kann. Nicht sinnvoll wäre nach unserem Dafürhalten eine Auslagerung, da wir davon ausgehen, dass der Aufwand der Verwaltung dadurch erhöht würde. Bevor eine externe Person das Fachwissen weitergeben kann, muss man es ihr erklären. Zudem geht es unseres Erachtens auch schneller, wenn die Verwaltung selber handeln kann. Auch Planungserklärung Nr. 37 lehnen wir ab, da wir den Ausbau des Angebots als sinnvoll erachten. Das Sportangebot der Stadt Bern hat in diesem Bereich noch Nachholbedarf. Betreffend Integrationsbegriff liegt wohl ein Missverständnis vor. Im Bereich der Förderung des Angebots für Menschen mit Beeinträchtigungen hinkt die Stadt Bern nach. Wir begrüssen es, wenn man hier mehr unternimmt.

Bettina Stüssi (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO lehnt die Planungserklärung Nr. 27 bis Nr. 29 ab. Auch Nr. 30 unterstützen wir nicht. Wir werden sicherlich nicht bei den Schulen und im Bereich Bildung sparen. Gerade unter dem Aspekt der Chancengleichheit sind wir erstaunt, dass man hier Kürzungen vornehmen will. Dasselbe gilt für Planungserklärung Nr. 31. Wir haben Ja gesagt zur Kulturstrategie und sagen auch Ja zu deren Umsetzung. Unseres Erachtens leisten Bibliotheken eine gute Arbeit. Sie erneuern sich stetig selber und bieten einen Treffpunkt, überdies geht es auch hier um Bildung. Nach unserem Dafürhalten ist das Geld gut investiert. Auch die Planungserklärungen Nr. 32 und Nr. 33 lehnen wir ab. Die Jugend ist unsere Zukunft. Ebenfalls lehnt die Fraktion SP/JUSO Planungserklärung Nr. 34 ab. Wir haben den Antrag in der Fraktion kontrovers diskutiert. Insbesondere sorgte der Einsatz von PINTO bei unbewilligten Demonstrationen für Gesprächsstoff. Wir sind dennoch überzeugt, dass PINTO eine Aufstockung benötigt. Wir wissen, dass die Ressourcen schon jetzt knapp sind. Wenn man will, dass PINTO auch in den Quartieren und vor allem bei den Schulanlagen zur Konfliktlösung beitragen kann, wofür die Mitarbeitenden geschult sind, sollte man eine Stellenaufstockung nicht verhindern. Keine Lösung stellt unseres Erachtens der Vorschlag des GB dar, dass für die Konfliktlösung vermehrt die Jugendarbeit eingesetzt werden soll. Wir verlangen von der Jugendarbeit, dass sie sich auf die Seite der Jugend stellt. Es ist daher gut, wenn wir PINTO haben, das die Konflikte von einer neutralen Seite angehen und lösen kann. Auch Nr. 35 lehnen wir ab. Es ist eine städtische Aufgabe, Tagesbetreuungsplätze in guter Qualität und in genügender Anzahl sicherzustellen. Zu Planungserklärung Nr. 36: Ich schliesse mich dem Votum meiner Vorrednerin an. Unseres Erachtens ist es absolut notwendig, dass das Sportamt eine solche Kommunikationsstelle erhält. Es hat bis jetzt keine solche Stelle, muss aber sehr oft mit der Bevölkerung kommunizieren. Es ist wichtig, dass die Kommunikation von einer Stelle aus und auf professionelle Weise erfolgt, gerade auch im Hinblick auf die erwähnten Grossprojekte. Zu Nr. 37: Unseres Erachtens ist es beschämend, dass eine solche Planungserklärung eingereicht wird und man Integrationsangebote im Sportbereich für Menschen mit Behinderungen und solche, die nicht denselben Zugang zu Sportclubs haben, verhindern beziehungsweise auf sie verzichten will. Die Stadt Bern

kann hier nicht von sich behaupten, dass sie überhaupt etwas unternimmt. Wir lehnen die Planungserklärung ab.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Wir lehnen alle Planungserklärungen ab. Zu Nr. 28: Es ist erstaunlich, dass man schon jetzt meint, beurteilen zu können, ob etwas sinnvoll ist oder nicht, obwohl man erst im Stadium der Abklärungen ist. Zu Nr. 30: Dass man die Angebote evaluiert, bevor man die Beiträge erhöht, erwarten wir von der Verwaltung ohnehin. Zu Nr. 31: Über den Sinn und die Strategien der Bibliotheken diskutieren wir gerne bei der Debatte um die Leistungsverträge. Wir möchten hier nichts vorwegnehmen. Zu Nr. 34: Sowohl im IAFP als auch bei der Planungserklärung ist die Begründung irreführend, da sie den Anschein weckt, dass die Einsätze bei den unbewilligten Demonstrationen 50% ausmachen würden. Tatsächlich machen diese Einsätze aber nur einen sehr marginalen Teil der Arbeitszeit aus. Die Mitarbeitenden von PINTO leisten sehr gute Arbeit und werden in den Quartieren immer mehr benötigt, da beispielsweise bei den Schulhäusern keine andere Aufsicht mehr vorhanden ist. Zu Nr. 35: In der Begründung kann man lesen, dass die Stadt dort Lücken füllen soll, wo noch kein Angebot besteht. Wir teilen diese Meinung. Die Stadt soll bei Lücken mitwirken können, gerade auch dort, wo eine Nachfrage besteht, aber keine privaten Anbieter etwas aufbauen wollen, wie beispielsweise im Bereich Wankdorf. Zu Nr. 36: Der Antrag ist etwas unglücklich formuliert. Es geht um Koordination und darum, dass man mit den Nutzenden der Sportanlagen spricht und die Sanierungen erläutert.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Zu Planungserklärung Nr. 27: Sieben der neuen Stellen sind für die Quartierküche Zieglerspital vorgesehen. In einer der letzten Stadtratssitzungen haben Sie unseren Arbeitsintegrationsplan zur Kenntnis genommen. Die Quartierküche ist nötig, um diese Personen qualifizieren zu können. Sodann war es Ihr Wunsch, nicht mehr mit einem Catering aus Zürich zusammenzuarbeiten, sondern die Mahlzeiten in der Stadt Bern zuzubereiten. Daraus resultiert der erwähnte Stellenbedarf. Verschiedene Stellen hängen mit Aufträgen des Stadtrats und mit der wachsenden Bevölkerung zusammen. In einer verdichteten Stadt kommt es vermehrt zu Auseinandersetzungen über Nutzungen. Als weitere Stichworte erwähne ich die Quartierentwicklung und die Sozialplanung. Die Fachstelle für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wollen wir ausbauen. Diejenigen, die der Meinung sind, die Stadt baue immer nur aus und schaffe ständig neue Stellen, kann ich beruhigen. Die geplante Stelle ist zwar neu, dafür sparen wir aber eine Stelle im Alters- und Versicherungsamt ein. Zu Nr. 28: Auch hier geht es um einen Vorstoss aus dem Stadtrat, der verlangt, dass wir dem Netzwerk «Zufluchtsstädte» beitreten. Dieses Netzwerk erachten wir nicht als zielführend, weshalb wir Ihnen vorschlugen, stattdessen dem Netzwerk «Solidarity Cities» beizutreten. Bei Nr. 29 geht es um die Solidarität der Stadt mit Flüchtlingen. Sie wissen, dass im Moment weniger Flüchtlinge in die Schweiz kommen. Nichtsdestotrotz ist das Flüchtlingselend sehr gross und der Gemeinderat möchte das Engagement auch vor Ort verstärken und Menschen helfen, die nach wie vor sehr stark mit Flüchtlingen konfrontiert sind. Zu Nr. 30: Den Schwerpunkte-Plan Integration haben wir auch im Gemeinderat verabschiedet. Darin sind sehr breit abgestützte partizipative Verfahren erwähnt. Bei einer Massnahme waren wir uns alle einig: Wenn man will, dass Kinder mit Migrationshintergrund, die wegen der Sprache Schwierigkeiten in der Schule haben, Chancengleichheit erfahren können, muss man diese Kinder mehr unterstützen. Sie wissen, dass es wichtig ist, dass Kinder auch zu Hause unterstützt werden können. Wenn das nicht möglich ist, muss es jemand anderes machen. Diese Massnahme war allseits dermassen unbestritten, dass für mich nicht nachvollziehbar ist, weshalb man sie streichen sollte. Es handelt sich auch nicht um eine Konkurrenz zur Aufgabenhilfe. Die Aufgabenhilfe ist unterstützend, bei der vorliegenden Massnahme geht es hingegen darum, den Schulstoff mit den Kindern zusammen zu vertiefen. Zu Planungserklärung

Nr. 31: Aktuell stehen wir in den Verhandlungen über die Leistungsverträge. Die Summe, die im IAFP vorgesehen ist, ist die Basis für diese Verhandlungen. Meines Erachtens wäre es schade, die Beiträge zu kürzen, da dies zur Folge hätte, dass auch der Kanton und die Regionsgemeinden, die sich vertraglich zu einem anteilmässigen Beitrag verpflichtet haben, ihre Beiträge kürzen würden. Dies wiederum würde bedeuten, dass man sehr viel weniger Mittel zur Verfügung hätte. Ich bin überzeugt davon, dass die Bibliotheken nach wie vor einen wichtigen Auftrag haben. Das Angebot ist sehr niederschwellig. Es ist klar, dass sie sich anpassen müssen, aber das wollen sie ja auch, sie wollen sich mehr öffnen, aber dafür sind entsprechende finanzielle Mittel nötig. Über den Leistungsvertrag werden wir zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls im Rat diskutieren. Bei Planungserklärung Nr. 32 geht es um die Umsetzung der Kulturstrategie, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendkultur. Einerseits ist eine Erhöhung der Jugendkulturpauschale beabsichtigt, andererseits soll aber auch die Gesamtheit der Kinder- und Jugendkultur gestärkt werden. Bei Nr. 33 geht es um die Rolle des Jugendamtes bei den Quartierentwicklungen. Der Stadtrat fordert immer wieder, dass wir uns in den Quartieren beteiligen und uns an den runden Tisch setzen sollen. Wenn Konflikte entstehen oder Projekte weiterentwickelt werden sollen, sollen wir die Funktion übernehmen, die stets dem Jugendamt zugeteilt wird. Diesem fehlt die Kapazität, um diese wichtige und teilweise auch lange dauernde Aufgabe übernehmen zu können. Zu Nr. 34: Aus Transparenzgründen haben wir im IAFP erwähnt, dass ein Teil der Aufgaben von PINTO darin bestehen würde, bei unbewilligten Demonstrationen eingesetzt zu werden. Es handelt sich um einen Auftrag, den die SUE im Nachgang zum Anlass «Tanz dich frei» erhielt. Es ging darum, sich zu überlegen, mit welchen Methoden man die Leute bei unbewilligten Demonstrationen informieren könnte, anstatt nur auf die repressiven Polizeieinsätze zu setzen. Es handelt sich dabei aber um den kleinsten Teil dieser Stellenaufstockung. Er ist unbedeutend, da PINTO meines Wissens diese Funktion erst ein einziges Mal ausgeübt hat. Der wichtigere Teil der Aufstockung liegt darin, dass PINTO vermehrt in den Aussenquartieren gefordert ist. Zum einen haben wir bei den Schulanlagen keine Securitas-Überwachung mehr, zum andern will die Stadt Bern den öffentlichen Raum insbesondere auch in den Quartieren vermehrt nutzen, was zu Auseinandersetzungen und Konflikten führen kann. In diesem Zusammenhang hat PINTO in der Innenstadt hervorragende Arbeit geleistet. Teilweise waren die Mitarbeitenden auch in den Aussenquartieren tätig. Dafür werden die beantragten finanziellen Mittel benötigt. Im Zusammenhang mit dem Sparpaket, das wir im Jahr 2013 oder 2014 diskutierten, wurde bei PINTO eine Stelle gestrichen. Man wäre also mit der Aufstockung wieder dort, wo man früher war. Zu Planungserklärung Nr. 35: Wir haben das System mit den Betreuungsgutscheinen eingeführt und verlangt, dass ein fairer Wettbewerb herrschen und die Spiessse zwischen den städtischen und privaten Kitas gleich lang sein sollen. In der Abstimmungsbotschaft war das auch so aufgeführt. Die Forderung nach gleich langen Spiessen haben wir umgesetzt. Es gibt keine Defizitgarantie der Stadt für die städtischen Kitas, wir haben seit dem Jahr 2016 eine Spezialfinanzierung. Aus diesen Gründen ist es völlig legitim, dass sich die Stadt in diesem Wettbewerb positioniert, sie kann auch Kitas eröffnen. Heute wurde gefordert, dass sich die Stadt zurückhalten soll. Bis anhin waren wir zurückhaltend, die meisten Betreiber in der Stadt Bern haben neue Kitas eröffnet, nur die Stadt selber nicht. Nun sind wir aber überzeugt, dass im betreffenden Quartier eine Unterversorgung besteht, weshalb wir dort eine Kita eröffnen wollen. Zu Nr. 36: Thomas Berger führte aus, dass man auf diese Stelle mit gutem Gewissen verzichten könne. Henri-Charles Beuchat ist leider nicht mehr anwesend. Er bemängelte, dass wir nur die rot-grüne Klientel bedienen würden. Diesen Ansichten muss ich widersprechen. Diejenigen unter Ihnen, welchen der Sport am Herzen liegt, müssen dieser Stelle zustimmen. Wenn es etwas gibt in der Stadt Bern, das nicht nur rot-grün ist, ist es der Sport. Wir unterstützen alle Sportarten, vom Fussball über Leichtathletik bis zum Hornussen. Die geplante Stelle hilft genau den Vereinen, in welchen die Leute häufig ehrenamtlich arbeiten,

damit sie die nötigen Infrastrukturen finden, und zwar insbesondere bei Sanierungen oder Bauprojekten. Aktuell sind im Sportamt 30 Bau- und Sanierungsprojekte pendent. Es ist unser Wille und meines Erachtens auch die Aufgabe des Sportamtes, den Vereinen zu helfen, damit sie in der Zeit der Sanierung, wenn ihre gewohnte Turnhalle nicht zur Verfügung steht, eine Ersatzlösung haben. Meines Erachtens handelt es sich um ein dringend notwendiges Angebot. Weiter wurde erwähnt, dass jemand anderes diese Aufgabe übernehmen könnte. In meiner Direktion haben wir genau eine Kommunikationsstelle im Generalsekretariat, abgesehen davon hat das BSS keine derartigen Stellen. Die Verhandlungsprozesse mit den Vereinen und den einzelnen Sportlerinnen und Sportlern sind sehr anforderungsreich, da alle Anlagen sehr intensiv genutzt werden und man stets darauf achten muss, alle gerecht zu behandeln. Ich kann nicht verstehen, dass in diesem Rat irgendjemand der Ansicht ist, dass wir auf diese Stelle verzichten können. Zu Nr. 37: Primär geht es um Menschen mit Migrationshintergrund. Eine gewisse Konkurrenz zu den Sportvereinen ist vorhanden, aber wir haben im Jugendgesundheitsbericht festgestellt, dass gerade jüngere Frauen mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 14 und 16 Jahren unterdurchschnittlich viel Sport betreiben. Wenn man der Meinung ist, es sei wichtig, dass sich auch junge Frauen vermehrt bewegen, braucht es dort gezielte Angebote. Auch für Menschen mit Beeinträchtigungen haben wir in der Stadt Bern nur wenige Angebote. Einzelne Vereine bemühen sich darum, aber es handelt sich um eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, weshalb wir diese Vereine vom Sportamt aus unterstützen möchten. Bei beiden Stellen geht es darum, den Vereinen und Einzelpersonen, die sich in diesem Bereich bemühen, Unterstützung zu bieten. Auch im Sport wird sehr viel freiwillig gearbeitet. Wer sich engagiert, hat ein Anrecht darauf, von der Stadt gezielt unterstützt zu werden. Ich bitte Sie daher, alle Planungserklärungen abzulehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 27 (SVP) ab (9 Ja, 59 Nein). *Abst.Nr. 036*
2. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 28 (FDP/JF) ab (17 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 037*
3. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 29 (FDP/JF) ab (26 Ja, 42 Nein). *Abst.Nr. 038*
4. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 30 (FDP/JF und GLP/JGLP) ab (21 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 039*
5. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 31 (FDP/JF und GLP/JGLP) ab (24 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 040*
6. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 32 (FDP/JF) ab (19 Ja, 50 Nein). *Abst.Nr. 041*
7. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 33 (FDP/JF) ab (19 Ja, 50 Nein). *Abst.Nr. 042*
8. Der Stadtrat stimmt der Planungserklärung Nr. 34 (SBK) zu (35 Ja, 29 Nein, 6 Enthaltungen). *Abst.Nr. 043*
9. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 35 (FDP/JF und GLP/JGLP) ab (23 Ja, 45 Nein). *Abst.Nr. 044*
10. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 36 (FDP/JF, GLP/JGLP, BDP/CVP) ab (26 Ja, 38 Nein, 5 Enthaltungen). *Abst.Nr. 045*
11. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 37 (FDP/JF) ab (19 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 046*

Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün

Planungserklärung Nr. 38 (SVP)

Auf die geplanten 12,4 neuen zusätzlichen Stellen sei zu verzichten.

Planungserklärung Nr. 39 (SVP)

Seite 23: Die Mittel für den Versuchsbetrieb selbstfahrende Fahrzeuge seien zu streichen.

Eventualantrag zu Planungserklärung Nr. 39 (SVP)

Seite 23: Die Mittel für den Versuchsbetrieb selbstfahrende Fahrzeuge sind um 50% zu kürzen.

Planungserklärung 40 (FDP/JF und BDP/CVP)

Seite 64, PGB510100 / 520200 / 510400: Für die Gestaltung und Bewirtschaftung im öffentlichen Raum sind insgesamt 3 Stellen neu geplant. Hier wird eine Kürzung auf 1,5 Vollzeitstellen beantragt.

Planungserklärung 41 (FDP/JF)

Seite 64, PG520200: Auf die Stelle für die Unterstützung der Familiengärten sei zu verzichten.

Planungserklärung Nr. 42 (SVP)

Seite 64, PG580100: Auf die geplanten Stellen bei der Verkehrsplanung sei zu verzichten.

Planungserklärung 43 (FDP/JF und BDP/CVP)

Seite 64, PGB 580100: Die beantragten 2,5 Stellen sind zu kürzen auf maximal 1 Stelle.

Planungserklärung Nr. 44 (PVS)

Seite 172, PG510100 Entwicklung + Erhaltung: Für die Gesamtkoordinationsstelle Bypass Bern Ost und Raum Wankdorf genügt eine Stelle; die zweite Stelle ist zu streichen.

Planungserklärung Nr. 45 (FDP/JF und BDP/CVP)

Seite 181, PG520200 Mobile Möblierung: Die Auslagen für die mobile Möblierung in Stadtgebiet seien ab 2019 auf Fr 50 000.00 zu plafonieren.

Planungserklärung Nr. 46 (SVP)

Seite 186, PGB580100: Die Mittel für die Verkehrsplanung seien um 50% zu kürzen.

Eventualantrag zu Planungserklärung Nr. 46 (SVP)

Seite 186, PGB580100: Die Mittel für die Verkehrsplanung seien um 10% zu kürzen.
Hinweis: Zurückgezogener PVS-Minderheitsantrag.

Planungserklärung Nr. 47 (SVP) während der Grundsatzdebatte korrigiert

Die Mittel für die Velooffensive seien um ~~4/3~~ **1/2** zu kürzen.

Eventualantrag zu Planungserklärung Nr. 47 (SVP)

Die Mittel für die Velooffensive seien um 10% zu kürzen.

Benno Frauchiger (SP): Zu Planungserklärung Nr. 44 der Kommission PVS. Die Kommission hat diese Planungserklärung angenommen, weil es im Budget ohnehin so vorgesehen ist. Die eine Koordinationsstelle Bypass Bern Ost geht an das Stadtplanungsamt über, da die städt-räumliche Komponente sehr stark gewichtet wird.

Alexander Feuz (SVP): Zu Planungserklärung Nr. 38: Uns geht es um den Nettostellenzuwachs, den wir nicht wollen, wie ich schon mehrfach ausgeführt habe. Umlagerungen bleiben

möglich. Ich gehe davon aus, dass der Antrag so chancenlos ist wie bei den übrigen Direktio-
nen, aber ich möchte dennoch daran festhalten. Bei den Stellen in der TVS, die mit der Velo-
Offensive zusammenhängen, handelt es sich um einen Wildwuchs sondergleichen, der weder
dem Steuerzahler noch dem Bürger dient, sondern vor allem gewissen Ideologien zugute-
kommt. Insbesondere sind wir nicht damit einverstanden, dass eine Stelle geschaffen wird,
um das Veloverleihsystem zu propagieren. Das wäre, wenn schon, die Sache des Anbieters
PubliBike selbst. Zu Nr. 39 und zum Eventualantrag dazu: Der Versuchsbetrieb und die Stre-
ckenführung sind interessant, aber die Finanzierung des Versuchs durch die Stadt ist nicht
gerechtfertigt. Erste Versuche in der Ostschweiz, genauer in Winterthur, waren ernüchternd.
Meines Erachtens müssen in erster Linie die Entwickler und Betreiber der Fahrzeuge und
Software sowie die Sponsoren für die Kosten aufkommen. Die Stadt soll nicht auf Kosten des
Steuerzahlers eine Vorreiterrolle einnehmen. Was ich beim Formulieren dieser Planungserklä-
rung noch nicht wusste: Köniz hat einen derartigen Vorstoss genau mit denselben Begrün-
dungen abgelehnt, das konnte man gestern oder heute in der Zeitung lesen. Man wollte keine
Vorreiterrolle übernehmen. Was die Streckenführung betrifft, müsste man angesichts aller
Risiken, die bekannt sind, vermutlich eine abgesperrte Strasse wählen. Ich habe nichts gegen
den Versuch an sich, aber bezahlen sollen es die Hersteller, die davon profitieren. Aber an-
statt eine Steuersenkung vorzunehmen, investieren Sie lieber in solche Projekte. Wenn Sie
meine Meinung nicht teilen, stelle ich den Eventualantrag, die entsprechenden Mittel um 50%
zu kürzen. Zu Nr. 42: Es handelt sich um einen Minderheitsantrag in der PVS, den wir zu-
rückgezogen haben. Das haben wir in allen Kommissionen so gemacht. Der Stellenausbau ist
nicht nötig, das Projekt kann mit bereits vorhandenen Mitteln ausgeführt werden. Wir sind
nicht damit einverstanden, dass im Zusammenhang mit der Velo-Offensive und dergleichen
immer neue Stellen geschaffen werden. Wir wollen bei dieser Verkehrsplanung endlich die
Bremse ziehen, damit es nicht zu weiteren Auswüchsen kommt. Zu Nr. 46 und zum Eventu-
alantrag dazu: Wir haben hier den grossen Hobel angesetzt und wollen die Mittel für die Ver-
kehrsplanung massiv kürzen. Wenn man sieht, was gemacht wird, und zwar vor allem für die
Velos und nicht für die Fussgänger, können wir dem nicht zustimmen. Wie Sie im Jahresbe-
richt sehen werden, sind gewisse Projekte nicht einmal kompatibel mit dem Harmonisierten
Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2). Ich sage: «Zurück an den Start!». Das Ganze kann man
mit weniger Mitteln erreichen. Als Eventualantrag reduzieren wir die beantragte Kürzung von
1/3 auf 10%. Dieser Eventualantrag hat das PVS-Minderheitsquorum erreicht. Zu Nr. 47 und
zum Eventualantrag dazu: Uns ist klar, dass diese Anträge wenige bis keine Chancen haben.
Angesichts aller Vorhaben der Stadt, die wir heute Abend beschlossen haben, halten wir aber
daran fest und ändern den Antrag sogar dahingehend ab, dass wir eine Kürzung um die Hälfte
verlangen und nicht nur um 1/3, wie ursprünglich beantragt. Für die beschlossenen Vorhaben
soll genügend Geld zur Verfügung stehen. Als Eventualantrag verlangen wir eine Kürzung um
10%. Wir haben konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht, wie man sparen kann.

Philip Kohli (BDP): Ich stelle den **Ordnungsantrag**, dass wir die Sitzung verlängern und die
Debatte zur Direktion TVS zu Ende führen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag Kohli zu (37 Ja, 26 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 047*

Barbara Freiburghaus (FDP): Zu Planungserklärung Nr. 40: Wir sind der Meinung, dass ein-
einhalb Stellen für die geplanten Happenings im öffentlichen Raum völlig ausreichen. Man
könnte die Quartierkommissionen einbeziehen, damit sie die Plätze selber gestalten. Die Ge-
staltung und «Bespielung» des öffentlichen Raums kann auch auf freiwilliger Basis erfolgen.
Zu Nr. 41: Unseres Erachtens ist die beantragte Stelle mehr als unverständlich. Kann es wirk-

lich die Absicht des Gemeinderats sein einzuspringen, wenn private Vereine ihre Organe nicht mehr bestellen können? Die Genehmigung einer solchen Stelle würde Tür und Tor öffnen für weitere Begehrlichkeiten von Vorständen, die zu bequem sind, Leute zu suchen, die sich in ihrem Verein engagieren. Zu Nr. 43: Der Nutzen der beantragten Stellen ist für uns nicht ersichtlich. Vor allem hat uns geärgert, dass der Stellenausbau wegen des Veloverleihsystems erfolgen soll. In einem Stelleninserat im April 2018 konnte man lesen, dass die TVS eine Person als «Projektleiter/Projektleiterin Veloverleihsystem» sucht. Im Vortrag des Gemeinderats zum Veloverleihsystem ging es damals zwar um 200'000 Franken für Infrastruktur- und Personalkosten, aber dass damit nun ein Stellenausbau geplant wird, ist in unseren Augen unredlich. Zudem wurden in der TVS bereits im letzten Jahr neue Stellen genehmigt und befristete Stellen in unbefristete umgewandelt. Ein noch grösserer Ausbau ist unseres Erachtens reiner Luxus. Zu Nr. 45: Wir haben schon im letzten Jahr bemängelt, dass man den öffentlichen Raum nicht beliebig möblieren kann. Vor allem aber sind wir der Meinung, dass man ein Sponsoring durch Private suchen könnte, damit die Kosten nicht allein zulasten Stadt anfallen. Ich bin sicher, dass einzelne Private bereit wären, das Projekt auf diese Weise zu unterstützen. Als Schlussbemerkung weise ich darauf hin, dass wir, wie bereits ausgeführt, nicht a priori alle Stellen ablehnen. So können wir die Anträge der SVP auf eine Gesamtkürzung der Stellen nicht unterstützen. Sodann könnte man unseres Erachtens mit dem Pilotversuch zu den selbstfahrenden Fahrzeugen beginnen, weshalb wir auch diese Anträge der SVP nicht unterstützen.

Fraktionserklärungen

Patrik Wyss (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Planungserklärung Nr. 38 lehnen wir ab. Ein Teil des Stellenausbaus ist berechtigt. Nr. 39 lehnen wir ebenfalls ab. Wir sind der Meinung, dass die Stadt hier Erfahrungen sammeln soll und der Budgetbedarf von 350'000 Franken von begrenztem Ausmass ist. Zu Nr. 40: Endlich hat man das von unserer Fraktion schon lange geforderte Freiraumkonzept erarbeitet. Nun will man ein neues erarbeiten, da das vorliegende teilweise veraltet ist. Wir sind der Ansicht, dass die fachliche Kompetenz und die Verantwortung für die Erarbeitung eines Freiraumkonzepts beim Stadtplanungsamt liegen. Die Federführung muss also klar dem Stadtplanungsamt zugewiesen werden. Bevor man nun aber ein neues Freiraumkonzept erarbeitet, kann man mit den vorhandenen Grundlagen und denjenigen Teilen arbeiten, die noch aktuell sind. Für die Unterstützung von Übergangsmassnahmen und für die Mitarbeit an einer Aktualisierung des Freiraumkonzepts sind unseres Erachtens eineinhalb Stellen ausreichend. Besteht temporärer Bedarf an zusätzlichen Ressourcen, kann man diese aus dem bestehenden Stellenetat beziehen. Aus diesen Überlegungen werden wir die Planungserklärung annehmen. Zu Nr. 41: Wer vom Privileg profitiert, einen Familiengarten zu haben, soll unseres Erachtens auch die Verantwortung übernehmen, sich selber zu organisieren. Wenn die Stadt einspringt, wenn von den Profitierenden zu wenig Bereitschaft besteht, sich selber zu organisieren, wird die Bereitschaft, sich für die eigenen Interessen zu engagieren, auch anderswo rapide abnehmen. Jeder Verein hat Probleme, die nötigen ehrenamtlich tätigen Personen zu finden. Wo es aber genügend Leute hat, die etwas wollen, wird sich auch jemand finden, der bereit ist, sich ehrenamtlich zu engagieren. Zudem erachten wir es auch aus finanzpolitischen Gründen als nicht angezeigt, dass die Stadt solche Aufgaben übernimmt. Aus diesen Gründen nimmt die Fraktion GFL/EVP die vorliegende Planungserklärung mehrheitlich an. Zu den Planungserklärungen Nr. 42 und Nr. 43: Die zweieinhalb Stellen werden nicht für das Veloverleihsystem beantragt, wie man meinen könnte und wie in der Zeitung zu lesen war, sondern für die Verstärkung der Administration und Partizipation sowie für die Aufbereitung und Vermittlung von Daten zur Verkehrsplanung. Für die Fraktion GFL/EVP ist Partizipation grundsätzlich wichtig. Selbstverständlich erachten wir eine gute Datengrundlage

als elementar wichtig, damit die richtigen Entscheide gefällt werden können. Von der Aufgabenverwendung her betrachtet können wir hinter diesem Budgetposten stehen, aber ob für diese Arbeit wirklich zweieinhalb Stellen notwendig sind, können wir nicht beurteilen. Uns allen liegen dazu zu wenige Informationen vor. Wir hätten es daher vorgezogen, die Planungserklärung der FSU sowie Planungserklärung Nr.10 zu unterstützen, da diese eine generelle Richtlinie zur Begrenzung der Neuverschuldung vorgegeben hätten. Das hätte sich auf die Kosten und damit auch auf die geplanten neuen Stellen ausgewirkt. Bei einer Annahme dieser Planungserklärung hätte der Gemeinderat selber entscheiden können, wie er die Ziele erreichen will. So hätte er auch selber entscheiden können, ob er für die Aufgaben, um die es im vorliegenden Fall geht, zweieinhalb Stellen einsetzen will. Leider hat der Stadtrat die erwähnten Planungserklärungen aber abgelehnt. Weil wir Partizipation und Datenerhebung als wichtig erachten, werden wir die Planungserklärungen Nr. 42 und Nr. 43 ablehnen. Zu Nr. 44: Wie wir dem Votum des PVS-Sprechers entnehmen können, ist diese Planungserklärung obsolet geworden. Wir lehnen Sie daher ab. Zu Nr. 45: Dieser Antrag ist beinahe ein Evergreen. Im Rahmen der letztjährigen Debatte zum IAFP oder zum Produktegruppenbudget (PGB) haben wir einen sehr ähnlichen Antrag diskutiert. Unseres Erachtens ist der Mittelbedarf nach wie vor gerechtfertigt, weshalb wir diese Planungserklärung ablehnen. Auch Nr. 46 und Nr. 47 sowie die jeweiligen Eventualanträge lehnen wir ab. Derartige Rasenmäher-Methoden sind nicht sinnvoll und wurden nicht einmal begründet.

Alexander Feuz (SVP): Meines Erachtens ist es unwürdig, wie wir jetzt verfahren. Der Vizepräsident hat einen Ordnungsantrag gestellt, die Debatte zur TVS zu Ende zu führen, aber von seiner Fraktion ist niemand mehr anwesend. Auch die Mitglieder meiner Fraktion haben die Sitzung resigniert verlassen. Die verbleibenden Ratsmitglieder warten nur noch auf das Ende der Debatte. Ich stelle daher drei Ordnungsanträge: Zunächst stelle ich den **Ordnungsantrag** auf Abbruch der Sitzung. Wenn Sie diesem Antrag nicht entsprechen, stelle ich den **Eventualantrag Nr. 1**, dass wir die Beratung zu Ende führen, aber die Abstimmung auf die nächste Sitzung verschieben. Falls Sie auch diesen Antrag ablehnen, stelle ich den **Eventualantrag Nr. 2** auf Schliessung der Rednerliste.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag Feuz ab (25 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen).
Abst.Nr. 048
2. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag Feuz Nr. 1 ab (23 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltung).
Abst.Nr. 049
3. Der Stadtrat stimmt dem Eventualantrag Feuz Nr. 2 zu (31 Ja, 17 Nein, 9 Enthaltungen).
Abst.Nr. 050

Vorsitzende Regula Bühlmann: Die Rednerliste ist geschlossen. Es sprechen noch Rahel Ruch und Benno Frauchiger sowie Gemeinderätin Ursula Wyss.

Rahel Ruch (GB) für die Fraktion GB/JA!: Planungserklärung Nr. 38 lehnen wir ab. Es wurde heute Abend genügend oft ausgeführt, weshalb wir gegen den Verzicht auf einen Stellenausbau sind. Zu Nr. 39: Teile unserer Fraktion stehen selbstfahrenden Fahrzeugen zwar sehr kritisch gegenüber, aber wir lehnen diese Planungserklärung trotzdem ab, da es sich nach unserem Dafürhalten um einen klassischen Budgetantrag handelt, den man für das Jahr 2019 in der Budgetdebatte stellen kann. Wir werden dann erneut darüber befinden können. Dasselbe gilt für den Eventualantrag zu Nr. 39. Zu Nr. 40: Vor kurzem wurden uns das Projekt «Pop-up Bern» und das neue Aneignungsprogramm des öffentlichen Raums präsentiert. Auf dieses Aneignungsprogramm bezieht sich der vorliegende Antrag. Wenn man im IAFP den Teil liest,

der die Direktion TVS betrifft, wird klar, dass für die TVS der öffentliche Raum und das Mitgestalten desselben durch Bernerinnen und Berner im Zentrum steht. Die Fraktion GB/JA! begrüsst das grundsätzlich sehr. Wir setzen uns ja schon seit Jahrzehnten für einen freien und möglichst wenig reglementierten öffentlichen Raum ein, der allen zur Verfügung steht. Unseres Erachtens ist es wichtig, dass hier in Personal investiert wird, das die Partizipation aller Gruppen sicherstellt. Die heutige Zeitungslektüre hat mich aber auch ein wenig nachdenklich gemacht. Am Bahnhof, sozusagen am öffentlichsten aller öffentlichen Räume, soll ein Teil des öffentlichen Raums noch mehr kommerzialisiert werden. Ich spreche von den Plänen der Confiserie Sprüngli. Wir befürchten, dass das zwangsläufig dazu führen wird, dass Leute, die aus dem Raster fallen, vermehrt verdrängt werden. Für uns misst sich die Zugänglichkeit des öffentlichen Raums und die Qualität eines Aneignungsprojekts auch daran, ob unterprivilegierte Gruppen ohne Lobby und ohne Ressourcen Teil davon sind und ob ein solches Projekt einen Teil der Bevölkerung ausschliesst oder bedroht. Aus unserer Sicht wird daher für das Aneignungsprogramm des öffentlichen Raums ein Monitoring benötigt. Es geht darum, dass man schaut, was mit dem öffentlichen Raum geschieht, welche Auswirkungen die Projekte haben und ob es Verdrängungsprozesse gibt und falls ja, wo diese stattfinden. Die Federführung müsste bei einer Stelle sein, die darauf verzichtet, Repression und Sozialarbeit zu vermischen, wie das PINTO macht. Es geht darum, eine Stelle zu suchen, entweder bei der BSS oder bei der TVS, die einen anderen soziologischen Ansatz verfolgt. Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass gute Projekte sowie eine sorgfältige Planung und Umsetzung insbesondere in einem sensiblen Bereich Zeit und genügendes Nachdenken erfordern. Unseres Erachtens ist es daher wichtig, wenn die Stellen dafür ausgebaut werden. Zum Votum von Patrik Wyss: Gemäss IAFP geht es bei der vorliegenden Planungserklärung beziehungsweise bei der Gestaltung und Bewirtschaftung des öffentlichen Raums nicht darum, ein neues Freiraumkonzept zu erarbeiten, sondern darum, die Aneignung des öffentlichen Raums voranzutreiben. Ich fordere die Fraktion GFL/EVP daher auf, diesem Stellenausbau zuzustimmen. Ich gehe davon aus, dass der öffentliche Raum auch in ihrem Interesse liegt. In der Kommission haben wir nun genügend oft gehört, wie sich Freiraum, Planung und Koordination im öffentlichen Raum unterscheiden und dass es sich dabei um zwei verschiedene und wichtige Themen handelt. Zu Planungserklärung Nr. 41: Ich verstehe den Unmut, aber meines Erachtens muss man sehen, dass Familiengärten auch einen sozialen Auftrag und eine soziale Funktion haben. Es ist daher richtig, hier Hand zu bieten. Alle weiteren Planungserklärungen lehnen wir ab, mit Ausnahme von Nr. 44, bei welcher es um eine Stelle im Zusammenhang mit dem Bypass Bern Ost geht. Der PVS-Sprecher hat dargelegt, weshalb dieser Planungserklärung zugestimmt werden kann.

Benno Frauchiger (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Das meiste wurde bereits gesagt. Zu Planungserklärung Nr. 40: Es geht um Aufgaben, die aus der PRD übernommen wurden. Es ist daher etwas seltsam, wenn man hier Kürzungen vornehmen will. Die Gestaltung des öffentlichen Raums ist wichtig. Es geht um die Lebensqualität in unserer Stadt und darum, wie wir unseren öffentlichen Wohn- und Begegnungsraum gestalten. Eine sorgfältige Gestaltung ist wichtig, weshalb die entsprechenden personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Wenn man in der Stadt eine gute Lebens- und Wohnqualität hat, kann man auch steuerkräftige Mitbewohner anziehen. Zu Nr. 41: Es wurde gesagt, dass die Stadt die Funktion von Vereinen übernehme. Man kann es aber auch umgekehrt anschauen, nämlich dass bis anhin die Vereine freiwillige Arbeit für die Stadt geleistet haben. Es ist ja die Stadt, die die Familiengärten vermietet. Es ist nicht ganz nachvollziehbar, weshalb die Vereine freiwillig und gratis die Administration der Familiengärten übernehmen sollen. Wenn sie nun, wie andere Vereine auch, Probleme haben, Nachwuchs zu finden, der die Verantwortung übernehmen

will, ist es meines Erachtens nachvollziehbar, wenn die Stadt hier einspringt und ihre Aufgaben wieder selber erfüllt. Ich danke Ihnen, wenn Sie auch diese Planungserklärung ablehnen.

Direktorin TVS *Ursula Wyss*: Ich möchte betonen, dass ich mit den Ordnungsanträgen, die heute Abend gestellt wurden, nichts zu tun habe. Ich richte mich ganz nach Ihnen und bin es gewohnt, hier auch bis um 23.00 Uhr zu sitzen. Zu den zusätzlichen Stellen: Wir haben genügend oft über das STEK, die räumliche Entwicklung, die Wohn- und Verkehrsstrategie und die Infrastruktur gesprochen. Diese Themen gehören hier integral dazu. Zu den selbstfahrenden Fahrzeugen: Sie haben selber davon gesprochen, dass diejenigen dafür bezahlen sollen, die davon profitieren. Die Stadt profitiert eindeutig von diesem Versuch. Zum öffentlichen Raum: Diese Thematik ist sehr wichtig. Wir verdichten die Stadt. Es ist daher umso wichtiger, dass der verbleibende öffentliche Raum gut gestaltet ist. Das bedeutet, dass wir uns darum kümmern müssen. Es handelt sich aber nicht um ein zusätzliches Konzept, sondern es geht um eine Verbesserung von Orten wie Tellplatz, Monbijou, Schützenmatte oder Helvetiaplatz. Es geht um die konkreten Projekte und ich bitte Sie, uns die nötigen Ressourcen dafür zu geben.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 38 (SVP) ab (5 Ja, 55 Nein). *Abst.Nr. 051*
2. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 39 (SVP) ab (7 Ja, 52 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 052*
3. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag zu Planungserklärung Nr. 39 (SVP) ab (7 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 053*
4. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 40 (FDP/JF und BDP/CVP) ab (21 Ja, 33 Nein, 6 Enthaltungen). *Abst.Nr. 054*
5. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 41 (FDP/JF) ab (13 Ja, 40 Nein, 7 Enthaltungen). *Abst.Nr. 055*
6. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 42 (SVP) ab (11 Ja, 45 Nein, 5 Enthaltungen). *Abst.Nr. 056*
7. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 43 (FDP/JF und BDP(CVP) ab (15 Ja, 39 Nein, 7 Enthaltungen). *Abst.Nr. 057*
8. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 44 (PVS) ab (17 Ja, 39 Nein, 5 Enthaltungen). *Abst.Nr. 058*
9. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 45 (FDP/JF und BDP/CVP) ab (15 Ja, 46 Nein). *Abst.Nr. 059*
10. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 46 (SVP) ab (13 Ja, 48 Nein). *Abst.Nr. 060*
11. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag zu Planungserklärung Nr. 46 (SVP) ab (13 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 061*
12. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung Nr. 47 (SVP) ab (10 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 062*
13. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag zu Planungserklärung Nr. 47 (SVP) ab (13 Ja, 45 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 063*

Traktandenliste

1. Die Beratung zu den Traktanden 8 und 9 wird unterbrochen und auf eine spätere Sitzung verschoben.
2. Die Traktanden 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17 und 18 werden ebenfalls auf eine spätere Sitzung verschoben.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Ursina Anderegg, GB): Polizeiliche Videoüberwachung öffentlicher Raum beim Falkenplatz
2. Kleine Anfrage Barbar Freiburghaus (FDP): Verursacht das Veloverleihsystem doch Betriebskosten für die Stadt Bern?
3. Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz SVP): Nachlese zum Cup-Final – Auslegung: Wie sieht der Gemeinderat die Zukunft des Cup-Finals in Bern? Was für Verbesserungen müssten insbesondere im Bereich Sicherheit, Sauberkeit und Schutz der Bevölkerung angedacht werden?
4. Interfraktionelle Motion GLP/JGLP, CVP/BDP, FDP/JF (Matthias Egli, GLP/Michael Daphinoff, CVP/Bernhard Eicher, FDP): Sicherstellen der Abfallentsorgung an allen Arbeitstagen
5. Motion Zora Schneider (PdA): Lohn und Kostentransparenz in den privatisierten Altersheimen in der Stadt Bern
6. Motion Fraktion SP/JUSO (Timur Akçasayar, SP): Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern: Zusätzliche Massnahmen für arbeitslose Menschen 50+
7. Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP): Öffnung der Gartenanlage des Erlacherhofes
8. Motion Henri Beuchat (SVP): Ausgabenmoratorium Kulturbudget der Stadt Bern
9. Motion Zora Schneider (PdA): Die Stadt Bern vergibt Stipendien für die Nachholbildung des Verkaufspersonals am Bahnhof Bern und setzt sich für angemessene Arbeitsbedingungen ein
10. Interpellation Fraktion SVP (Hans Ulrich Gränicher, SVP): Ein neues Botschaftsquartier für Bern?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 23.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

14.01.2019

X 

Signiert von: Regula Bühlmann (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

14.01.2019

X 

Signiert von: Marianne Hartmann (Authentication)